

Gutachten

über die
voraussichtliche Gebarung der
gesetzlichen Pensionsversicherung
in den Jahren 2024 bis 2029

gemäß

§ 2 Abs. 1 Z 1 Alterssicherungskommissions-Gesetz

Wien, November 2024

(Beschluss durch die Alterssicherungskommission am 29.11.2024)

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	2
2	Voraussetzungen	4
2.1	Gesetzliche Grundlagen	4
2.2	Datenquellen.....	5
3	Finanzierung der gesetzlichen Pensionsversicherung, Bundesbeitrag, Bundesmittel	6
3.1	Beiträge für Teilversicherte	8
3.2	Partnerleistung	9
3.3	Bundesbeitrag für Erhöhung der Beitragsgrundlage im BSVG	10
3.4	Beitragsübernahme bei Erwerbstätigkeit neben Pensionsbezug	10
3.5	Ausfallhaftung	10
3.6	Ersatz des Ausgleichszulagenaufwandes	11
4	Entwicklung der Bundesmittel	12
4.1	Zerlegung der Bundesmitteldynamik im Prognosezeitraum	17
4.2	Entwicklung der Ausgleichszulagen	19
5	Pensionsaufwand	22
5.1	Pensionsstand	25
5.1.1	<i>Bestimmende Faktoren des Pensionsstandes</i>	25
5.1.2	<i>Zugangsvoraussetzungen in die Alterspension</i>	28
5.1.3	<i>Entwicklung des Pensionsstandes</i>	30
5.1.4	<i>Entwicklung der einzelnen Pensionsarten im Detail</i>	33
5.2	Pensionshöhe	39
5.2.1	<i>Pensionsanpassung</i>	39
5.2.2	<i>Struktureffekt</i>	39
5.2.3	<i>Entwicklung der Durchschnittspension</i>	42
5.2.4	<i>Pensionsleistungen - Pensionsbezieher</i>	43
6	Beitragseinnahmen aus Pflichtbeiträgen	45
6.1	Zusammenhänge mit der wirtschaftlichen Entwicklung.....	45
6.2	Entwicklung der Pflichtbeiträge.....	48
6.2.1	<i>Beitragssätze</i>	49
6.2.2	<i>Entwicklung des Versichertenstandes</i>	49
6.2.3	<i>Entwicklung der Beitragsgrundlagen</i>	51
7	Kennzahlen	53
7.1	Pensionsquoten	53
7.2	Deckungsquoten	55
8	Zusammenfassung	57
9	Anlagen	60
9.1	Aktuelle gesetzliche Änderungen mit Auswirkung auf die Finanzierung der gesetzlichen PV	60
9.2	Rehabilitation vor Pension – „IP neu“	63
9.3	Frühstarterbonus.....	65
9.4	Anpassung und Aufwertung.....	66
9.5	Teuerungsausgleiche im Jahr 2022 und 2023	74
9.6	Prognoserisiken	75
9.7	Abbildungsverzeichnis	78
9.8	Tabellenverzeichnis	79
9.9	Übersichten, Tabellen und Zeitreihen.....	80

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
AP	Alterspensionen
APG	Allgemeines Pensionsgesetz
Art.	Artikel
ASVG	Allgemeines Sozialversicherungsgesetz
AWZ	Aufwertungszahl
AZ	Ausgleichszulage
BB	Bundesbeitrag
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BM	Bundesministerium
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BMKÖS	Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport
BSVG	Bauern-Sozialversicherungsgesetz
BVAEB	Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau
bzw.	beziehungsweise
FLAF	Familienlastenausgleichsfonds
FSVG	Freiberuflichen-Sozialversicherungsgesetz
GSVG.....	Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz
IP	Invaliditätspensionen
KEZ	Kindererziehungszeiten
Mio.	Millionen
Mrd.	Milliarden
Nr.	Nummer
NSchG	Nachtschwerarbeitsgesetz
ÖBB	Österreichische Bundesbahnen
PAG	Pensionsanpassungsgesetz
PV	Pensionsversicherung
PVA.....	Pensionsversicherungsanstalt
UG21.....	Budgetuntergliederung UG21 (Soziales und Konsumentenschutz)
UG22.....	Budgetuntergliederung UG22 (Pensionsversicherung)
VAEB	Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau
VPI	Verbraucherpreisindex
WIFO.....	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

1 Einleitung

Die Gebarungsprognose für die gesetzliche Pensionsversicherung steht und fällt mit den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Diese Feststellung mag angesichts der Ergebnisse des vorliegenden Gutachtens widersprüchlich erscheinen. Denn der Grundtenor dieser Wirtschaftsprognosen ist im Wesentlichen negativer als noch vor einem Jahr. Die Beschäftigungsentwicklung schwächelt, die Einkommen der Erwerbstätigen steigen weniger stark, die Arbeitslosigkeit ist höher und die Prognose des BIP bleibt hinter den Erwartungen des letzten Jahres zurück. Dennoch hat sich die Prognose der Gebahrung bis 2025 nur geringfügig verschlechtert und in den Jahren danach sogar verbessert. Die Begründung dafür liegt, wie dem vorliegenden Gutachten zu entnehmen sein wird, in der deutlich niedrigeren Inflation. Wenn man bedenkt, dass ein Prozentpunkt Pensionsanpassung rund 600 Mio. Euro „kostet“, ist nachvollziehbar, welcher starker Hebel zwischen Inflationsentwicklung und Pensionsaufwendungen wirkt. Zwar besteht dieser Hebel auch zwischen Inflation und Beitragsentwicklung, da die Lohn- und Preisentwicklung über die kollektivvertraglichen Gehaltsverhandlungen mittelbar in Verbindung stehen. Letztlich hat aber die Inflationsentwicklung in den aktuellen Wirtschaftsprognosen eine deutlich stärkere Abwärtskorrektur erfahren als die Lohnentwicklung.

Der Mehr- bzw. Minderbedarf an Bundesmitteln im Vergleich zum letzten Gutachten ist freilich nicht so groß, dass von einer fundamentalen Änderung gesprochen werden kann. Denn zwei wesentliche Trends wirken nach wie vor: Der Pensionszugang der Babyboomer und ein über die Inflationsentwicklung hinausgehender Anstieg der Durchschnittspension. Der zusätzliche Anstieg der Durchschnittspension, der nicht durch die Pensionsanpassungen erklärt werden kann, wird als Struktureffekt bezeichnet und entsteht durch den permanenten Wegfall niedriger Pensionen und den Zugang höherer Pensionen. Dies ergibt sich einerseits aus Änderungen des Leistungsrechts in der Vergangenheit und andererseits aus Änderungen im Erwerbsverhalten der Versicherten. Dabei ist der Struktureffekt unter anderem ein Indikator für an sich positive Entwicklungen. Der steigende Anteil der Eigenpensionen im Vergleich zu den deutlich niedrigeren Hinterbliebenenpensionen etwa ist vor allem auf die deutlich gestiegene Erwerbsbeteiligung von Frauen zurückzuführen.

Der Pensionszugang der Babyboomer wird derzeit durch das steigende gesetzliche Eintrittsalter für Frauen gebremst. Diese Maßnahme trägt dazu bei, dass trotz der schwachen Beschäftigungsentwicklung die Pensionsquote (das Verhältnis Pensionsbezieher/Erwerbstätige) mittelfristig nahezu konstant bleibt.

Auch in den volkswirtschaftlichen Gesamtkontext gesetzt, ergibt das vorliegende Gutachten keine wesentliche Änderung der Situation, wie sie sich bereits vor einem Jahr dargestellt hat. Der Anteil der Bundesmittel wird – ausgehend vom Wert des Jahres 2023 (2,99%) bis 2029 relativ rasch ansteigen, den aktuellen Prognosen zufolge auf 3,83%. Damit würde ein Wert erreicht werden, der den bisherigen Höchstwert in der bis 1970 zurückreichenden Zeitreihe (3,4% im Jahr 1987) übertrifft.

2 Voraussetzungen

2.1 Gesetzliche Grundlagen

Mit 1. Jänner 2017 ist das Bundesgesetz zur Einrichtung einer Kommission zur langfristigen Finanzierung der Alterssicherungssysteme (Alterssicherungskommissions-Gesetz) in Kraft getreten (BGBl. I Nr. 29/2017). Darin sind die Aufgaben, die Zusammensetzung, die Geschäftsordnung und die Abdeckung der Kosten der beim Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz einzurichtenden Kommission zur langfristigen Finanzierung der Alterssicherungssysteme geregelt.

Gemäß § 2 Abs. 1 Z 1 dieses Gesetzes ist bis längstens 30. November eines jeden Jahres ein Gutachten über die voraussichtliche Gebarung der gesetzlichen Pensionsversicherung sowie über die Kostenentwicklung der Pensionen der Beamten des Bundes, der Länder und der Gemeinden für die folgenden fünf Jahre zu erstatten.

Gemäß § 10 Abs. 1 sind die Bürogeschäfte zu führen:

1. bezüglich der gesetzlichen Pensionsversicherung vom Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz;
2. bezüglich der Pensionen der Beamten des Bundes, der Länder und der Gemeinden vom Bundesministerium für Finanzen (BMF).

Im vorliegenden Gutachten wird gemäß § 2 Abs. 2 die voraussichtliche Gebarung der gesetzlichen Pensionsversicherung für die nächsten fünf Jahre dargestellt. Die Kostenentwicklung der Pensionen der Beamten ist vom Bundesministerium für Finanzen darzustellen.

Für den gesamten Prognosezeitraum wird von der geltenden Rechtslage ausgegangen.

2.2 Datenquellen

Hinsichtlich der verwendeten Wirtschaftsdaten ist die Grundlage des vorliegenden Gutachtens die Konjunkturprognose des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung (WIFO) vom 4. Oktober 2024. Für die Jahre ab 2026 wurde eine an Hand dieser Konjunkturprognose aktualisierte mittelfristige Prognose des WIFO verwendet.

Diese Annahmen wurden, so wie in § 10 Abs. 3 Alterssicherungskommissions-Gesetz vorgesehen, mit dem BMF abgestimmt.

Basisjahr im vorliegenden Gutachten ist das Jahr 2023, da für dieses Jahr endgültige Daten aus dem Bereich der Pensionsversicherung (unter anderem Pensionsstände, Durchschnittspensionen, Versicherte und Beiträge) und auch endgültige Gebarungsdaten vorliegen. Die Änderungsraten in den Übersichten, auf die auch im Text Bezug genommen wird, beziehen sich daher auf dieses Basisjahr. Die Projektionen im Bereich der Beamten basieren auf Lohnsteuerdaten 2022. Da es bei den Beamten keine endgültigen Vollzugsdaten 2023 gibt, wird vom BMF der Zeitraum 2024 bis 2029 dargestellt (2024 ist das zweite Prognosejahr). Zur besseren Vergleichbarkeit wurden daher im vorliegenden Gutachten in den Übersichten neben den Änderungen in den einzelnen Jahren sowohl die Gesamtänderung 2023 bis 2029 als auch jene von 2024 bis 2029 dargestellt.

Die für die Berechnungen maßgeblichen Parameter sind in der **Übersicht 1** zusammengefasst.

Datengrundlage der dargestellten Tabellen und Grafiken sind neben eigenen Berechnungen die Statistischen Nachweisungen und laufende Monatsdaten der PV-Träger.

Berechnungen, die eine Bevölkerungs-/Geburtenprognose erfordern, beruhen auf zum Erstellungszeitpunkt des Berichtes aktuellen Daten der Statistik Austria.

3 Finanzierung der gesetzlichen Pensionsversicherung, Bundesbeitrag, Bundesmittel

Die Finanzierung der gesetzlichen Pensionsversicherung erfolgt im Umlageverfahren, was bedeutet, dass laufende Ausgaben der Pensionsversicherungsträger durch laufende Einnahmen gedeckt werden.

Die laufenden Ausgaben werden primär durch den Pensionsaufwand bestimmt. Daneben erbringt die Pensionsversicherung aber auch Leistungen wie Gesundheitsvorsorge und Rehabilitation und leistet Krankenversicherungsbeiträge für die Pensionisten.

Die laufenden Einnahmen sind im Wesentlichen die Pensionsversicherungsbeiträge der pflichtversicherten Erwerbstätigen (=Pflichtbeiträge), Beiträge für Teilversicherte und die Partnerleistung des Bundes im Bereich der Selbständigen.

Die Einnahmen liegen üblicherweise unter den Ausgaben, die Differenz wird über die sogenannte Ausfallhaftung des Bundes ausgeglichen. Die Ausfallhaftung ist jedoch nicht die einzige Zahlung, die vom Bund geleistet wird. Auch einen Teil der Beitrags-einnahmen der Pensionsversicherung leistet der Bund. Dabei handelt es sich um Beiträge für bestimmte Personengruppen, die der Gesetzgeber dem Bund übertragen hat. Erstens leistet der Bund Beiträge für Teilversicherte, dabei handelt es sich grosso modo um Personengruppen, die zwar nicht erwerbstätig sind, für die der Gesetzgeber aber dennoch eine Pensionsversicherung vorgesehen hat (siehe Kapitel 3.1). Zweitens leistet der Bund die Partnerleistung, die dazu dient, die von Selbständigen (Bauern und Gewerbetreibenden) geleisteten Beiträge auf das in der Pensionsversicherung übliche Niveau von 22,8% der Beitragsgrundlage anzuheben (siehe Kapitel 3.2). Seit 2020 leistet der Bund auch Beiträge für hauptberuflich im landwirtschaftlichen Betrieb beschäftigte Kinder bis zum 27. Lebensjahr, in den Jahren 2024 und 2025 auch für Personen, die nach Erreichung des Regelpensionsalters neben einem Pensionsbezug erwerbstätig sind.

Der so genannte „Bundesbeitrag“ setzt sich daher zusammen aus:

- einem Teil der Beiträge für Teilversicherte (§ 52 Abs. 4 Z 1 ASVG, § 27e Z 1 GSVG, § 24e Z 1 BSVG),
- der Partnerleistung (§ 27 Abs. 2 Z 2 GSVG, § 8 FSVG, § 24 Abs. 2 Z 2 BSVG),
- dem Bundesbeitrag für Erhöhung der Beitragsgrundlage nach § 23 Abs. 6 Z 1

BSVG,

- der Beitragsübernahme für erwerbstätige Pensionsbezieher nach § 54b ASVG, § 27g GSVG bzw. § 24g BSVG und
- der Ausfallhaftung des Bundes (§ 80 Abs. 1 ASVG, § 34 Abs. 1 GSVG, § 31 Abs. 1 BSVG)

Die folgende Abbildung veranschaulicht die Finanzierungsstruktur der Pensionsversicherung. Die Darstellung beruht auf den Zahlungen des Jahres 2023.

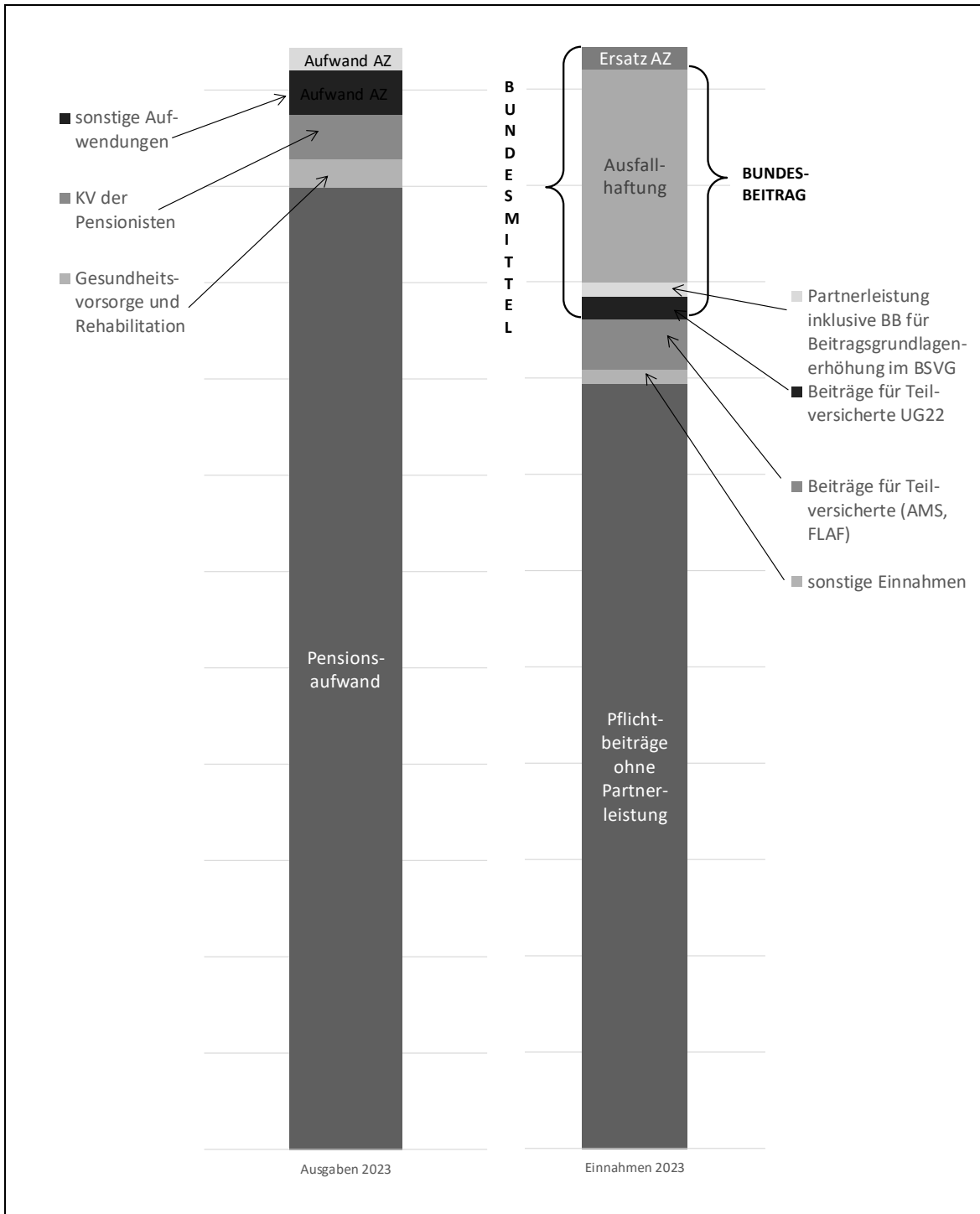


Abbildung 1: Ausgaben und Einnahmen gesetzliche Pensionsversicherung 2023

Der linke Balken stellt die Ausgabenseite der Pensionsversicherung dar, der rechte Balken die Einnahmenseite. Auf der Einnahmenseite finden sich auch jene Mittel, die aus dem Bundesbudget in die gesetzliche Pensionsversicherung fließen (Bundesmittel und jener Teil der Beiträge, die vom Arbeitsmarktservice bzw. dem Familienlastenausgleichsfonds zu leisten sind).

3.1 Beiträge für Teilversicherte

Zur Finanzierung der Beitragszeiten für Teilversicherte gemäß § 8 Abs. 1 Z 2 ASVG und § 52 Abs. 4 ASVG sowie den Parallelbestimmungen in GSVG und BSVG sind folgende Zahlungen vorgesehen:

Teilversicherte	Tragung der Beiträge durch
Bezieher einer Geldleistung nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz, dem Sonderunterstützungsgesetz, dem Überbrückungshilfegesetz und dem Arbeitsmarktservicegesetz oder von Umschulungsgeld (berufliche Rehabilitation)	Arbeitsmarktservice (AMS)
Zeitsoldaten	BM für Landesverteidigung
Kindererziehungszeiten bzw. Bezieher des Familienzeitbonus	75% Familienlastenausgleichsfonds (FLAF), 25% Bund
Bezieher von Wochengeld, Sonderwochengeld, Krankengeld, Rehabilitationsgeld (medizinische Rehabilitation), Wiedereingliederungsgeld, Übergangsgeld; Präsenz- und Ausbildungsdienstleistende, Zivildienstler; (in den Jahren 2012 und 2013 auch Bezieher einer Familienhospizkarenz)	Bund (UG22 – Pensionsversicherung)
Bezieher einer Leistung aufgrund Familienhospizkarenz, Pflegekarenz, Familienhospizteilzeit oder Pfl egeteilzeit	seit 2014 Bund (UG21 – Soziales und Konsumentenschutz) ARÄG 2013, BGBl. 138/2013

Insgesamt belaufen sich die Beiträge für Teilversicherte derzeit auf rund 3,8 Mrd. €. Die folgende Grafik zeigt die Zusammensetzung der Beiträge für Teilversicherte im Jahr 2023:

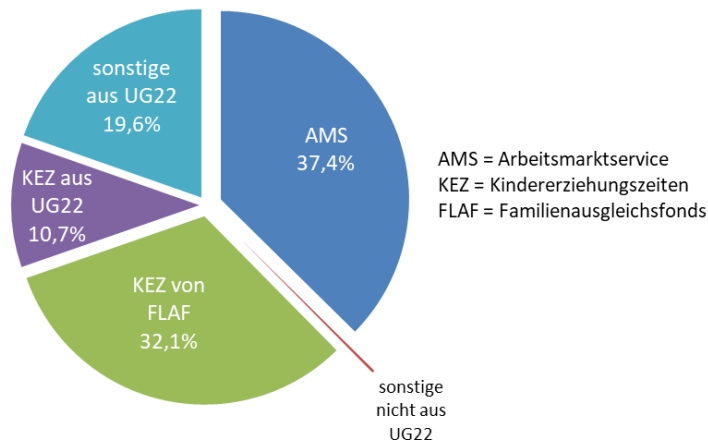


Abbildung 2: Zusammensetzung der Beiträge für Teilversicherte 2023

Die Höhe und die Entwicklung der einzelnen Zahlungsströme ist in der **Übersicht 20** dargestellt.

Der starke Anstieg bei der Leistung des AMS im Jahr 2020 (+42,9%) ist auf den Anstieg der Arbeitslosen von rund 301.000 im Jahr 2019 auf fast 410.000 im Jahr 2020 zurückzuführen. Die Arbeitslosenrate stieg von 7,4% auf 9,9%, sank danach aber auf 8,0% und 2022 auf 6,3%, wodurch auch die Beiträge wieder gesunken sind.

Im Bereich der Beiträge für Teilversicherte kann es immer wieder zu Nach- bzw. Rückverrechnungen kommen. Dadurch kann die Korrelation zwischen der Zahl der Begünstigten und dem finanziellen Volumen verschleiert sein, wie etwa anhand der unregelmäßigen Änderungsraten bei den Leistungen des FLAF im Beobachtungszeitraum zu sehen ist.

3.2 Partnerleistung

Versicherte nach dem GSVG, FSVG und BSVG sind selbständig, es ist somit nicht möglich, die Leistung der Pensionsversicherungsbeiträge wie im Bereich der Unselbständigen auf Dienstgeber und Dienstnehmer aufzuteilen. Der Gesetzgeber hat daher die „Partnerleistung“ vorgesehen, um die Beitragsleistung der Selbständigen auf das in der Pensionsversicherung geltende Niveau von 22,8% der Beitragsgrundlage anzuheben (§ 27 Abs. 2 Z 2 GSVG, § 8 FSVG, § 24 Abs. 2 Z 2 BSVG). Die Höhe der Partnerleistung beträgt derzeit im GSVG 4,3%, im FSVG 2,8% und im BSVG 5,8% der Beitragsgrundlage.

3.3 Bundesbeitrag für Erhöhung der Beitragsgrundlage im BSVG

Die Pensionsversicherungs-Beitragsgrundlage für hauptberuflich im landwirtschaftlichen Betrieb beschäftigte Kinder bis zum 27. Lebensjahr beträgt seit 2020 nicht ein Drittel, sondern die Hälfte der jeweiligen Beitragsgrundlage. Jener Teil des Pensionsversicherungsbeitrages, der sich aus dieser Erhöhung ergibt, ist aus Mitteln des Bundes zu tragen (§ 373 Abs. 3 BSVG).

3.4 Beitragsübernahme bei Erwerbstätigkeit neben Pensionsbezug

In den Jahren 2024 und 2025 übernimmt der Bund für Personen, die ab Erreichung des Regelpensionsalters neben der Pension einer Erwerbstätigkeit nachgehen, jenen Beitragsteil, der in der Pensionsversicherung auf die versicherte Person fällt, und zwar bis zu einer Höhe von 10,25% des doppelten Betrages der im Jahr gültigen Geringfügigkeitsgrenze.

3.5 Ausfallhaftung

Im Rahmen des Bundesbeitrages kommt der Ausfallhaftung besondere Bedeutung zu (§ 80 Abs. 1 ASVG, § 34 Abs. 1 GSVG, § 31 Abs. 1 BSVG). Während nämlich die Höhe der diversen Beitragszahlungen des Bundes (Teilversicherte, Partnerleistung, Beitragsübernahmen) von der Höhe der Beitragsgrundlage und der Größe jener Versichertengruppe abhängt, für die sie geleistet werden, ist die Ausfallhaftung als Abdeckung des Fehlbetrages konzipiert, der nach Saldierung sämtlicher Erträge und Aufwendungen der PV-Träger noch verbleibt. Die Ausfallhaftung sorgt somit dafür, dass die Pensionsversicherungsträger ausgeglichen bilanzieren. Da die Ausfallhaftung mehr als 85 % (2023) des Bundesbeitrages ausmacht, hängt dessen Entwicklung primär von der Ausfallhaftung und damit von der Entwicklung der Erträge und Aufwendungen der Pensionsversicherungsträger ab, wobei sich die größte Wirkung aus der

- Entwicklung des Pensionsaufwandes sowie der
- Entwicklung der Pflichtbeiträge

ergibt.

Die Entwicklung des Pensionsaufwandes und der Pflichtbeiträge wird aufgrund ihrer Bedeutung für die Entwicklung des Bundesbeitrages in den Kapiteln 5 und 6 ausführlich behandelt.

3.6 Ersatz des Ausgleichszulagenaufwandes

Zusätzlich zum Bundesbeitrag wird den Pensionsversicherungsträgern vom Bund auch der Aufwand für Ausgleichszulagen ersetzt (§ 299 ASVG, § 156 GSVG, § 147 BSVG) und auch jener für Pensions- bzw. Ausgleichszulagenbonus. Die Summe aus Bundesbeitrag und dem Ausgleichszulagenaufwand wird als **Bundesmittel** bezeichnet.

Die Bundesmittel in der Höhe von 14.154 Mio. € setzten sich im Jahr 2023 folgendermaßen zusammen:

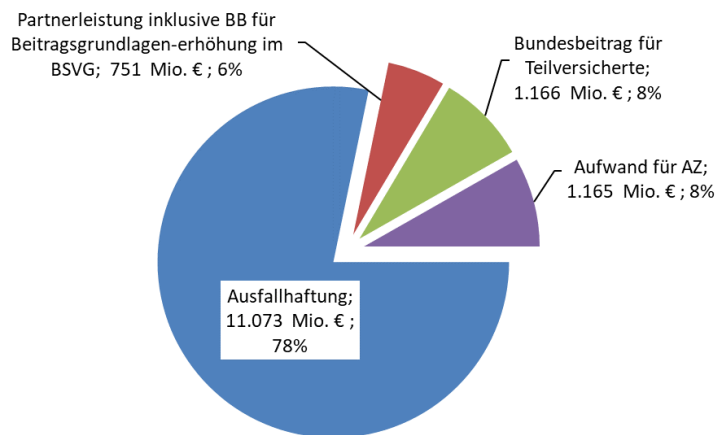


Abbildung 3: Zusammensetzung der Bundesmittel 2023

Nur rund 8% der Bundesmittel fallen auf den Aufwand für Ausgleichszulagen. Dessen Entwicklung verläuft zudem relativ stabil, sodass der bestimmende Faktor in der Entwicklung der Bundesmittel der Bundesbeitrag, und hier vor allem die Ausfallhaftung, ist. Auf die Entwicklung des Ausgleichszulagenaufwands wird im Punkt 4.2 gesondert eingegangen.

4 Entwicklung der Bundesmittel

Nominell wird es bei den Bundesmitteln im Beobachtungs- und Prognosezeitraum voraussichtlich zu mehr als einer Verdoppelung kommen, und zwar von 9,5 Mrd. € (2017) auf 22,1 Mrd. € (2029) (**Übersicht 25**). Für das nominelle Bruttoinlandsprodukt wird im gleichen Zeitraum ein Anstieg von rund 57% erwartet, die Bundesmittel steigen also weitaus stärker an. Daher wird auch der Anteil der Bundesmittel am Bruttoinlandsprodukt (BIP) stark von 2,60% im Jahr 2017 auf 3,83% im Jahr 2029 steigen, und damit deutlich über dem Ausgangswert von 2017 liegen (**Übersicht 28**).

Für das Jahr 2017 wurden die vorliegenden Erfolgsrechnungen modifiziert. Da Bedienstete der Bank Austria AG in die Pensionsversicherung nach dem ASVG übernommen wurden, war im Jahr 2017 ein Überweisungsbetrag an die Pensionsversicherungsanstalt in Höhe von 768 Mio. € zu leisten. Dies entlastete den Bund (UG22) über die Ausfallhaftung in gleicher Höhe. Da dies einen Einmaleffekt darstellt und den Vergleich der Gebarungsdaten des Jahres 2017 zu anderen Jahren verzerrt, wurde diese Zahlung im aktuellen Gutachten nicht berücksichtigt.

Aufgrund der konjunkturellen Entwicklung (starker Beschäftigtenanstieg), niedriger Inflationsraten und gebremster Zugänge in die vorzeitige Alterspension sanken die Bundesmittel in den Jahren 2015 bis 2018 nominell. Gleichzeitig stieg das BIP, sodass der Anteil der Bundesmittel am BIP entsprechend deutlich sank. 2019 stiegen sie nominell nur schwach, der Anteil am BIP sank abermals. Mit 2,42% war damals der tiefste Wert seit 2001 erreicht. 2020 bewirkte vor allem der geringe Anstieg der Pflichtbeiträge aufgrund der Corona-Krise stark steigende Bundesmittel, was den Anteil am BIP auf 2,96% erhöhte. 2021 und 2022 stiegen die Bundesmittel nominell zwar um 5,3% bzw. 7,2%, ein entsprechendes BIP-Wachstum ließ den Anteil dennoch auf 2,83% (2022) sinken. Im Jahr 2023 stieg der Anteil auf 2,99% an. Dieser Anstieg war vor allem auf die im Rahmen der Pensionsanpassung 2023 beschlossene Direktzahlung zurückzuführen.

Der deutliche Anstieg 2024 auf 3,48% ist durch die starke Zunahme der Pensionsaufwendungen erklärbar, die wiederum durch die inflationsbedingt hohe Pensionsanpassung und die Aussetzung der Aliquotierung der Anpassung für die Neuzugangspensionen des Jahres 2023 (in Verbindung mit den bis dato höchsten Zugangszahlen 2023) begründet werden kann.

Auch 2025 führen die hohen vorangegangenen Inflationsraten und die daraus resultierende hohe Anpassung zu stark steigenden Pensionsaufwendungen. Gleichzeitig muss unter Berücksichtigung der aktuellen Wirtschaftsprognose von einer Beitragsentwicklung ausgegangen werden, die mit dem Anstieg der Pensionsaufwendungen nicht Schritt hält. In Verbindung mit einem verhaltenen BIP-Wachstum führen diese Entwicklungen dazu, dass der Anteil der Bundesmittel am BIP innerhalb von nur 2 Jahren von 2,99% (2023) auf 3,70% (2025) steigt.

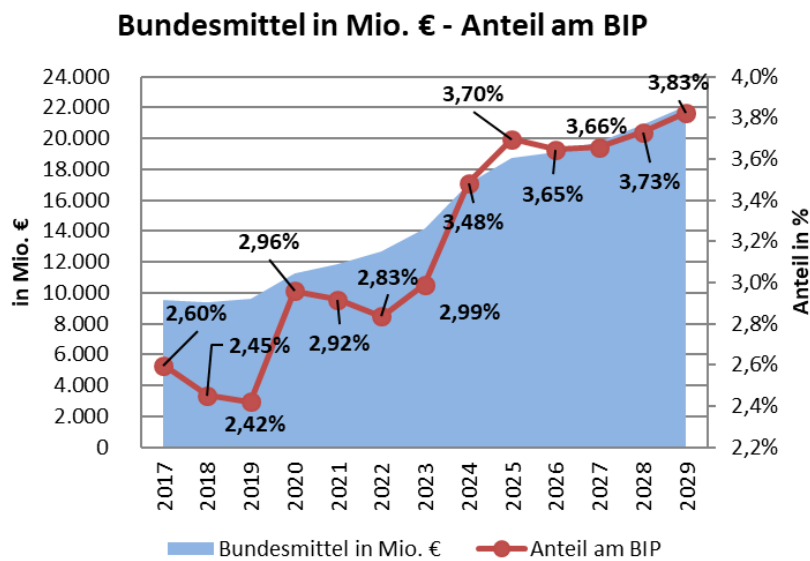


Abbildung 4: Entwicklung der Bundesmittel, Anteil am BIP

Die folgende Abbildung zeigt die jährlichen Änderungsraten der Bundesmittel.

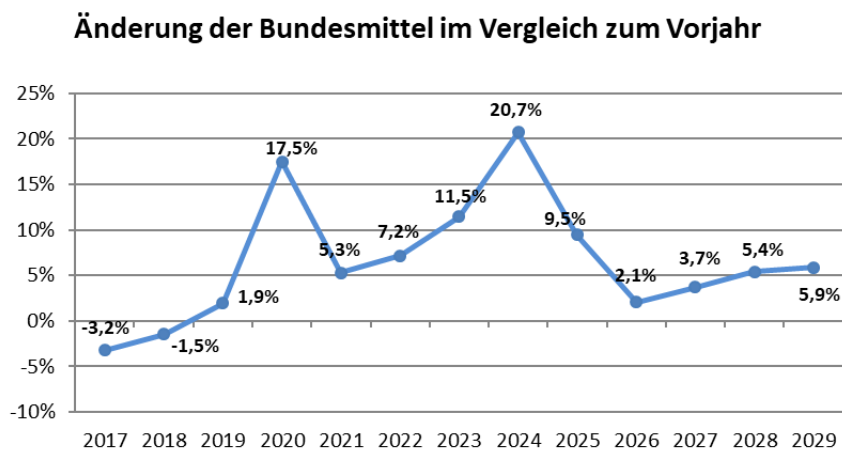


Abbildung 5: Änderung der Bundesmittel im Vergleich zum Vorjahr

Im Folgenden werden die wichtigsten Gründe für die Entwicklung der Bundesmittel in den einzelnen Jahren des Beobachtungszeitraumes herausgearbeitet und die wichtigsten Eckpunkte für die Einschätzung des Prognosezeitraumes erläutert.

- 2017: Die Bundesmittel waren in diesem Jahr trotz Nichtberücksichtigung der Überweisung der Bank Austria um 3,2% niedriger als 2016. Mitverantwortlich für das Sinken der Bundesmittel im ASVG war auch die Tatsache, dass die Zahl der Pflichtversicherten (+2,4%) deutlich stärker gestiegen ist, als jene der Pensionen (+0,8%). Auch die Pensionsanpassung fiel infolge der niedrigen Inflation mit 0,8% äußerst niedrig aus. Beide Faktoren bewirkten, dass der Pensionsaufwand im ASVG 2017 mit +2,4% deutlich schwächer anstieg als die Pflichtbeiträge mit +4,3%. Damit setzte sich die Entwicklung, die schon in den Jahren 2015 und 2016 für die sinkenden Bundesmittel verantwortlich war, fort.
- 2018: Der Trend sinkender Bundesmittel setzte sich auch in diesem Jahr fort. Das hatte seine Ursache vor allem in einer herausragenden Beitragsentwicklung. Der immerhin seit 2013 stärkste Anstieg des Pensionsaufwands (+3,8%) wurde vom Beitragswachstum (+5,8%) noch deutlich übertroffen. Für den Anstieg des Pensionsaufwands war vor allem die Pensionsanpassung (durchschnittlich +1,94%) verantwortlich, der Struktureffekt und der Anstieg des Pensionsstandes waren moderat. Einnahmenseitig hat sich sowohl die Zahl der Pflichtversicherten (+2,6%) als auch die durchschnittliche Beitragsgrundlage (+3,1%) sehr stark entwickelt.
- 2019: Der Anstieg der Bundesmittel war im Jahr 2019 nur sehr gering. Während der Pensionsaufwand um 4,5% stieg, stiegen die Pflichtbeiträge (ohne Partnerleistung) stärker an, nämlich um 5,1%. Die starke Steigerung der Pflichtbeiträge ist dabei vor allem auf die positive Entwicklung der Beitragsgrundlagen zurückzuführen (+3,3%), die Zahl der Pflichtversicherten stieg um 1,8%. Gleichzeitig stiegen die Beiträge für Teilversicherte, die der FLAF leistet, sehr stark, nämlich um 18,9%. Dieser sprunghafte Anstieg ist auf eine Aufrollung der Vorjahre zurückzuführen.
- 2020: Das Jahr 2020 war geprägt von der durch die Corona-Pandemie ausgelösten Wirtschaftskrise. Durch das Absinken der Pflichtversicherten um 1,6% stiegen auch die Pflichtbeiträge in der gesetzlichen PV nur um 0,6%. Der Pensionsaufwand stieg

hingegen um 5,8%. Dies hatte zur Folge, dass die Ausfallhaftung und in weiterer Folge Bundesbeitrag und Bundesmittel stark anstiegen, letztere um 17,5%. Die starke Steigerung des Pensionsaufwandes erklärt sich einerseits durch den steigenden Pensionsstand (+1,7%) und andererseits durch die starke Steigerung der Durchschnittspensionen (+4,0%), wobei hier sowohl die Pensionserhöhung von durchschnittlich 2,68%, als auch der recht hohe Struktureffekt von 1,3% zum Tragen kommt. Sowohl der überdurchschnittliche Anstieg des Pensionsstandes, als auch der starke Struktureffekt dürfte auch mit der Abschaffung der Abschläge bei Vorliegen von 45 Beitragsjahren zusammenhängen, die für 2 Jahre gegolten hat.

- 2021: In diesem Jahr war eine Erholung der Wirtschaft zu sehen. Die Zahl der Pflichtversicherten stieg um 2,8%, die durchschnittlichen Beitragsgrundlagen um 3,1%, die Pflichtbeiträge (ohne Partnerleistung) insgesamt um 5,9%. Im Bereich der Selbständigen stiegen die Beiträge nach einem Sinken im Vorjahr (-6,8%) in diesem Jahr um 17,2%, wodurch allerdings auch die Partnerleistung des Bundes stark anstieg. Der Pensionsaufwand war um 4,8% höher als im Vorjahr – der Stand an Pensionen stieg zwar nur um 1,3%, die Höhe der Durchschnittspensionen allerdings um 3,5%, was zum größten Teil auf die gestaffelte Anpassung über der Inflation zurückzuführen ist. Insgesamt bedeutet dies eine Steigerung der Bundesmittel um 5,3%.
- 2022: Die Bundesmittel stiegen in diesem Jahr um 7,2% an. Während die Zahl der Pensionen nur um 1,4% gestiegen ist, waren die Durchschnittspensionen um 3,6% höher als im Vorjahr, wodurch die Steigerung beim Pensionsaufwand 5,0% betragen hat. Eine deutliche Steigerung des Gesamtaufwandes und damit eine Erhöhung der Bundesmittel bewirkten die im Jahr 2022 geleisteten Einmalzahlungen und Teuerungsausgleiche (siehe Kapitel 9.5). Ohne diese zusätzlichen Leistungen hätte die Steigerung der Bundesmittel nur 2,6% betragen. Die Pflichtbeiträge stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 6,9% (Pflichtversicherte +3,2%, Beitragsgrundlagen +3,5%). Durch die höheren Pflichtbeiträge stiegen allerdings auch die Beiträge des Bundes für die Partnerleistung. Die Beiträge für Teilversicherte, die das Arbeitsmarktservice AMS leistet und die Teil der Einnahmen sind, sind aufgrund der niedrigen Zahl an Arbeitslosen deutlich gesunken (-19,1%), was einen weiteren Anstieg der Bundesmittel bewirkt.

- 2023: Nominell stiegen die Bundesmittel um rund 1,5 Mrd. €, was ein Plus von 11,5% bedeutet. Gemessen am nominellen BIP stieg der Anteil auf 2,99%. Verursacht wurde dies durch eine sehr deutliche Steigerung des Pensionsaufwandes (+8,8%), der sich damit stärker erhöhte als die Pflichtbeiträge (+7,9%). Auch die Ausgaben für Gesundheitsvorsorge und Rehabilitation stiegen in diesem Jahr deutlich an (+10,4%). Weiters wurde auch 2023 eine Direktzahlung an Bezieher einer gesetzlichen Pension ausbezahlt. Dies erhöhte den Bundesbeitrag um 522,8 Mio. €.

Prognosezeitraum bis 2029: Insgesamt wird im Prognosezeitraum mit deutlich steigenden Bundesmitteln gerechnet, und zwar um +56,2% (Beobachtungszeitraum: +48,4%).

Auf der Ausgabenseite wird damit gerechnet, dass die Pensionsstände nicht mehr so stark wachsen, wie im Beobachtungszeitraum (insbesondere 2019 bis 2023). Zwar wären aktuell demografiebedingt die stärksten Zugangsjahrgänge zu erwarten, durch den Anstieg des gesetzlichen Antrittsalters für Frauen ab 2024 wird es gegenüber dem „Rekordzugang“ 2023 aber zu Rückgängen kommen. Der Pensionsstand wird im Prognosezeitraum um 5,6% ansteigen, im Beobachtungszeitraum waren es +8,3%. Der Höhepunkt der Pensionierungswelle der „Babyboomer“ fällt in die Phase der Anhebung des gesetzlichen Antrittsalters der Frauen, wodurch die Zugangszahlen gebremst sein werden. Ein wesentlicher kostensteigernder Faktor sind die Pensionsanpassungen 2024 und 2025. Im Jahr 2024 wurden die Pensionen um 9,7% erhöht, 2025 erfolgt eine Anpassung mit 4,6%. Die Entwicklung der Beitragsgrundlagen liegt 2024 und wird voraussichtlich auch 2025 deutlich unter dem Anstieg der Durchschnittspension liegen. Erst dann nähern sich die Anstiege von Durchschnittspension und Beitragsgrundlage wieder an, wobei bei den Pensionen der Struktureffekt dafür sorgt, dass trotz moderater Pensionsanpassungen im Zeitraum 2026 bis 2028 nur in einem Jahr die Beitragsgrundlage stärker steigt, als die Durchschnittspensionen. Dazu kommt, dass im gesamten Prognosezeitraum die Beschäftigungsentwicklung schwach ausfällt, was auch daran abzulesen ist, dass das Verhältnis von Versicherungsverhältnissen zu Pensionen nahezu konstant bleibt. Von 2010 (1,62) bis 2022 (1,73) hatte diese Kennzahl eine steigende Tendenz gezeigt, unterbrochen nur durch die Verwerfung infolge der Corona-Pandemie.

4.1 Zerlegung der Bundesmitteldynamik im Prognosezeitraum

Der Anstieg der Bundesmittel in Höhe von fast 8 Mrd. €, der im Prognosezeitraum, also 2023 bis 2029 erwartet wird, kann in die Änderungen der einzelnen Komponenten, aus denen sich die Bundesmittel zusammensetzen, zerlegt werden. Diese Zerlegung ist in der folgenden Übersicht veranschaulicht.

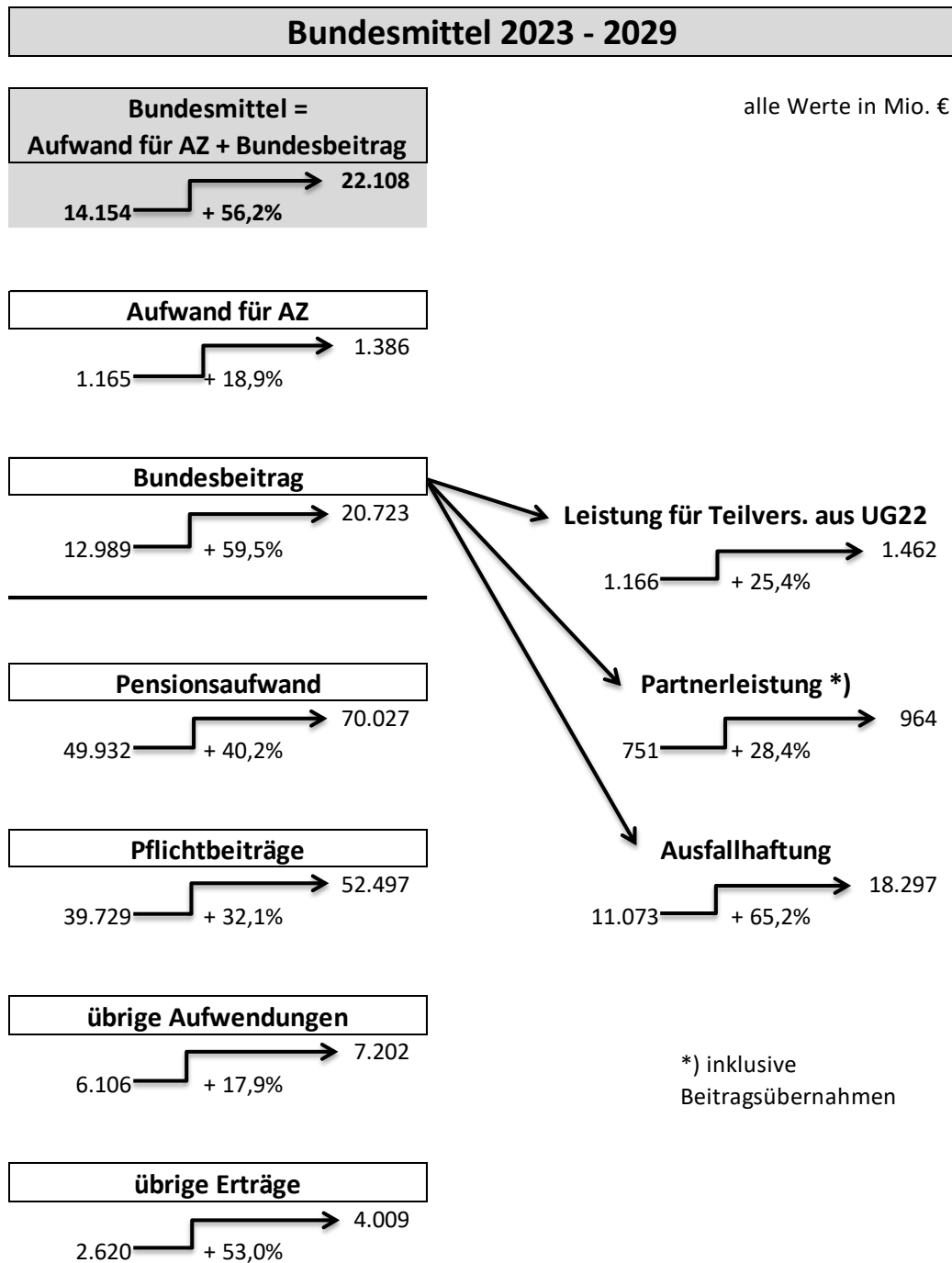


Abbildung 6: Dynamik Bundesmittel 2023-2029

Der Anstieg der Bundesmittel wird voraussichtlich rund 8 Mrd. € bzw. 56,2% betragen. Der Aufwand für die Ausgleichszulagen inklusive Bonus dürfte mit einem Plus von rund 221 Mio. € (+18,9%) prozentuell gleich steigen wie im Beobachtungszeitraum (+185 Mio. €, +18,9%). Die Gründe dafür werden im Kapitel 4.2 erläutert. Der Anstieg des Bundesbeitrages um rund 7,7 Mrd. € (+59,5%) beruht wiederum zum größten Teil auf einem Anstieg der Ausfallhaftung um 7,2 Mrd. € bzw. +65,2%, welche damit sowohl absolut, als auch in Prozent den stärksten Anstieg aufweist. Dies beruht auf der Tatsache, dass die Pensionsaufwendungen stärker steigen als die Pflichtbeiträge. Während die Pensionsaufwendungen um mehr als 20 Mrd. € ansteigen, wird bei den Pflichtbeiträgen (ohne Partnerleistung) ein Anstieg um weniger als 13 Mrd. € erwartet. Daraus ergibt sich ein Saldo von mehr als 7 Mrd. €. Dass der Pensionsaufwand stärker steigt als die Pflichtbeiträge ist nicht nur auf demografische Gründe zurückzuführen. Zwar werden die Pensionsstände um mehr als 140.000 Leistungen steigen, dieser Anstieg dürfte jedoch durch einen Anstieg der Pflichtversicherten mehr als kompensiert werden (+250.000). Das Verhältnis von Pflichtversicherungen zu Pensionen bleibt insgesamt im gesamten Prognosezeitraum nahezu unverändert auf einem Wert von 1,73 (siehe Kapitel 7.1 bzw. **Übersicht 14a**). Eine Herausforderung für die Finanzierung wird vielmehr die Tatsache sein, dass die Beitragsgrundlage mit insgesamt +24,9% deutlich weniger stark wächst, als die Durchschnittspension mit +32,8%. Wesentliche „Treiber“ sind, wie bereits ausgeführt, die Pensionsanpassungen 2024 und 2025 sowie der permanent wirksame Struktureffekt. Pensionsanpassungen tragen insgesamt 24,6%-Punkte zum Wachstum der Durchschnittspension bei. Der verbleibende Zuwachs ist auf den Struktureffekt (+6,6%) zurückzuführen (siehe Kapitel 5.2.2).

4.2 Entwicklung der Ausgleichszulagen

Neben dem Bundesbeitrag wird der Aufwand für Ausgleichszulagen zu den Bundesmitteln gezählt. Seine Entwicklung kann der **Übersicht 24** entnommen werden. Grundsätzlich verläuft diese Entwicklung sehr stabil, eine leicht sinkende Zahl von Beziehern steht normalerweise einer moderat steigenden durchschnittlichen Ausgleichszulage gegenüber. Ausnahmen bilden jene Jahre, in denen die AZ-Richtsätze stärker erhöht wurden als die Pensionen. In diesen Jahren wurde zum einen der fallende Trend der Bezieherzahl gebremst, gleichzeitig stieg die durchschnittliche Höhe der AZ stärker als im langjährigen Schnitt.

Insgesamt ist der AZ-Aufwand im Beobachtungszeitraum um 18,9% gestiegen. 2017 wurde die „AZ-plus“ eingeführt. Die dadurch bewirkte Ausweitung des Bezieherkreises entsprach in etwa dem gleichzeitig stattfindenden natürlichen Abgang, sodass der Stand an Beziehern nahezu gleich hoch war wie 2016. Der Aufwand stieg im Vergleich zum Vorjahr um 0,9%. Der größte Anstieg im Beobachtungszeitraum ergab sich 2020 aufgrund der Einführung des AZ- und Pensionsbonus. Dies wirkte sich sowohl in der Zahl der Bezieher (inklusive Pensionsbonus-Bezieher) als auch beim Aufwand (+7,4%) aus. Jene Fälle, die bereits eine AZ beziehen und darüber hinaus einen AZ-Bonus erhalten, erhöhen die Zahl der Fälle nicht, der Bezieherkreis wird jedoch um die Zahl der Pensionsbonusbezieher (erhalten keine AZ) erweitert.

Im Aufwand ist sowohl der Aufwand für die „reine“ AZ ausgewiesen, als auch jener von AZ- bzw. Pensionsbonus. Diese Darstellung bewirkt, dass 2020 auch die durchschnittliche Höhe der „Ausgleichszulagen“ gestiegen ist.

2023 führte die außerordentliche Erhöhung der Richtsätze über dem Anpassungsfaktor gemäß PAG 2023 zu einer stärkeren Steigerung des Aufwandes (+7,5%), da dadurch sowohl die Anzahl der Bezieher als auch die durchschnittliche Leistungshöhe stärker steigt. Im Jahr 2024 wurden die AZ-Richtsätze wieder gemäß geltendem Recht erhöht, die voraussichtlich relativ starke Steigerung beim Aufwand (+7,7%) ergibt sich aus dem hohen Wert des Anpassungsfaktors in diesem Jahr (1,097). Die Effekte 2023 und 2024 (außerordentliche Richtsatzerhöhung 2023, hoher Anpassungsfaktor 2024) sind in der folgenden Grafik deutlich zu sehen. Im Jahr 2025 werden die AZ-Richtsätze mit dem Anpassungsfaktor erhöht. Für den restlichen Prognosezeitraum wird weiterhin von einer Erhöhung der AZ-Richtsätze mit dem Anpassungsfaktor ausgegangen. Dies führt dazu, dass der Aufwand nur noch moderat ansteigt und am Ende rund 1,4 Mrd. € betragen wird (+18,9%).

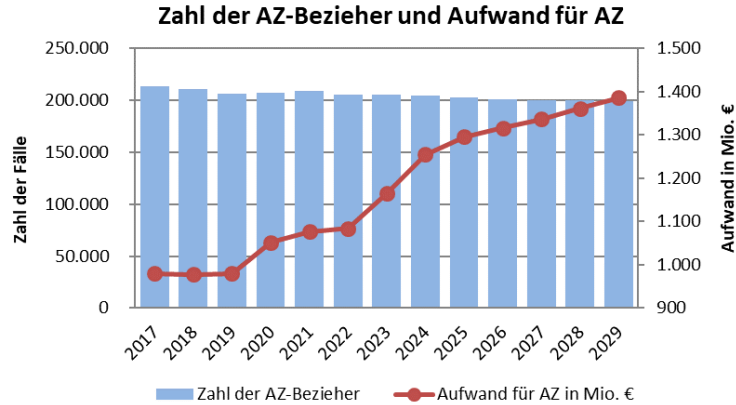


Abbildung 7: Zahl der AZ-Bezieher und Aufwand für AZ

Einen geringen Einfluss auf die Höhe des AZ-Aufwandes hat die ab 2025 geltende Regelung, dass Versehrtenrenten und andere Geldleistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung wie das Versehrtengeld und die an verunfallte BSVG-Versicherte ausgezahlte Betriebsrente nicht mehr bei der Berechnung der Ausgleichszulage berücksichtigt werden.

Der Anteil des AZ-Aufwandes an den Bundesmitteln wird am Ende des Prognosezeitraums niedriger sein als zu Beginn des Beobachtungszeitraums (2017: 10,3%, 2029: 6,3%), weil der Bundesbeitrag, und hier insbesondere die Ausfallhaftung, stärker steigt als der Aufwand für Ausgleichszulagen.

In den **Übersichten 31 und 32** finden sich die Zahl der AZ-Empfänger und die Höhe der durchschnittlichen AZ. Hier sieht man, dass im Prognosezeitraum die Zahl der AZ-Bezieher insgesamt sinkt (-3,1%), die Höhe der durchschnittlichen AZ jedoch deutlich steigt (+22,7%).

Die Höhe der Richtsätze sowie die Bonusobergrenzen sind im Kapitel 9.4 dargestellt.

Die Zahl der Personen mit Bezug eines Bonus entwickelte sich seit der Einführung folgendermaßen:

	Fälle AZ-Bonus				Fälle Pensionsbonus				alle Bonusfälle
	Alleinstehend		Verheiratet	gesamt	Alleinstehend		Verheiratet	gesamt	
	Zahl der Beitragsmonate				Zahl der Beitragsmonate				
360	480	480		360	480	480			
Dez 20	12.688	2.017	1.182	15.887	5.701	1.184	2.976	9.861	25.748
Dez 21	13.453	2.191	1.780	17.424	6.411	3.279	3.002	12.692	30.116
Dez 22	13.749	2.327	2.961	19.037	6.305	3.699	2.561	12.565	31.602
Dez 23	14.759	2.538	3.233	20.530	5.455	4.027	2.319	11.801	32.331

Tabelle 1: Entwicklung der Zahl der Personen mit Bezug eines AZ- oder Pensionsbonus

Der Aufwand betrug laut Erfolgsrechnungen der PV Träger:

	Aufwand laut Erfolgsrechnung		
	AZ-Bonus	Pensions- bonus	gesamt
2020	35,7 Mio. €	15,4 Mio. €	51,0 Mio. €
2021	42,9 Mio. €	21,2 Mio. €	64,1 Mio. €
2022	47,9 Mio. €	20,4 Mio. €	68,3 Mio. €
2023	45,8 Mio. €	19,0 Mio. €	64,8 Mio. €

Tabelle 2: Aufwand für AZ- bzw. Pensionsbonus

5 Pensionsaufwand

Wie im Kapitel Bundesbeitrag erläutert wurde, ist einer der bestimmenden Faktoren des Bundesbeitrages der Pensionsaufwand. Die Höhe des Pensionsaufwandes ergibt sich aus der Anzahl der Pensionsleistungen und der durchschnittlichen Leistungshöhe.

Die Anzahl der Leistungen wird im Wesentlichen durch drei Faktoren bestimmt:

- demografische Entwicklung
- rechtliche Zugangsvoraussetzungen für die Inanspruchnahme einer Leistung
- Partizipationsraten am Arbeitsmarkt (Erwerbsquoten) - insbesondere jene der älteren Arbeitnehmer

Die durchschnittliche Höhe der Pensionen wird bestimmt durch

- die jährliche Pensionsanpassung, sowie durch
- die Tatsache, dass sich durch Wegfall und Zugang von Leistungen die Zusammensetzung des Pensionsstandes laufend ändert („Struktureffekt“).

Im Beobachtungszeitraum stieg der Pensionsaufwand von rund 36,3 Mrd. € auf rund 49,9 Mrd. €, was einem Anstieg um 37,4% entspricht.

Für den Prognosezeitraum wird eine stärkere Steigerung des Pensionsaufwandes auf mehr als 70 Mrd. € erwartet, was einen weiteren Anstieg um 40,2% bedeutet (**Übersicht 15**).

Worauf die Steigerung des Pensionsaufwandes im Prognosezeitraum zurückzuführen ist kann der folgenden Grafik entnommen werden.

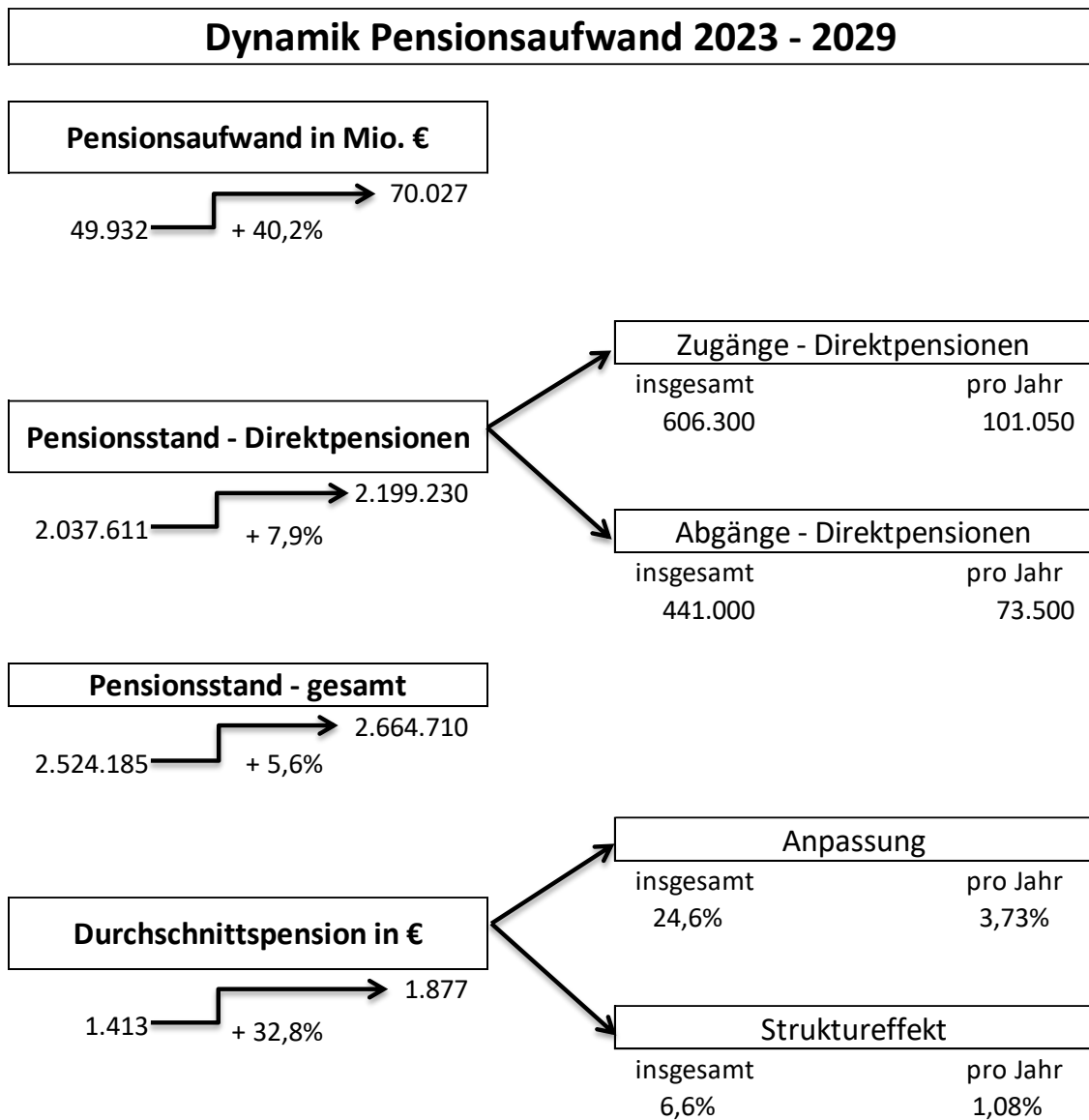


Abbildung 8: Dynamik Pensionsaufwand 2023-2029

Im Prognosezeitraum ist die Gesamtsteigerung des Pensionsaufwandes von 40,2% auf einen Anstieg der Zahl der Pensionen um 5,6% (**Übersicht 8**), sowie auf einen Anstieg der Durchschnittspension um 32,8% (**Übersicht 11**) zurückzuführen.

Beim Stand der Direkt pensionen wird im Prognosezeitraum eine Steigerung um 7,9% von 2.037.611 auf rund 2.200.000 erwartet. Während nämlich pro Jahr, bei leicht steigender Tendenz, durchschnittlich knapp 73.500 Abgänge zu erwarten sind, wird die durchschnittliche jährliche Zahl der Zugänge etwas mehr als 101.000 betragen. Beim Anstieg der Durchschnittspensionen wirkt einerseits die jährliche Pensionserhöhung (im gesamten Zeitraum 24,6%, jährlich durchschnittlich 3,7%) und andererseits auch der Struktureffekt (siehe Kapitel 5.2.2), durch den die Durchschnittspension zusätzlich steigt. Durch die Abschaffung des Abschlages bei Vorliegen von 45

Beitragsjahren der Pflichtversicherung kam es in den Jahren 2020 und 2021 zu einer Verstärkung des Struktureffektes. Ab 2022 war die Abschlagsfreiheit wieder abgeschafft. Für das Jahr 2020 wurde jedoch die erstmalige Pensionserhöhung bereits im ersten Jahr nach Pensionsantritt wieder eingeführt: diese Regelung galt auch 2021, 2022 erfolgte eine aliquote Anpassung abhängig vom Stichtag. 2023 erfolgte die Pensionserhöhung im ersten Jahr ebenfalls aliquot, betrug aber mindestens 50% des Anpassungsfaktors. Für die Jahre 2024, 2025 und 2026 wurde die Aliquotierung ausgesetzt. Diese Abfolge von Maßnahmen bewirkte eine nachhaltige Erhöhung der Durchschnittspensionen.

Vergleicht man die Entwicklungen in den beiden Zeiträumen, wird deutlich, dass die Durchschnittspension im Prognosezeitraum stärker ansteigt als im Beobachtungszeitraum. Der Pensionsstand wird im Prognosezeitraum weniger wachsen als im Beobachtungszeitraum, daher bleibt die steigende Durchschnittspension der Treiber für den wachsenden Pensionsaufwand.

	Änderung Pensionsaufwand 2017-2023	davon Änderung		Änderung Pensionsaufwand 2023-2029	davon Änderung		Änderung Pensionsaufwand insgesamt (2017-2029)
		Pensionsstand	Durchschnittspension		Pensionsstand	Durchschnittspension	
ASVG	+ 37,6%	+ 8,7%	+ 26,6%	+ 40,1%	+ 5,1%	+ 33,4%	+ 92,8%
GSVG+FSVG	+ 44,2%	+ 19,8%	+ 20,4%	+ 44,2%	+ 15,0%	+ 25,4%	+ 108,1%
BSVG	+ 21,1%	- 8,3%	+ 32,0%	+ 33,3%	- 1,1%	+ 34,8%	+ 61,3%
gesamte PV	+ 37,4%	+ 8,3%	+ 26,9%	+ 40,2%	+ 5,6%	+ 32,8%	+ 92,8%

Tabelle 3: Änderung des Pensionsaufwandes

Die folgende Abbildung stellt dar, inwieweit die Faktoren Pensionsstand und Durchschnittspension im Beobachtungs- und im Prognosezeitraum zum Anstieg des Pensionsaufwandes beigetragen haben. Der Pensionsaufwand im Basisjahr 2017 ist in dunkelblauer Farbe gehalten und stellt den Wert 100% dar.

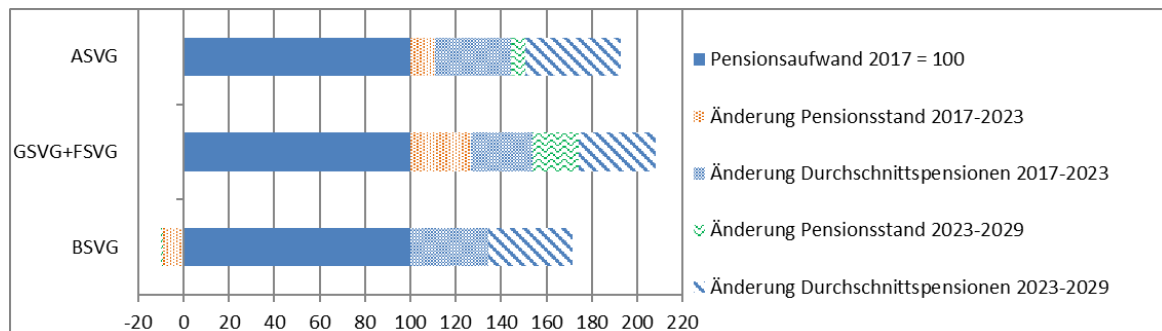


Abbildung 9: Änderung des Pensionsaufwandes

Während im Bereich des ASVG sowie bei den Selbständigen (GSVG+FSVG) in beiden Zeiträumen ein steigender Pensionsstand zu einer Erhöhung des Pensionsaufwandes beiträgt, führen im bäuerlichen Bereich sinkende Pensionsstände auch zu einem Sinken des Pensionsaufwandes. Steigende Durchschnittspensionen führen jedoch in allen Versichertengruppen zu höheren Aufwendungen – in der PV nach dem BSVG allerdings etwas stärker. Wie in **Übersicht 11** zu sehen ist, basieren die höheren Steigerungen aber auf niedrigeren Ausgangswerten.

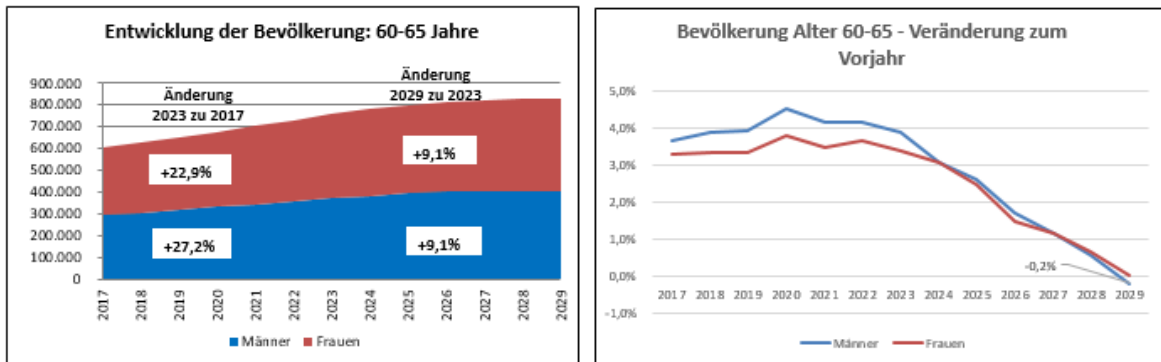
5.1 Pensionsstand

5.1.1 Bestimmende Faktoren des Pensionsstandes

Die Entwicklung des Pensionsstandes ist das Ergebnis der im Laufe eines Jahres stattfindenden Zu- und Abgänge.

Sowohl für die Zugänge als auch für die Abgänge ist die demografische Situation von Bedeutung: Die Anzahl der Zugänge hängt von der Besetzung jener Alterssegmente ab, aus denen nach geltender Rechtslage Pensionszugänge erfolgen können. Die Zahl der Abgänge ist – bei gegebenem Pensionsstand – von der Altersstruktur der Pensionisten abhängig.

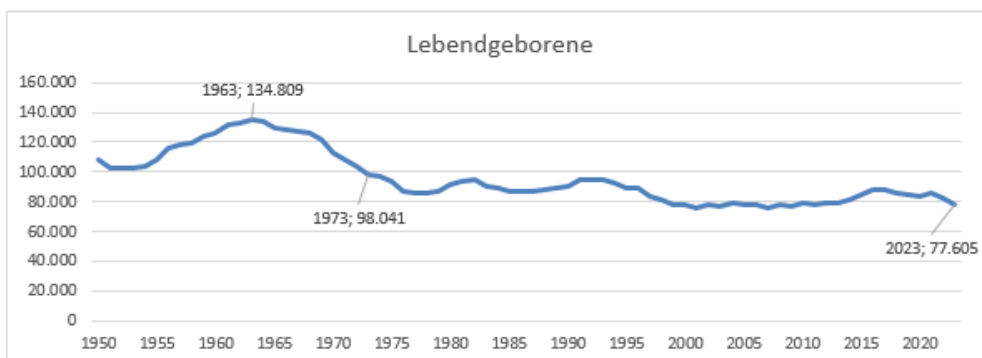
Die demografische Situation ist durch ein Steigen der Bevölkerung in jenen Altersgruppen gekennzeichnet, aus der der relativ größte Teil des Pensionsneuzuganges kommt: Die Bevölkerung im Alter 60 bis 65 wächst bei Männern und Frauen im Prognosezeitraum weiterhin an. Die Zuwächse verringern sich im Laufe des Prognosezeitraumes aber, wie auch in der Grafik zu sehen ist. Waren es im Jahr 2023 rund 756.000 Personen in diesem Alterssegment, so prognostiziert Statistik Austria für das Jahr 2029 rund 825.000 Personen – das ist eine Steigerung bei Männern und Frauen um jeweils rund 9,1%. Die Steigerungen liegen damit deutlich unter jenen im Beobachtungszeitraum (Männer +27,2%, Frauen +22,9%).



Quelle: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2023, Hauptvariante, erstellt am 22.11.2023; eigene Berechnungen

Abbildung 10: Entwicklung der Bevölkerung Alter 60-65 Jahre, Änderung zum Vorjahr

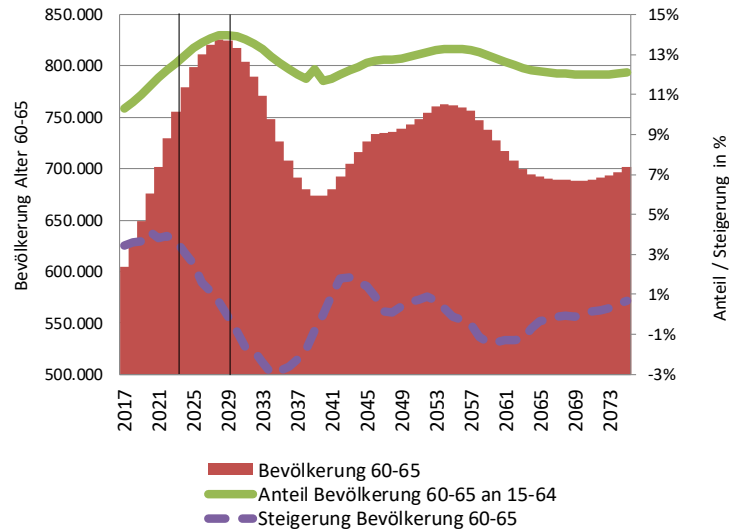
Bei der wachsenden Personengruppe, die derzeit für Pensionszugänge in Frage kommt, handelt es sich um die so genannten „Babyboomer“, die besonders geburtenstarken Jahrgänge von Mitte der 1950er bis Ende der 1960er Jahre. Der Zugang aus dieser Personengruppe wird im Prognosezeitraum dieses Gutachtens zunächst anhalten und danach bereits wieder zu sinken beginnen: Der geburtenstärkste Jahrgang war der des Jahres 1963 mit knapp 135.000 Geburten. Danach sank die Zahl kontinuierlich ab. Im Jahr 1973 lag die Zahl der Geburten bereits wieder unter 100.000, ab 1976 lag sie unter 90.000, um danach für einen längeren Zeitraum um diesen Wert zu pendeln. Aus den sinkenden Geburtenzahlen nach 1963 einen deutlichen Rückgang der Pensionszugänge ab 2028 abzuleiten würde allerdings ausblenden, dass der Bevölkerungsstand auch nicht in Österreich Geborene enthält.



Quelle: Statistik Austria

Abbildung 11: Entwicklung der Lebendgeborenen seit 1950

Die folgende Abbildung zeigt, mit welchen demografischen Rahmenbedingungen für die Zugänge im Prognosezeitraum dieses Berichtes, und auch darüber hinaus nach derzeitigem Stand zu rechnen ist.



Quelle: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2023, Hauptvariante, erstellt am 22.11.2023; eigene Berechnungen

Abbildung 12: Anteil der Bevölkerung 60-65 an der Bevölkerung 15-64

Die rechtlichen Zugangsvoraussetzungen definieren die Bedingungen wie Mindestalter oder erforderliche Zahl an Versicherungs- oder Beitragsmonaten, unter denen eine Pensionierung frühestmöglich stattfinden kann. Ab dem Zeitpunkt, an dem die rechtlichen Zugangsvoraussetzungen für den Pensionszugang erfüllt sind, handelt es sich um eine individuelle Entscheidung, ob die Pension auch tatsächlich angetreten wird. Diese Entscheidung wird von unterschiedlichen Faktoren beeinflusst, darunter wohl die zu erwartende Pensionshöhe, aber auch die Bedingungen, mit denen ein älterer Arbeitnehmer/Arbeitsloser am Arbeitsmarkt konfrontiert ist. So muss aus der Arbeitslosigkeit heraus der frühestmögliche Zeitpunkt des Pensionsantritts genutzt werden, weil mit diesem Zeitpunkt der Anspruch auf Arbeitslosengeld endet. Ein längerer Verbleib im Erwerbsleben kann hingegen nur dann erwartet werden, wenn eine für die betreffende Person ausreichend attraktive Erwerbstätigkeit vorliegt oder zumindest die realistische Möglichkeit besteht, eine solche zu finden bzw. rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die einen Verbleib attraktiver machen.

5.1.2 Zugangsvoraussetzungen in die Alterspension

Männer haben mit Alter 65 bei Erfüllung der übrigen Zugangsvoraussetzungen Anspruch auf eine Alterspension. Für Frauen geboren ab 1.1.1964 steigt das frühestmögliche Alter in Schritten an, bis ebenfalls Antrittsalter 65 erreicht ist:

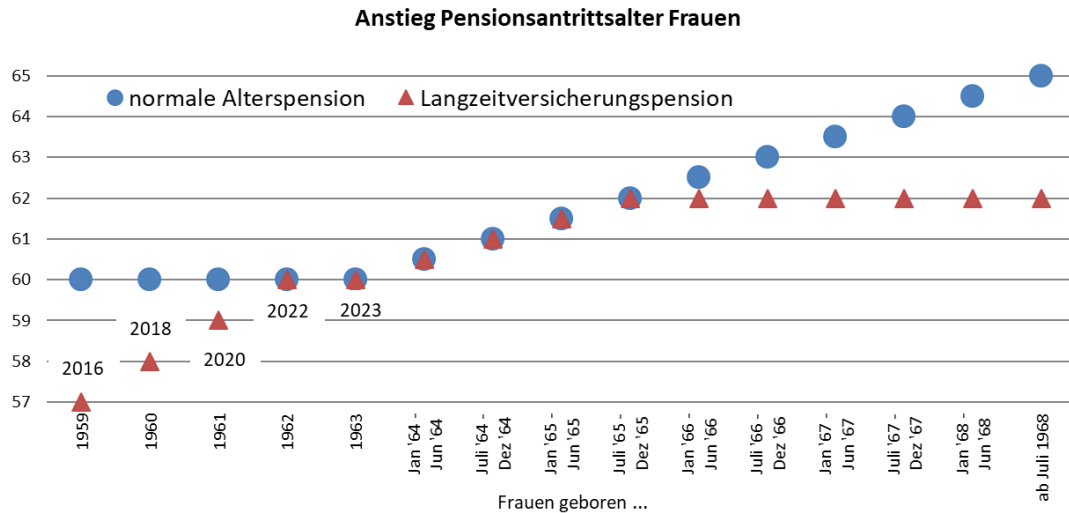


Abbildung 13: Anstieg Pensionsantrittsalter Frauen

Seit 2016 ist für Männer das frühestmögliche Antrittsalter in die Langzeitversicherungspension 62 Jahre (ab Geburtsjahrgang 1954), die Zahl der notwendigen Beitragsmonate 540 (=45 Beitragsjahre). Für Frauen erfolgt die schrittweise Anhebung auf 62 (Alter 62 gilt für ab 1.7.1965 Geborene – Pensionsantritt zweite Jahreshälfte 2027), die Zahl der notwendigen Beitragsmonate liegt für Frauen geboren ab 1.1.1962 ebenfalls bei 540 (=45 Beitragsjahre). Die genaue Ausgestaltung der Anhebung wurde im BGBl. I Nr. 11/2023 festgelegt.

Es wird erwartet, dass Frauen, die zwischen 1.1.1962 und 31.12.1965 geboren sind, keine Langzeitversicherungspension in Anspruch nehmen werden, sondern eine normale Alterspension ohne Abschläge, da für sie bei beiden Pensionsarten das gleiche Antrittsalter gilt. Für Frauen geboren ab 1.1.1966 ist bei Vorliegen der übrigen Zugangsvoraussetzungen der Zugang in die Langzeitversicherungspension bzw. Korridorpension mit einem geringeren Alter möglich (mit Alter 62, wodurch sich ein möglicher Pensionsantritt ab dem Jahr 2028 ergibt) als bei der normalen Alterspension (weiterhin steigendes Antrittsalter). Ab diesem Zeitpunkt werden daher auch wieder Zugänge von Frauen in diese beiden Pensionsarten erwartet. Für ab 1. Juli 1968 geborene Frauen gilt als Antrittsalter 65, eine normale Alterspension ist für sie daher erst ab 2033 möglich.

Die folgende Übersicht zeigt für das Jahr 2024, welche Voraussetzungen für den Zugang in die unterschiedlichen Arten der Alterspension erfüllt sein müssen:

Zugangsvoraussetzungen 2024						
		normale Alterspension	Korridor-pension	Langzeit-versicherungs-pension ("Hackler")	Schwerarbeits-pension nach APG 1)	Vorzeitige Alterspension bei langer Versicherungs-dauer
Männer	Alter	65	62	62	60	Zugang war nur bis 1.10.2017 möglich (Männer: 65, Frauen: 60)
	Monate	180 VM (15 Jahre), davon mind. 84 Monate aufgrund Erwerbstätigkeit	480 VM (40 Jahre)	540 BM (45 Jahre)	540 VM, davon innerhalb der letzten 240 KM mind. 120 Schwerarbeits-monate	
	Abschlag pro Jahr		5,1%	4,2%	1,8%	
Frauen	Alter	2)	3)	4)	60	seither nur noch Umwandlungen von Sonderruhegeld in diese Pensionsart
	Monate	180 VM (15 Jahre), davon mind. 84 Monate aufgrund Erwerbstätigkeit		540 BM (45 Jahre) für Frauen geboren ab 1.1.1962	540 VM, davon innerhalb der letzten 240 KM mind. 120 Schwerarbeits-monate	
	Abschlag pro Jahr			4,2%	1,8%	
Zuschlag bei Inanspruchnahme der Pension nach Vollendung des Regelpensionsalters (trotz Erfüllung der Anspruchsvoraussetzungen) ab 1.1.2024: 5,1% pro Jahr (0,425% pro Monat), max. 15,3%; zusätzlich: nur halber Pensionsversicherungsbeitrag						

- 1) "Vorzeitige Alterspension bei langer Versicherungsdauer mit Schwerarbeit" ist 2024 ausgelaufen
- 2) Alter 60 für Frauen, die bis 31.12.1963 geboren sind; ab 2024 Erhöhung Regelpensionsalter stufenweise auf 65
- 3) für Frauen erst ab 2028 relevant
- 4) Alter 60 für Frauen geboren von 1.1.1962 bis 31.12.1963, Alter steigt stufenweise auf 62

Liegen bis 31.12.2021 540 BM vor, wird die Korridor-, Schwerarbeits- und Langzeitversicherungspension weiterhin abschlagsfrei zuerkannt. Für Pensionsstichtage ab 01.01.2022: grundsätzlich keine Abschlagsfreiheit.

VM Versicherungsmonate BM Beitragsmonate KM ... Kalendermonate

Tabelle 4: Zugangsvoraussetzungen 2024

5.1.3 Entwicklung des Pensionsstandes

Der Pensionsstand steigt im Zeitraum von 2023 bis 2029 von 2.524.185 auf rund 2.665.000, was einem Anstieg um 5,6% entspricht (**Übersichten 8 und 10**), nachdem im Beobachtungszeitraum die Steigerung höher war und 8,3% betragen hat.

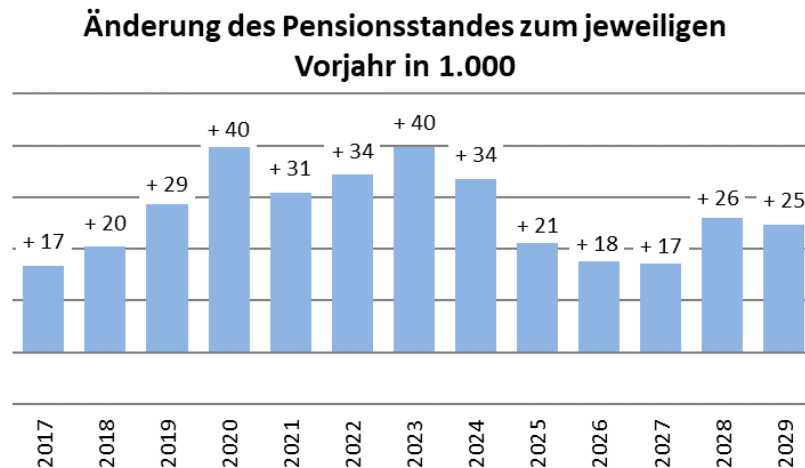


Abbildung 14: Veränderung des Pensionsstandes zum Vorjahr

In den Jahren 2017 bis 2019 kam es nach einem gebremsten Zugang in den Vorjahren aufgrund der Anhebung des Mindestalters bei den Langzeitversicherungspensionen durchschnittlich zu rund 28.000 Neuzugängen in vorzeitige Alterspensionen, gleichzeitig aufgrund der demografischen Entwicklung zu einem stärkeren Anstieg bei den normalen Alterspensionen. 2020 wurde die Langzeitversicherungspension in Folge der Abschlagsfreiheit verstärkt in Anspruch genommen. Durch den Vorzieheffekt war bei dieser Pensionsart im Jahr darauf wieder ein Absinken der Zugänge zu sehen (siehe dazu Kapitel 5.1.4), die grundsätzlich steigende Tendenz bei den normalen Alterspensionen war 2021 durch den Vorzieheffekt in die Langzeitversicherungspension ebenfalls gebremst.

Der Rückgang des Zuwachses im Jahr 2024 ist nahezu vollständig auf die Anhebung des Antrittsalters für Frauen zurückzuführen (BGBI. Nr. 832/1992). Im „Bundesverfassungsgesetz über unterschiedliche Altersgrenzen von männlichen und weiblichen Sozialversicherten“ wurde im § 3 festgelegt, dass „beginnend mit 1. Jänner 2024 für weibliche Versicherte die Altersgrenze für die Alterspension jährlich bis 2033 mit 1. Jänner um sechs Monate zu erhöhen ist“. Das bedeutet, dass im Jahr 2024 Frauen nicht mehr mit Erreichen des 60. Lebensjahres bei Erfüllung der übrigen Voraussetzungen in eine normale Alterspension gehen können, sondern erst ein halbes Jahr

später. Bei den Frauen fällt daher im Bereich der Alterspensionen ein halber Jahrgang weg, wodurch es zu einer deutlich geringeren Steigerung des Pensionsstandes in diesem Jahr kommt. Diese Erhöhung des Antrittsalters setzt sich fort. Allerdings zeigen die vorliegenden Daten des Jahres 2024 bei den Frauen bereits die erstmalige Inanspruchnahme von Schwerarbeitspensionen nach APG.

Die Entwicklung des Pensionsstandes je Versichertengruppe zeigt folgende Tabelle:

	2017-2023	2023-2029	insgesamt (2017-2029)
ASVG	+ 8,7%	+ 5,1%	+ 14,2%
GSVG+FSVG	+ 19,8%	+ 15,0%	+ 37,9%
BSVG	- 8,3%	- 1,1%	- 9,3%
gesamte PV	+ 8,3%	+ 5,6%	+ 14,4%

Tabelle 5: Entwicklung des Pensionsstandes nach Versichertengruppe

Der Rückgang in der bäuerlichen Pensionsversicherung (BSVG) sowohl im Beobachtungs- als auch im Prognosezeitraum spiegelt - mit zeitlicher Verzögerung - den sinkenden Stand an Versicherten wider, hervorgerufen durch den Strukturwandel im landwirtschaftlichen Sektor.

Die detaillierten Zahlen zum Thema „Pensionsstände“ finden sich in den **Übersichten 5 bis 8 und 10**. Dort findet sich auch eine getrennte Darstellung nach Alterspensionen und Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit bzw. Erwerbsunfähigkeit. Zur Abgrenzung der Pensionsarten sei noch angemerkt, dass diese Pensionsleistungen ab Erreichen des gesetzlichen Antrittsalters (60 bei Frauen bzw. 65 bei Männern) in Alterspensionen umgewandelt werden (dadurch gibt es beispielsweise keine 70-jährigen Fälle mehr, die eine Invaliditätspension beziehen, auch wenn ursprünglich eine solche zuerkannt wurde).

Die Entwicklung der einzelnen Pensionsarten zeigt die folgende Grafik.

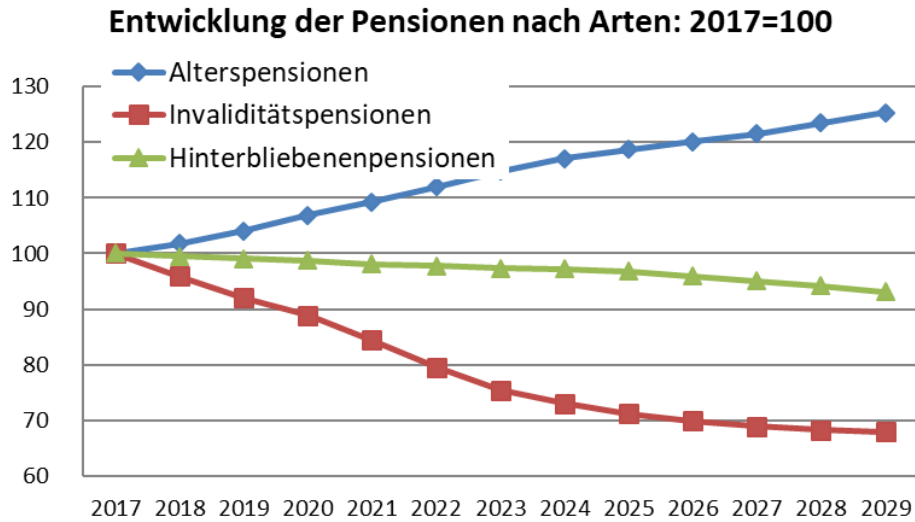


Abbildung 15: Entwicklung der Pensionen nach Pensionsarten

Während die Zahl der Hinterbliebenenleistungen sich nur wenig ändert und die Zahl der Invaliditätspensionen deutlich abnimmt, steigt die Zahl der Alterspensionen sowohl im Beobachtungszeitraum als auch im Prognosezeitraum stetig an. Ab 2024 bewirkt die Anhebung des Frauenpensionsalters etwas geringere Steigerungen.

	2017	2017-2023	2023	2023-2029	2029	2017-2029
Alterspensionen	1.667.638	+ 14,8%	1.915.110	+ 9,1%	2.088.879	+ 25,3%
Invaliditätspensionen	162.508	- 24,6%	122.501	- 9,9%	110.351	- 32,1%
Hinterbliebenenpensionen	499.861	- 2,7%	486.574	- 4,3%	465.480	- 6,9%
alle Pensionen	2.330.007	+ 8,3%	2.524.185	+ 5,6%	2.664.710	+ 14,4%

Tabelle 6: Entwicklung des Pensionsstandes nach Pensionsart

5.1.4 Entwicklung der einzelnen Pensionsarten im Detail

Invaliditätspensionen

Die Neuregelung der Invaliditätspensionen im Zuge des Sozialrechts-Änderungsgesetz 2012 (BGBl. I Nr. 3/2013) führte in der Vergangenheit zu einem Rückgang bei den befristeten Invaliditätspensionen. Sie betrifft alle Versicherten, die ab dem 1.1.1964 geboren sind. Im Jahr des Inkrafttretens (2014) betraf es daher alle Versicherten unter 50, im Jahr darauf alle unter 51. Im Jahr 2024 fallen bereits alle unter 60 Jahren unter diese Regelung.

Die Zahl der Invaliditätspensionen sank daher in der gesamten Pensionsversicherung im Beobachtungszeitraum insgesamt um fast 25%, von rund 163.000 im Jahr 2017 auf rund 123.000 im Jahr 2023 (siehe **Übersicht 8**).

Der Stand an Invaliditätspensionen insgesamt beziehungsweise an befristeten Invaliditätspensionen im ASVG entwickelte sich folgendermaßen (jeweils im Dezember):

	IP gesamt (gesamte PV)	Änderung zum Vorjahr	davon befristete IP (ASVG)
Dezember 2013	204.087		36.586
Dezember 2014	187.650	-8,1%	22.612
Dezember 2015	170.480	-9,2%	12.111
Dezember 2016	165.335	-3,0%	9.235
Dezember 2017	159.249	-3,7%	6.989
Dezember 2018	152.932	-4,0%	5.194
Dezember 2019	146.990	-3,9%	3.406
Dezember 2020	141.699	-3,6%	2.163
Dezember 2021	133.333	-5,9%	1.450
Dezember 2022	125.869	-5,6%	901
Dezember 2023	119.911	-4,7%	519

Tabelle 7: Entwicklung der Zahl der Invaliditätspensionen

In der gesamten Pensionsversicherung wird im Prognosezeitraum im Jahresdurchschnitt bei den Invaliditätspensionen mit einem Sinken um fast 10% auf rund 110.000 Fälle im Jahr 2029 gerechnet.

Alterspensionen gesamt

Im Prognosezeitraum wirkt einerseits die in Kapitel 5.1.1 gezeigte demografische Entwicklung. Die im Jahr 2024 beginnende Erhöhung des Antrittsalters bei den Frauen führt andererseits zu geringeren Zugangszahlen in diesem und in den Folgejahren. In Summe wird die Steigerung bei den Alterspensionen im Prognosezeitraum insgesamt niedriger erwartet als im Beobachtungszeitraum (+9,1% zu +14,8%). Dies würde für das Jahr 2029 einen Stand von rund 2.100.000 Alterspensionen bedeuten (2023: 1.915.110).

Vorzeitige Alterspensionen

Durch das Auslaufen der Langzeitversicherungspension mit Schwerarbeit gab es im vergangenen Jahr kaum noch Frauen, die eine vorzeitige Alterspension in Anspruch genommen haben. Waren im Jahr 2017 rund 19% aller Neuzuerkennungen an Alterspensionen bei den Frauen eine vorzeitige Alterspension, waren dies im Jahr 2023 nur noch 0,2% (121 Fälle).

Frauen	erstmalige Neuzuerkennungen	
	2017	2023
Alterspensionen	38.680	60.034
davon		
vorzeitige Alterspensionen	7.298	121
Anteil	18,9%	0,2%

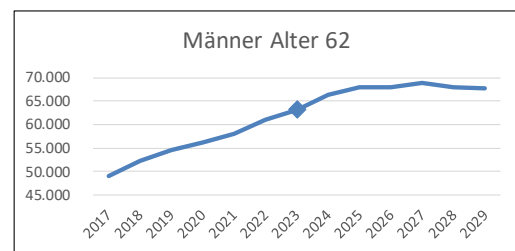
Tabelle 8: Erstmalige Neuzuerkennungen Alterspensionen – Frauen 2017 bzw. 2023

Im laufenden Jahr zeichnet sich bereits ab, dass aufgrund der Inanspruchnahme der Schwerarbeitspension nach dem APG auch bei den Frauen die Zugänge in Vorzeitige Alterspensionen wieder steigen. Bis August 2024 wurden zwar erst rund 200 Schwerarbeitspensionen an Frauen zuerkannt, aufgrund der offenen Anträge ist aber für das gesamte Jahr mit einer höheren Anzahl zu rechnen. Ab 2028 werden dann auch Zugänge von Frauen in die Langzeitversicherungspension sowie in die Korridor-pension erwartet, da ab diesem Jahr die Altersgrenze bei diesen beiden Pensionsarten mit 62 Jahren niedriger ist als bei der normalen Alterspension. Ein Teil des Geburtsjahrganges 1966 wird also voraussichtlich mit Alter 62,5 abschlagsfrei eine normale Alterspension in Anspruch nehmen, während einige Frauen trotz des Abschlages mit Alter 62 in eine der beiden vorzeitigen Pensionsarten gehen werden.

Bei den Männern zeigt sich ein völlig anderes Bild. Das Regelpensionsalter ist mit 65 Jahren höher als bei den Frauen, es entfielen 2023 mehr als 62% aller Alterspensionsneuzugänge auf Langzeitversicherungs-, Korridor- und Schwerarbeitspension. Etwas mehr als die Hälfte dieser Fälle trat die Pension mit Alter 62 an – aus demografischer Sicht ist daher besonders die Entwicklung der 62-Jährigen von Interesse. Im Beobachtungszeitraum stieg die Zahl der Männer mit Alter 62 um 28,7%, im Prognosezeitraum wird sie nur noch um 7,2% steigen – der „Pool“, aus dem diese Neuzugänge kommen, steigt also in Zukunft weniger stark. In der Grafik zeigt sich dies durch eine Abflachung der Kurve zum Ende des Prognosezeitraumes hin.

Männer	erstmalige Neuzuerkennungen	
	2023	davon mit Alter 62
Alterspensionen	45.167	
davon		
Langzeitversicherungspensionen	9.277	6.659
Korridorpensionen	11.652	6.800
Schwerarbeitspensionen	7.209	985
Anteil	62,3%	51,3%

Tabelle 9: Erstmalige Neuzuerkennungen Alterspensionen – Männer 2023



Quelle: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2023, Hauptvariante, erstellt am 22.11.2023; eigene Berechnungen

Abbildung 16: Entwicklung Zahl der Männer - Alter 62

In der **Übersicht 9** ist die Zahl der neuzuerkannten Alterspensionen dargestellt.

Der Zugang in die **Vorzeitige Alterspension bei langer Versicherungsdauer** (§ 253b ASVG bzw. entsprechende Bestimmungen im GSVG und BSVG) war bis 2017 möglich. Ab 2018 scheinen hier nur noch Fälle auf, die sich aufgrund der Umwandlung des Sonderruhegeldes in diese Pensionsart ergeben. Pro Jahr sind dies zwischen 400 und 600 Fälle. Anspruch auf Sonderruhegeld entsteht bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen nach Vollendung des 57. (Männer) bzw. 52. (Frauen) Lebensjahres (Art. X NSchG). Mit Erreichen des 60. bzw. 55. Lebensjahres wird das Sonderruhegeld in eine Vorzeitige Alterspension bei langer Versicherungsdauer umgewandelt.

Seit 23.10.2019 wird das Sonderruhegeld abschlagsfrei gewährt. Das durchschnittliche Sonderruhegeld ist dadurch für Neuzugänge höher, wodurch zeitverzögert auch bei der Umwandlung in eine Alterspension für die gesetzliche Pensionsversicherung höhere Pensionen anfallen.

Bei den **Korridorpensionen** stieg die Zahl der Zugänge 2023 im Vergleich zum Vorjahr um 767 Fälle. Die Zahl an notwendigen Versicherungsmonaten (480) ist niedriger

als bei der Langzeitversicherungspension (Männer: 540 Beitragsmonate), die Zugangsvoraussetzungen sind daher leichter zu erfüllen. Für das Jahr 2024 zeichnet sich ein etwas höherer Zuwachs ab, auch im Prognosezeitraum wird noch eine Steigerung der Zugänge erwartet, allerdings aufgrund der demografischen Entwicklung in geringerem Ausmaß. Ab 2028 werden wie bereits erläutert auch Frauen diese Pensionsart in Anspruch nehmen, zuvor können sie vor bzw. mit Vollendung des 62. Lebensjahres eine normale Alterspension abschlagsfrei in Anspruch nehmen.

Die Zahl der Zugänge in die **Langzeitversicherungspension** ging 2019 um fast 1.600 Fälle auf 9.263 zurück. Dies dürfte zum Teil auf die Einführung der Abschlagsfreiheit 2020 und einem damit einhergehenden „Warten auf die neue Rechtslage“ zurückzuführen sein. Im Jahr 2020 kam es in Folge zu einer deutlichen Steigerung der Zugänge (+5.274), da die „aufgeschobenen“ Pensionen angetreten wurden. Vermutlich kam es auch zu einem Vorzieheffekt, da Versicherte, die trotz des Vorliegens von 540 Beitragsmonaten im Hinblick auf die Vermeidung von Abschlägen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres gewartet hätten, nun die Langzeitversicherungspension in Anspruch nahmen. Im Jahr 2021 betrug die Zahl der Zugänge 11.276 und hat damit - nach Auslaufen der Abschlagsfreiheit im Jahr 2022 - in etwa wieder das Niveau von 2016 erreicht. Es wird erwartet, dass Frauen ab 2028 diese Pensionsart ebenfalls wieder in Anspruch nehmen werden, da ab diesem Jahr durch das schrittweise Ansteigen das Antrittsalter für die normale Alterspension bereits über 62 ist.

Bei den **Schwerarbeitspensionen** war der Zugang im Jahr 2023 etwas niedriger als im Vorjahr, was auch mit dem Auslaufen der „Langzeitversicherungspension mit Schwerarbeit“ in Zusammenhang steht. Diese besondere „Langzeitversicherungspension mit Schwerarbeit“ galt nur für begrenzte Jahrgänge, und zwar für Männer geboren nach dem 31.12.1953 bis geboren vor dem 1.1.1959 beziehungsweise für Frauen geboren nach dem 31.12.1958 bis geboren vor dem 1.1.1964. Der Geburtsjahrgang 1954 bei den Männern bzw. 1959 bei den Frauen hat 2019 das gesetzliche Pensionsantrittsalter 65 bzw. 60 erreicht.

Seit 2014 gab es fast 21.000 Neuzuerkennungen dieser besonderen Form der Schwerarbeit, davon rund 72% Frauen. Im letzten Jahr ist die Regelung mit wenigen Restfällen ausgelaufen.

Erstmalige Neuzuerkennungen - Langzeitversicherung mit Schwerarbeit				
	Männer	Frauen	gesamt	Anteil Frauen
2014	444	376	820	46%
2015	723	1.002	1.725	58%
2016	1.030	1.887	2.917	65%
2017	1.130	2.486	3.616	69%
2018	1.324	3.028	4.352	70%
2019	708	2.609	3.317	79%
2020	392	1.948	2.340	83%
2021	131	1.056	1.187	89%
2022	18	578	596	97%
2023	-	121	121	100%
gesamt	5.900	15.091	20.991	72%

Tabella 10: Erstmalige Neuzuerkennungen - Langzeitversicherung mit Schwerarbeit

2023 nahmen geringfügig mehr Männer eine Schwerarbeitspension in Anspruch als im Jahr zuvor. Auch im weiteren Verlauf werden leicht steigende Zugänge erwartet, und zwar von 7.209 im Jahr 2023 auf rund 8.200 im Jahr 2029. Bei den Frauen kommt ab 2024 die „normale“ Schwerarbeitspension nach APG erstmals in Betracht, da vorher der Antritt einer normalen Alterspension mit Alter 60 abschlagsfrei möglich war. Dies wird im Jahr 2024 zu einem Anstieg bei dieser Pensionsart führen.

Insgesamt ergab sich im Jahr 2023 ein Zugang in die vorzeitigen Alterspensionen von 28.848, der damit nahezu gleich war wie im Jahr zuvor (2022: 28.634). Für die Jahre ab 2024 wird, vor allem bedingt durch die demografische Entwicklung und die zuvor beschriebenen Fakten, ein jährlicher Zugang von durchschnittlich rund 39.000 Fällen erwartet.

Bei den normalen Alterspensionen (Männer mit 65, Frauen mit ansteigendem Alter) wird ab 2024 bereits mit sinkenden Zugangszahlen gerechnet. Bis 31.12.1963 geborene Frauen können – wie bereits erläutert – 2023 noch mit 60 eine normale Alterspension in Anspruch nehmen. Danach steigt das frühestmögliche Alter für einen Pensionsantritt an, der Effekt auf das Zugangsverhalten ist daher ab dem Jahr 2024 zu sehen. 2024 wird ein geringes „Abwandern“ von Frauen in die Schwerarbeitspension und 2028 in die Langzeitversicherungspension bzw. in die Korridorversicherung erwartet.

Hinterbliebenenpensionen

In Bezug auf die Witwenpensionen wird erwartet, dass sich der Trend, der sich im Beobachtungszeitraum zeigt, im Prognosezeitraum fortsetzt (Beobachtungszeitraum -3,4% auf 393.431, Prognosezeitraum -6,2% auf rund 370.000). Der Anteil der Witwenpensionen an der weiblichen Bevölkerung ist abnehmend. Dieser Trend wirkt stärker als die demografische Entwicklung, denn die Zahl der Witwenpensionen sinkt, obwohl die Zahl der Frauen im relevanten Altersbereich steigt. Im Jahr 2017 waren rund 1,5 Mio. Frauen über 54 Jahre alt, im Jahr 2023 waren dies schon fast 1,7 Mio. und für das Jahr 2029 werden mehr als 1,8 Mio. Frauen in diesem Altersbereich prognostiziert. Dies entspricht einer Steigerung von 2017 auf 2029 um mehr als 21%.

Auch bei den Witwerpensionen wird für die Zukunft eine ähnliche Entwicklung erwartet wie dies in der Vergangenheit zu beobachten war, nämlich ein leichter Anstieg. Erwartet wird ein Pensionsstand von rund 49.500 im Jahr 2029 (2017: 44.700, 2023: 46.032).

Bei der Zahl der Waisenpensionen wird angenommen, dass sich der sinkende Trend zwar fortsetzt, aber in geringerer Stärke. Die „junge“ Bevölkerung steigt im Prognosezeitraum mit +0,8% weniger stark als im Beobachtungszeitraum (+2,0%). Zusätzlich ist auch der Anteil der Waisenpensionen an diesem Bevölkerungssegment im Beobachtungszeitraum leicht abgesunken – dieser Trend wird in die Zukunft fortgeschrieben, wodurch sich in Kombination dieser Entwicklungen für 2029 ein Stand von rund 47.100 ergibt (2017: 47.948, 2023: 47.111).

5.2 Pensionshöhe

Die Entwicklung der Durchschnittspension lässt sich durch zwei Faktoren erklären:

- zum einen durch die jährliche Pensionsanpassung und
- zum anderen durch die Tatsache, dass sich durch Wegfall und Zugang von Leistungen die Zusammensetzung des Pensionsstandes laufend ändert. Die auf Veränderungen der Zusammensetzung des Pensionsstandes zurückzuführende Änderung der Durchschnittspension wird als Struktureffekt bezeichnet.

5.2.1 Pensionsanpassung

Seit dem Jahr 2006 basiert die Pensionsanpassung grundsätzlich auf der Entwicklung der Verbraucherpreise. Aus den Inflationsraten von August des vergangenen Jahres bis Juli des laufenden Jahres wird der Richtwert berechnet und auf dessen Basis der Anpassungsfaktor kundgemacht, welcher die Grundlage für die Pensionsanpassung des Folgejahres darstellt. Aufgrund der Prognosen über die zukünftigen Inflationsraten (**Übersicht 1**) ergeben sich die Richtwerte für die Jahre 2026 bis 2029.

Die Annahme, dass die Pensionserhöhung sich aus der Inflation ergibt, entspricht der in § 108 Abs. 5 ASVG in Verbindung mit § 108f ASVG geregelten Vorgehensweise. Durch eine einfachgesetzliche Regelung kann jedoch davon abgewichen werden, was im Beobachtungszeitraum ab dem Jahr 2018 geschah. Durch diese Staffelungen der Anpassungen kam es 2018 bis 2022 zu höheren Kosten im Vergleich zu Anpassungen mit dem auf den Inflationsraten basierenden Anpassungsfaktoren.

Die Anpassungsfaktoren sind der **Übersicht 2** zu entnehmen.

5.2.2 Struktureffekt

Da wegfallende Pensionen im Durchschnitt niedriger sind, als die Durchschnittspension des Gesamtstandes, steigt letztere durch den laufenden Wegfall von Leistungen. Neu anfallende Leistungen liegen höher als die Durchschnittspension des Gesamtstandes, was den Durchschnitt ebenfalls steigen lässt.

Durch die Zu- und Abgangsbewegungen ändert sich die Durchschnittspension daher auch abseits der Pensionsanpassung. Die auf Zu- und Abgänge rückführbare Änderung der Durchschnittspension wird als Struktureffekt bezeichnet.

Er wird berechnet mittels Division der Durchschnittspension des Jahres t durch die mit dem Anpassungsfaktor des Jahres t erhöhte Durchschnittspension des Jahres t-1. Dass Neuzugangspensionen sich in ihrer Höhe von wegfallenden Pensionen unterscheiden, hat mannigfache Gründe, deren jeweilige Auswirkung auf den Struktureffekt kaum quantifiziert werden kann. Jede Veränderung der Pensionsberechnung wie beispielsweise die Erweiterung des Durchrechnungszeitraumes oder Änderungen bei Zu- und Abschlägen zählt ebenso dazu, wie Verhaltensänderungen der Versicherten, etwa Änderungen des Teilzeitverhaltens oder der Länge der Erwerbsbiografien. Beispielsweise ist zu erwarten, dass der Anstieg des faktischen Pensionsantrittsalters mit höheren Neuzugangspensionen einhergeht.

Ein weiterer nicht zu vernachlässigender Faktor dürfte auch die steigende durchschnittliche Frauenpension sein. Die durchschnittliche Neuzugangspension der Frauen war 2023 fast doppelt so hoch wie im Jahr 2000 (+98,5%), die durchschnittliche Neuzugangspension der Männer nur um 67,8% höher. Dies hat sich auch auf die Durchschnittspension des Gesamtstandes ausgewirkt: Die durchschnittliche Frauenpension ist seit dem Jahr 2000 um 107% gestiegen, die Männerpension um knapp 90%. Damit hat sich der Einkommensrückstand der Frauen erneut leicht verringert. Im Pensionsstand des Jahres 2000 lag die durchschnittliche Frauenpension noch um 43,3% unter jener der Männer, 2020 um 38,8% und 2023 um 38,2%. Bei den Neuzugängen des Jahres 2023 lag der Einkommensrückstand bei 32,8%, nachdem er im Vorjahr noch 34,2% betragen hat (2000: 43,2%).

	Pensionen Neuzugang					Abweichung Pension Frauen / Pension Männer
	Frauen		Männer			
	Pension in €	Steigerung zu 2000	Pension in €	Steigerung zu 2000		
2000	631,74		1.112,30		-43,2%	
2020	1.105,39	75,0%	1.829,97	64,5%	-39,6%	
2021	1.144,31	81,1%	1.820,75	63,7%	-37,2%	
2022	1.209,91	91,5%	1.837,96	65,2%	-34,2%	
2023	1.254,14	98,5%	1.866,73	67,8%	-32,8%	

	Pensionen Stand					Abweichung Pension Frauen / Pension Männer
	Frauen		Männer			
	Pension in €	Steigerung zu 2000	Pension in €	Steigerung zu 2000		
2000	552,93		975,24		-43,3%	
2020	992,02	79,4%	1.619,75	66,1%	-38,8%	
2021	1.028,87	86,1%	1.675,42	71,8%	-38,6%	
2022	1.067,67	93,1%	1.732,86	77,7%	-38,4%	
2023	1.144,54	107,0%	1.850,86	89,8%	-38,2%	

Tabelle 11: Steigerung der Durchschnittspensionen nach Geschlecht seit dem Jahr 2000

Wenngleich eine detaillierte Untersuchung dieser Entwicklung den gesetzlichen Auftrag des Gutachtens übersteigen würde, kann aus den vorliegenden Daten eine (Teil-) Begründung abgeleitet werden: Aufgrund der stetig gewachsenen Erwerbsbeteiligung von Frauen ändert sich das Mischverhältnis zwischen den (niedrigeren) Witwenpensionen und den (höheren) Eigenpensionen in Richtung eines höheren Anteils der Eigenpension, was die Durchschnittspension von Frauen insgesamt steigen lässt.

Für den Struktureffekt an Bedeutung gewonnen hat auch die Frage, ob es im Bereich der Pflichtversicherten Reallohnzuwächse gibt. Diese bewirken, dass die Aufwertungszahlen (welche seit Einführung des Pensionskontos zur Aufwertung von Pensionsanwartschaften (=Teilgutschriften) herangezogen werden) höher sind als die Anpassungsfaktoren. Dadurch bildet sich in einer Neuzugangspension der Reallohnzuwachs, der im Zeitraum des einem Neuzugang vorangegangenen Erwerbslebens stattgefunden hat, ab. Unter modellhaften Annahmen führt das Pensionskonto dazu, dass Neuzugangspensionen mit der Entwicklung des Lohnniveaus Schritt halten. Langfristig würde sich der Struktureffekt damit in der Höhe des Quotienten aus Lohnentwicklung und Inflation (=Reallohnzuwachs) einpendeln.

Generell kann gesagt werden, dass Änderungen im Leistungsrecht, die zu höheren/niedrigeren Neuzugangspensionen führen, die Durchschnittspension des Gesamtstandes steigen oder sinken lassen können. Dieser Anstieg kann sich so lange fortsetzen, bis der gesamte Pensionsstand nach dem „neuen“ Leistungsrecht berechnet wurde. Dies ist erst nach einem Zeitraum von über 20 Jahren der Fall. Erst dann hat eine Änderung ihren „Vollausbau“ erreicht. Da der zeitliche Abstand zwischen Änderungen im Leistungsrecht aber meist deutlich kürzer ist, muss davon ausgegangen werden, dass sich im Struktureffekt unterschiedlichste Maßnahmen überlagern.

Im Beobachtungszeitraum betrug der Struktureffekt durchschnittlich 1,30% pro Jahr, allerdings mit einer Schwankungsbreite zwischen 0,87% (2017) und 1,63% (2021). Eine teilweise Erklärung für den hohen Wert 2021 ist die Abschlagsfreiheit der Langzeitversicherungspension, die in diesem Jahr zur Anwendung kam. Langzeitversicherungspensionen sind per se schon überdurchschnittlich hoch. Durch die Abschlagsfreiheit wurden sie noch höher bzw. häufiger in Anspruch genommen.

Für die Zukunft wird für den Struktureffekt jeweils ein linearer Verlauf unterstellt, der je nach Pensionsart bzw. Versichertengruppe steigend oder sinkend verlaufen kann.

5.2.3 Entwicklung der Durchschnittspension

Als Ergebnis aus Durchschnittspensionen des Standes, der Entwicklung der Anpassung sowie der Annahmen über den Struktureffekt ergeben sich die Durchschnittspensionen für den Prognosezeitraum.

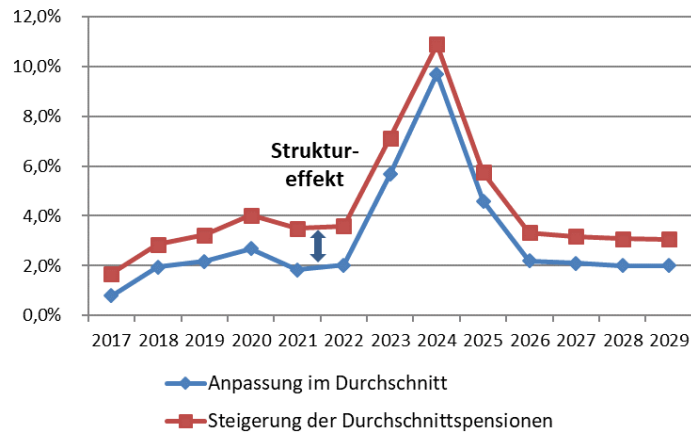


Abbildung 17: Entwicklung Anpassung und Steigerung der Durchschnittspensionen

Die **Übersicht 11** informiert über die Entwicklung der Durchschnittspensionen nach Versichertengruppen. Die Daten beziehen sich auf den Gesamtdurchschnitt aus Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspensionen, Alterspensionen und Hinterbliebenenpensionen.

Folgende Zuwächse gab es im Beobachtungszeitraum bzw. werden im Prognosezeitraum erwartet:

in €	2017	2017-2023	2023	2023-2029	2029	2017-2029
ASVG	1.130,88	+ 26,6%	1.431,80	+ 33,4%	1.909,54	+ 68,9%
GSVG+FSVG	1.295,35	+ 20,4%	1.559,09	+ 25,4%	1.954,97	+ 50,9%
BSVG	720,02	+ 32,0%	950,45	+ 34,8%	1.280,83	+ 77,9%
gesamte PV	1.113,70	+ 26,9%	1.412,97	+ 32,8%	1.877,09	+ 68,5%

Tabelle 12: Entwicklung der Durchschnittspensionen

Die Steigerungen im Beobachtungszeitraum ergaben sich aus einer gesamten Anpassung von 17,4% und einem Struktureffekt von 8,1%. Im Prognosezeitraum ist der wesentliche Grund für den Anstieg der Durchschnittspension die prognostizierte Pensionsanpassung (insgesamt 24,6%), die sich aus den hohen prognostizierten Inflationsraten ergeben. Auf den Struktureffekt entfallen rund 6,6%.

Der niedrigste Anstieg wird in der Pensionsversicherung nach dem GSVG und FSVG erwartet, der höchste im bauerlichen Bereich – hier allerdings von einem deutlich

niedrigeren Niveau aus. Die Gründe, warum diese Pensionen wesentlich niedriger sind, sind einerseits die geringere durchschnittliche Zahl an Versicherungsmonaten und andererseits auch niedrigere Beitragsgrundlagen.

Die Anpassung im Prognosezeitraum ist insgesamt höher als jene im Beobachtungszeitraum. Während im Beobachtungszeitraum die durchschnittliche jährliche Anpassung 2,7% betrug, ergibt sich aufgrund der Inflationsentwicklung im Prognosezeitraum eine durchschnittliche jährliche Anpassung von 3,7% (**Übersichten 29 und 30a**).

Insgesamt sollte die Durchschnittspension in der gesamten Pensionsversicherung im Jahr 2029 mit fast 1.880 € um mehr als 460 € über jener im Jahr 2023 liegen. Dies bedeutet eine Steigerung um fast 33%, die damit deutlich über der Entwicklung im Beobachtungszeitraum liegt (+26,9%).

5.2.4 Pensionsleistungen - Pensionsbezieher

Die im Gutachten dargestellte Zahl der Pensionen erfolgt auf Basis von Pensionsleistungen. Da eine Person über mehrere Pensionen verfügen kann, ist die Zahl der Bezieher („Köpfe“) geringer. Berücksichtigt man diese Mehrfachbezüge, zeigt sich im Beobachtungszeitraum jeweils im Juli des Jahres für die gesetzliche Pensionsversicherung folgendes Bild:

	Pensionsleistungen	Pensionsbezieher
2017	2.366.347	2.104.581
2018	2.389.646	2.125.674
2019	2.421.246	2.154.485
2020	2.462.389	2.192.662
2021	2.497.376	2.223.980
2022	2.522.092	2.245.620
2023	2.564.935	2.285.125

Quelle: Dachverband der SV-Träger

Stand Juli 2023			
Zahl der Pensionen	Männer	Frauen	gesamt
1	899.161	1.106.928	2.006.089
2	46.400	231.869	278.269
3 und mehr	184	583	767
gesamt	945.745	1.339.380	2.285.125
1	95,1%	82,6%	87,8%
2	4,9%	17,3%	12,2%
3 und mehr	0,0%	0,0%	0,0%
gesamt	100,0%	100,0%	100,0%

Quelle: Dachverband der SV-Träger, eigene Berechnungen

Tabelle 13: Pensionsleistungen - Pensionsbezieher

Im Juli 2023 erhielten 279.036 Personen und damit mehr als 12% der Pensionsbezieher mehr als eine Pension (davon 767 Fälle drei und mehr Pensionen), wobei dies bei Frauen mit 17,3% deutlich häufiger auftrat als bei Männern (4,9%). Die

häufigste Kombination bei den Frauen ist mit rund 229.500 Fällen das Zusammentreffen einer Alterspension mit einer Witwenpension.

Dies wirkt sich auf die Pensionshöhe aus. Die durchschnittliche Bruttopension von Frauen betrug im Juli 2023 rund 1.140 €. Berücksichtigt man das Zusammentreffen mehrerer Pensionen aus der gesetzlichen Pensionsversicherung, betrug die durchschnittliche Höhe bei Frauen fast 1.340 € (ohne Einbeziehung von Ruhe- und Versorgungsgenüssen). Bei den Männern betrug im Juli 2023 die Durchschnittspension in der gesetzlichen Pensionsversicherung auf Leistungsebene rund 1.850 €, auf Bezieherebene rund 1.930 € - die Auswirkung ist also geringer als bei den Frauen.

6 Beitragseinnahmen aus Pflichtbeiträgen

Die Pflichtbeiträge der Erwerbstätigen (*Übersichten 17 bis 19*) machen mit rund 90% den weitaus größten Teil der Erträge der Pensionsversicherungsträger aus (gemessen an den Erträgen ohne Bundesmittel). Daher sind sie auf der Einnahmenseite der Pensionsversicherung auch der wesentliche Einflussfaktor für die Höhe des Bundesbeitrages.

6.1 Zusammenhänge mit der wirtschaftlichen Entwicklung

Die Entwicklung der Pflichtbeiträge steht, im Gegensatz zum Pensionsaufwand, in deutlichem Zusammenhang mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Besonders im ASVG-Bereich besteht eine Korrelation zum einen zwischen der Entwicklung der durchschnittlichen Beitragsgrundlage und dem pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten, zum anderen zwischen der Anzahl der Pflichtversicherten und der Anzahl unselbständig Beschäftigter. Da die Beiträge im Bereich des ASVG über 90% der gesamten Beitragseinnahmen der gesetzlichen Pensionsversicherung ausmachen, prägen die Einkommens- und Beschäftigungsentwicklung der unselbständig Beschäftigten die Gebarung der gesetzlichen Pensionsversicherung und damit den Bundesbeitrag ganz entscheidend.

Die Prognose der Beitragseinnahmen basiert auf der

- Entwicklung der unselbständig aktiv Beschäftigten als Basis für die Schätzung der Zahl der Pflichtversicherten, sowie auf der
- Entwicklung der Bruttolohn- und Gehaltssumme gemäß VGR je unselbständiges Beschäftigungsverhältnis (in weiterer Folge als „pro-Kopf-Einkommen“ bezeichnet) als Basis für die Schätzung der durchschnittlichen Beitragsgrundlage.

Beide Größen erklären die Beitragsentwicklung jedoch nicht zur Gänze. Vielmehr wächst die Zahl der Pflichtversicherten stärker, als jene der unselbständig aktiv Beschäftigten und die Beitragsgrundlage geringfügig stärker, als das pro-Kopf-Einkommen. Der Zusammenhang zwischen Beitragsgrundlage und pro-Kopf-Einkommen ist dabei weniger stabil. Zwar ist die durchschnittliche Beitragsgrundlage im langjährigen Durchschnitt etwas stärker gestiegen als das pro-Kopf-Einkommen, hat aber darüber hinaus auch weniger stark geschwankt. Insbesondere in Jahren mit sehr

starkem Anstieg des pro-Kopf-Einkommens war die Wachstumsrate der Beitragsgrundlage in der Vergangenheit niedriger, als jene des pro-Kopf-Einkommens. Das hängt damit zusammen, dass die Entwicklung der Höchstbeitragsgrundlage durch die Verknüpfung mit der Aufwertungszahl der Lohnentwicklung zwei Jahre „hinterherläuft“. Nach Phasen hoher Inflation steigen üblicherweise die Löhne deutlich, die Höchstbeitragsgrundlage jedoch erst zwei Jahre später. Im Jahr des starken Lohnwachstums ist daher die Beitragsleistung von Beziehern hoher Einkommen (> Höchstbeitragsgrundlage) noch gebremst – sie steigt nur im gleichen Ausmaß wie die Höchstbeitragsgrundlage selbst. Dies bewirkt, dass die durchschnittliche Beitragsgrundlage weniger stark ansteigt, als die pro-Kopf-Einkommen. Wie stark dieser Effekt ausfällt, hängt jedoch auch davon ab, in welchen Einkommensbereichen das Lohnwachstum stattfindet. Wenn – etwa infolge sozial gestaffelter Lohnabschlüsse – das Lohnwachstum verstärkt im unteren Einkommensbereich stattfindet, wäre zu erwarten, dass der Effekt weniger stark ausgeprägt ist. Diese Zusammenhänge stellen für den Zeitraum 2024 bis 2029 eine besondere Herausforderung für die Prognose der Beitragseinnahmen dar. Auch, weil in den Folgejahren dieses Effekts eine gegenläufige Entwicklung zu erwarten ist: Das verspätete Ansteigen der Höchstbeitragsgrundlage – während die Lohnsteigerungen wieder auf ein niedrigeres Niveau zurückgekehrt sind – bewirkt, dass Erwerbstätige mit Einkommen über der Höchstbeitragsgrundlage einen überproportionalen Anteil zum Beitragswachstum liefern. Folglich wird im Prognosezeitraum ab 2025 erwartet, dass die durchschnittliche Beitragsgrundlage der Unselbständigen stärker steigt, als die pro-Kopf-Einkommen.

Neben den Einkommensbestandteilen über der Höchstbeitragsgrundlage ist die unterschiedliche Entwicklung zwischen allgemeiner und beitragspflichtiger Lohnsumme auch auf zwei weitere Komponenten zurückzuführen:

- Rückgang der Zahl der Beamten zugunsten der Zahl der Vertragsbediensteten
- Bezüge der geringfügig Beschäftigten

Die Alterssicherung von Beamten erfolgt nicht aus der gesetzlichen Pensionsversicherung. Die Pragmatisierung wurde in den letzten beiden Jahrzehnten jedoch sowohl auf Bundes-, als auch auf Landesebene restriktiv gehandhabt, so dass die Nachbesetzung von Abgängen in jenen Berufsgruppen, die eine Pragmatisierung nicht

zwingend vorsehen, fast ausschließlich durch Vertragsbedienstete erfolgte. Da Vertragsbedienstete der gesetzlichen Pensionsversicherung unterliegen, erfährt die Gruppe der Pflichtversicherten ein zusätzliches Wachstum, welches auf den „Ersatz“ von Beamten durch Vertragsbedienstete zurückzuführen ist. Daneben sind auch Ausgliederungen für den Anstieg der Pflichtversicherten mitverantwortlich. Zahlreiche Institutionen, die ehemals Teil einer Gebietskörperschaft waren und damit einen hohen Beamtenanteil aufwiesen, wurden zu Gesellschaften beziehungsweise Anstalten privaten oder öffentlichen Rechts. Auch dort erfolgen Nachbesetzungen fast ausschließlich durch ASVG-Versicherte. Diese Veränderungen im Öffentlichen Dienst sorgen dafür, dass die Zahl der ASVG-Versicherten stärker wächst, als die Gesamtheit der unselbständig Beschäftigten. In den letzten beiden Jahrzehnten dürfte diese Entwicklung wesentlich dazu beigetragen haben, dass die unselbständigen Pflichtversicherten in der gesetzlichen Pensionsversicherung im Mittel um mehr als 0,3 Prozentpunkte stärker gestiegen sind, als die unselbständig Erwerbstätigen insgesamt. Im Beobachtungszeitraum lag dieser „Überhang“ bei durchschnittlich 0,34 Prozentpunkten. Dieser Effekt hat sich 2023 und (mit aktuell vorliegendem Datenstand) auch 2024 abgeschwächt. Daher wird für den Prognosezeitraum von einem Überhang in Höhe von durchschnittlich 0,30 Prozentpunkten ausgegangen.

Die Zahl der geringfügig Beschäftigten ist bis 2017 angestiegen und machte zu diesem Zeitpunkt fast ein Zehntel der unselbständigen Beschäftigungsverhältnisse aus. Aktuell beträgt der Anteil dieser Gruppe 8,6%. Geringfügig Beschäftigte sind in der Pensionsversicherung nicht pflichtversichert. Aufgrund der Tatsache, dass sie unterdurchschnittliche Einkommen beziehen, kann davon ausgegangen werden, dass ihre bis 2017 anhaltende Zunahme auf die Entwicklung des pro-Kopf-Einkommens dämpfend gewirkt hat. Da sie in der Pensionsversicherung nicht pflichtversichert sind, trat dieser dämpfende Effekt bei der Entwicklung der Beitragsgrundlage nicht auf. Nachdem ihre Zahl von 2017 bis 2020 zurückgegangen ist, ist mittlerweile wieder ein Anstieg zu beobachten, ein nennenswerter Effekt auf die Entwicklung des pro-Kopf-Einkommens wäre vor allem dann zu erwarten, wenn ihr Anteil an der Gesamtheit der unselbständig Beschäftigten steigt. Dies ist aktuell nicht der Fall.

Aus den genannten Gründen wurden für die Erstellung des vorliegenden Berichtes die Prognosewerte des pro-Kopf-Einkommens und der unselbständig aktiv Beschäftigten mit Korrekturfaktoren angepasst, die aus Daten der Vergangenheit errechnet wurden.

6.2 Entwicklung der Pflichtbeiträge

Die Pflichtbeiträge (ohne Partnerleistung und Beitragsübernahmen) sind im Beobachtungszeitraum um 36,7% gestiegen, das entspricht einem durchschnittlichen jährlichen Anstieg um 5,4%. Im Prognosezeitraum wird ein Gesamtanstieg von 32,1% erwartet, was einem durchschnittlichen jährlichen Anstieg um 4,8% entspricht (**Übersicht 17**).

Die im Vergleich zum Beobachtungszeitraum schwächere Beitragsentwicklung im Prognosezeitraum ist auf den weit geringeren Anstieg bei den Pflichtversicherten zurückzuführen (+5,7%/+10,6%). Der stärkere Anstieg der Beitragsgrundlagen (+24,9%/+23,5%) kann diese Entwicklung nicht umkehren (**Übersichten 12 und 13**).

Der Anstieg der Pflichtbeiträge, der im Prognosezeitraum erwartet wird, ist in der folgenden Übersicht einerseits nach Versichertengruppen gegliedert, andererseits ist dargestellt, auf welche Veränderungen von Beitragsgrundlage und Pflichtversichertenanzahl der Anstieg zurückzuführen sein wird.

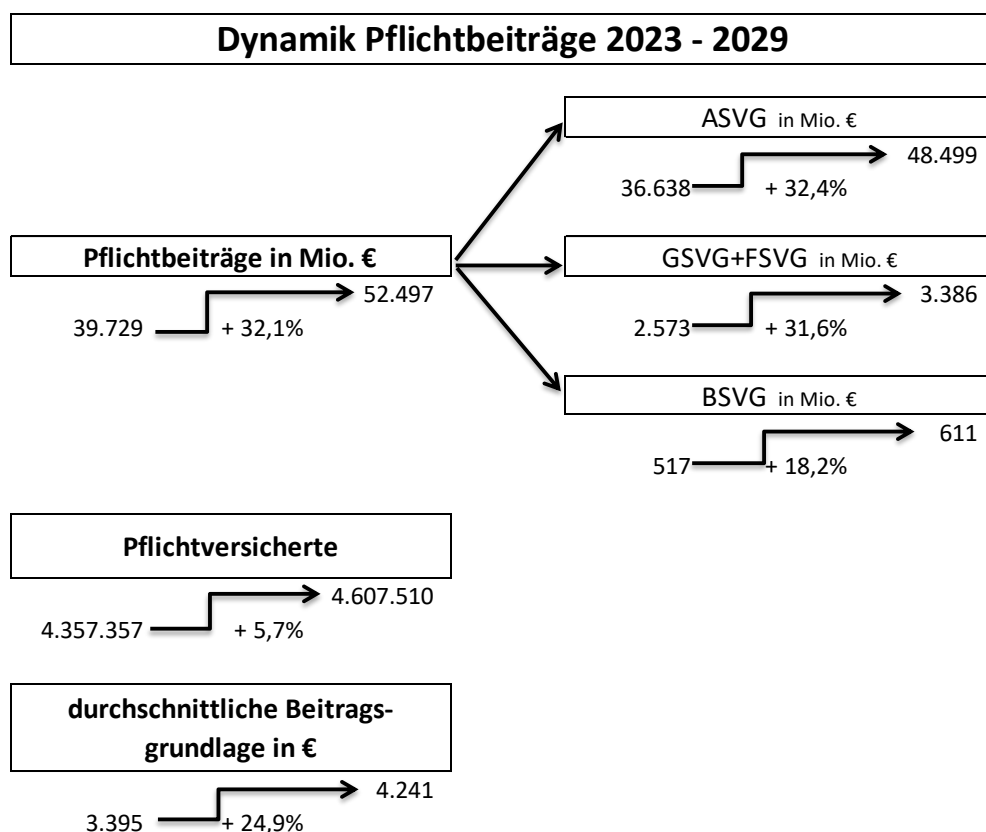


Abbildung 18: Dynamik Pflichtbeiträge 2023-2029

6.2.1 Beitragssätze

Die Beitragssätze betragen im Jahr 2024:

	Eigenbeitrag	Partnerleistung
PVA	22,8%	
BVAEB (Mischbeitragssatz inklusive Zusatzbeitrag in der knappschaftlichen PV)	22,9%	
PV nach dem GSVG	18,5%	4,3%
PV nach dem FSVG	20,0%	2,8%
PV nach dem BSVG	17,0%	5,8%

Tabelle 14: Beitragssätze im Jahr 2024

Diese Beitragssätze kommen im gesamten Prognosezeitraum zur Anwendung.

6.2.2 Entwicklung des Versichertenstandes

Die Entwicklung des Versichertenstandes (**Übersicht 12**) deckt sich im Beobachtungs- und Prognosezeitraum (+10,6%/+5,7%) im Trend mit der zugrundeliegenden Wirtschaftsprognose, wo ein deutlich schwächerer Anstieg der unselbständig aktiv Beschäftigten im Prognosezeitraum erwartet wird (+9,0%/+4,0%). Im Beobachtungszeitraum war die Beschäftigungsentwicklung äußerst unregelmäßig. Nach soliden Zuwächsen in den Jahren 2017 bis 2019 kam es im Jahr 2020 bedingt durch die Corona-Krise sogar zu einem Rückgang. 2021 und auch 2022 war der Anstieg mit +2,5% und +3,0% wiederum sehr kräftig. Ab 2024 werden nur noch sehr geringe Steigerungen erwartet (**Übersicht 1**).

Während im Bereich des ASVG zwischen der Entwicklung des Versichertenstandes und der Entwicklung der unselbständig aktiv Beschäftigten eine deutliche Korrelation besteht, ein Faktum das für die Prognose genutzt wird, ist im Bereich des GSVG/FSVG kein eindeutiger Zusammenhang feststellbar. Seit dem Jahr 2000 waren hier durchwegs Zuwächse zu verzeichnen, die zwischen +1,7% und +5,2% pro Jahr schwanken (Mittelwert +2,8%). Eine Prognose des Versichertenstandes auf Basis der Wirtschaftsprognose ist daher nicht möglich. Die Prognose des Versichertenstandes für den vorliegenden Bericht beruht daher darauf, die Entwicklung der letzten Jahre möglichst realistisch fortzuschreiben (allenfalls unter Berücksichtigung getroffener Maßnahmen).

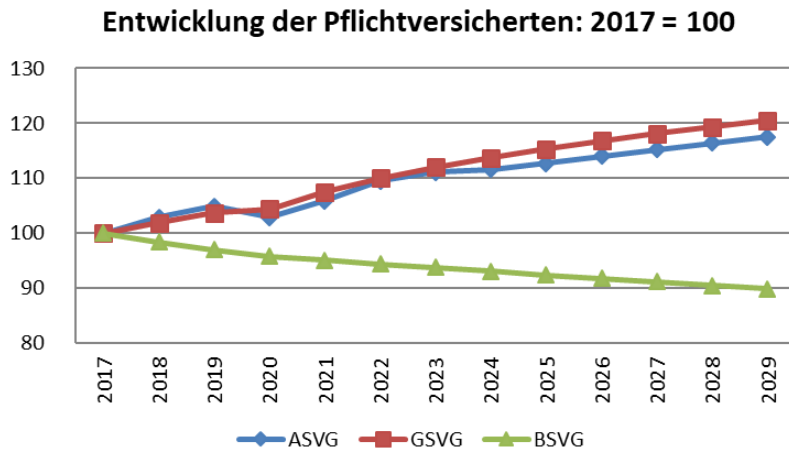


Abbildung 19: Entwicklung der Zahl der Pflichtversicherten nach Versichertengruppen

Im Bereich des BSVG setzt sich der Rückgang des Versichertenstandes fort. Die hier zu beobachtende Entwicklung ist im Zusammenhang mit dem im landwirtschaftlichen Bereich seit einigen Jahrzehnten ablaufenden Strukturwandel zu sehen. Dieser äußert sich in einer stetig sinkenden Zahl an landwirtschaftlichen Betrieben bei gleichzeitiger Zunahme der durchschnittlichen Betriebsgröße (Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus, Grüner Bericht 2024). Da sich die Pflichtversicherung nach dem BSVG im Wesentlichen auf Betriebsführer (auf deren Familienmitglieder jedoch nur bei hauptberuflicher Tätigkeit im Betrieb) erstreckt, erklärt sich die sinkende Zahl der Pflichtversicherten aus der sinkenden Betriebszahl.

Im Bereich des ASVG ist in der obigen Grafik im Jahr 2020 sehr deutlich der Knick nach unten, hervorgerufen durch die problematische Situation am Arbeitsmarkt aufgrund der Corona-Krise, zu sehen.

Insgesamt ergeben sich daraus folgende Werte:

	2017	2017-2023	2023	2023-2029	2029	2017-2029
ASVG	3.359.372	+ 11,1%	3.731.543	+ 5,8%	3.949.166	+ 17,6%
GSVG+FSVG	444.028	+ 12,0%	497.227	+ 7,6%	535.067	+ 20,5%
BSVG	137.234	- 6,3%	128.587	- 4,1%	123.277	- 10,2%
gesamt	3.940.634	+ 10,6%	4.357.357	+ 5,7%	4.607.510	+ 16,9%

Tabelle 15: Entwicklung der Zahl der Pflichtversicherten nach Versichertengruppen

6.2.3 Entwicklung der Beitragsgrundlagen

Die Entwicklung der Beitragsgrundlagen ist in der **Übersicht 13** dargestellt.

Die Beitragsgrundlagenentwicklung laut der vorliegenden Prognose (+24,9%) wird insgesamt geringfügig höher sein als im Beobachtungszeitraum (+23,5%). Mit 2023 und 2024 liegt sowohl im Beobachtungs- als auch im Prognosezeitraum jeweils ein Jahr mit außerordentlich hohem Anstieg der Beitragsgrundlage. 2023 lag dieser Anstieg bei 6,3%, 2024 wird aufgrund der bereits vorliegenden Daten ein Anstieg von 7,2% erwartet.

Wie in Kapitel 6.1 beschrieben, war in der Vergangenheit im unselbständigen Bereich in Jahren mit sehr starkem Anstieg des pro-Kopf-Einkommens die Wachstumsrate der Beitragsgrundlage meist niedriger, als jene des pro-Kopf-Einkommens, sofern in diesen Jahren das pro-Kopf-Einkommen stärker gestiegen ist, als die Höchstbeitragsgrundlage. 2023 war dieser Effekt in schwacher Ausprägung ebenfalls zu beobachten (pro-Kopf-Einkommen: +6,9%, ASVG-Beitragsgrundlage: +6,8%). Auch 2024 wäre ein Zurückbleiben der Beitragsgrundlage hinter dem pro-Kopf-Einkommen zu erwarten. Die bereits vorliegenden Daten zum laufenden Jahr deuten allerdings auf einen ASVG-Beitragsgrundlagenanstieg von 7,8% hin, die dem Prognosewert für das pro-Kopf-Einkommen entspricht. Sollte sich dieser Prognosewert als richtig herausstellen, ergäbe sich daraus ein Widerspruch zur bisher gut belegten Annahme über die Zusammenhänge zwischen pro-Kopf-Einkommen, Höchstbeitragsgrundlage und durchschnittlicher Beitragsgrundlage. Es bleibt abzuwarten, wie hoch der Anstieg des pro-Kopf-Einkommens tatsächlich liegen wird.

In den Jahren ab 2025 wird ein gewisser Aufholprozess der Beitragsgrundlage gegenüber dem pro-Kopf-Einkommen erwartet. Die hohen Lohnsteigerungen der Jahre 2023 und 2024 werden dann erstmals auf die Höchstbeitragsgrundlage wirksam. Diese wird 2025 um 6,4% steigen, im Jahr 2026 um 7%. Auch 2027 bis 2029 wird die Höchstbeitragsgrundlage stärker steigen als die pro-Kopf-Einkommen (**Übersicht 3**).

Aus diesen Annahmen ergibt sich, dass die Beitragsgrundlage im ASVG um 25,1% steigt, das pro-Kopf-Einkommen jedoch nur um 22,7%.

Der sehr deutliche Anstieg der Beitragsgrundlage im BSVG-Bereich im Jahr 2018 ist unter anderem auf die in diesem Jahr wirkende Einheitswerthauptfeststellung zurückzuführen, welche die Beitragsgrundlage im BSVG-Bereich um 9,6% hat ansteigen lassen. Bei den Selbständigen kam es v.a. coronabedingt 2020 zu einem Sinken um 7,4%, 2021 zu einer Steigerung um 13,8%, die das Minus des Vorjahres mehr als ausgeglichen hat. Insgesamt werden bei Selbständigen und Bauern im Prognosezeitraum ähnliche Steigerungen erwartet wie im Beobachtungszeitraum.

Die Steigerungsraten der durchschnittlichen Beitragsgrundlage betragen:

in €	2017	2017-2023	2023	2023-2029	2029	2017-2029
ASVG	2.899,88	+ 23,8%	3.588,61	+ 25,1%	4.488,65	+ 54,8%
GSVG+FSVG	1.978,21	+ 16,9%	2.312,13	+ 22,3%	2.827,30	+ 42,9%
BSVG	1.564,92	+ 26,4%	1.977,60	+ 23,3%	2.438,29	+ 55,8%
gesamt	2.749,53	+ 23,5%	3.395,41	+ 24,9%	4.240,86	+ 54,2%

Tabelle 16: Entwicklung der Durchschnittspensionen nach Versichertengruppe

7 Kennzahlen

7.1 Pensionsquoten

Im umlagefinanzierten Alterssicherungssystem ist die Finanzierbarkeit unter anderem davon abhängig, dass einer Pension eine hinreichend große Zahl an Erwerbseinkommen gegenübersteht, deren Beitragsleistungen die Auszahlung der Pension finanzieren. Die Entwicklung dieser so genannten Pensionsquote – ausgedrückt als die Zahl der Pensionen pro 1.000 Pflichtversicherungen – wird daher im Allgemeinen als Kennzahl für die „Stabilität“ eines Pensionssystems gesehen. Mit Einschränkungen gilt das auch, allerdings darf nicht übersehen werden, dass auch andere Faktoren die Finanzierbarkeit beeinflussen. So kann etwa eine schwache Entwicklung der durchschnittlichen Erwerbseinkommen, beispielsweise durch verstärkte Teilzeitbeschäftigung, auch bei stabiler Pensionsquote die Finanzierung der Pensionen erschweren, andererseits kann eine steigende Pensionsquote dadurch kompensiert werden, dass die Erwerbseinkommen stärker steigen als die Durchschnittspensionen.

In der gesamten gesetzlichen Pensionsversicherung zeigt sich (**Übersicht 14**):

Jahr	Pensionsquote	Begründung
2017	591	
2019	578	Kontinuierliches Sinken bis 2019: Zahl der Pflichtversicherten stieg stärker als Zahl der Pensionen
2020	597	deutlicher Anstieg: - relativ stark steigender Pensionsstand (+40.220) - stark sinkende Zahl an Pflichtversicherten (-66.033) aufgrund der Corona-Krise
2022	578	Sinken aufgrund der deutlichen Erholung der Versichertenstände: - Pensionen stiegen 2021 um rund 31.000, 2022 um 34.000 - Pflichtversicherte stiegen aufgrund der konjunkturellen Erholung um rund 114.000 (2021) bzw. 131.000 (2022)
2023	579	Pensionsstände (+1,6%) stiegen prozentuell etwas stärker als die Pflichtversicherten (+1,4%)
2029	578	Sinken, weil Pensionsstände weniger stark steigen als Zahl der Pflichtversicherten (vor allem wegen Erhöhung des Frauenpensionsantrittsalters)

Tabelle 17: Entwicklung der Pensionsquote

Die einzelnen Versichertengruppen zeigen deutlich unterschiedliche Trends. Die Entwicklung im ASVG (ein Absinken von 587 auf 570) verläuft ähnlich der Entwicklung in der gesamten Pensionsversicherung.

Auffallend ist im ASVG die recht deutliche Steigerung im Jahr 2020 von 572 auf 594: dies ist darauf zurückzuführen, dass der Pensionsstand um 1,8% stieg (absolut um rund 36.000), die Zahl der Pflichtversicherten aber um 1,9% sank (absolut um rund 67.000). Auch im Bereich des GSVG und FSVG stieg die Quote in diesem Jahr von 425 auf 436. Hier stieg die Zahl der Pensionen deutlich stärker an als die Zahl der Pflichtversicherten.

Gänzlich anders stellt sich die Situation im Bereich der bäuerlichen Pensionsversicherung dar: im Beobachtungszeitraum stieg die Pensionsquote kontinuierlich an, und zwar von 1.255 im Jahr 2017 auf 1.267 im Jahr 2020. 2021 sank sie deutlich ab, weil der Pensionsstand um rund 2.600 Fälle sank, die Zahl der Pflichtversicherten aber um weniger als 1.000. Für 2022 zeigte sich ein ähnliches Bild. Im Prognosezeitraum wird wieder mit Steigerungen gerechnet. Hier kommt zum Tragen, dass sich der Pensionsstand nur wenig ändert (insgesamt -1,1%), die Zahl der Pflichtversicherten aber kontinuierlich stärker abnimmt (-4,1%).

Die „Umkehrung“ der Pensionsquote ergibt eine Zahl die angibt, wie viele Pflichtversicherungen jeweils einer Pensionsleistung gegenüberstehen (**Übersicht 14a**).

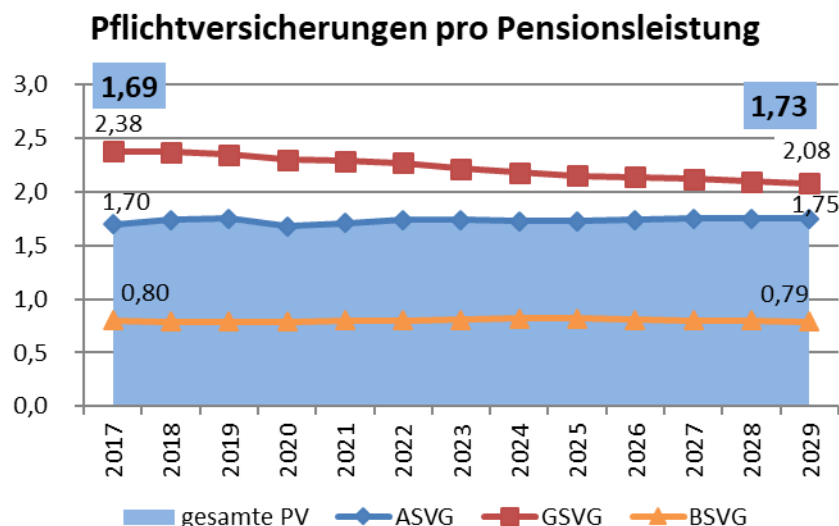


Abbildung 20: Zahl der Pflichtversicherungen pro Pensionsleistung

7.2 Deckungsquoten

Die relative Beteiligung der Zahlungen des Bundes an den Aufwendungen der Pensionsversicherung ist in den **Übersichten 26, 26a, 26b und 27** zusammengefasst.

Beispielhaft für diese grundsätzlich ähnlichen Kennzahlen zeigt die folgende Abbildung, welcher Anteil der Aufwendungen der Pensionsversicherungsträger durch Bundesmittel (Ausfallhaftung, Beiträge für Teilversicherte aus der UG22, Beitragsübernahmen, Partnerleistung und Ausgleichszulagen) abgedeckt wird (**Übersicht 27**).

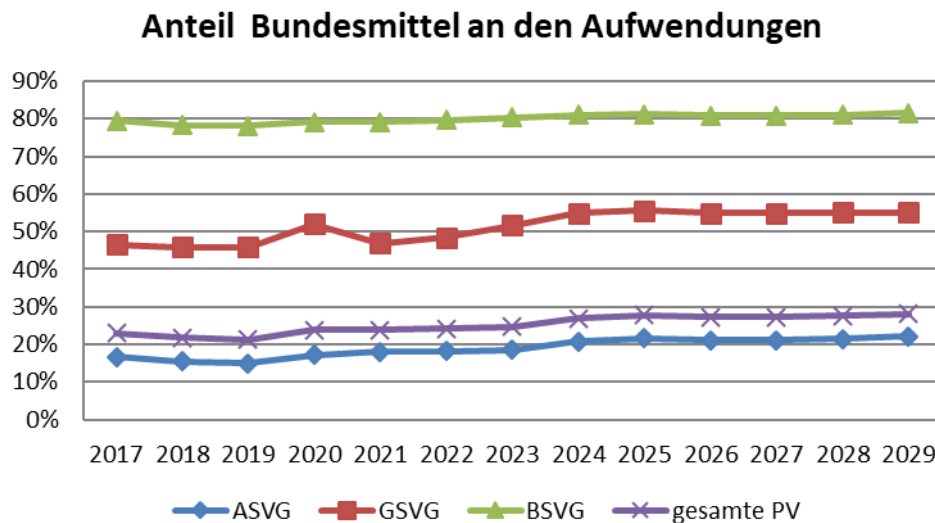


Abbildung 21: Anteil der Bundesmittel an den Aufwendungen

Der Anteil der Bundesmittel an den Aufwendungen sinkt zu Beginn des Beobachtungszeitraumes leicht ab, da in den Jahren 2018 und 2019 eine starke Beschäftigungs- und Lohnentwicklung, bei gleichzeitig moderatem Anstieg von Pensionsstand und Durchschnittspension, zu verzeichnen waren. Der Anstieg im Jahr 2020 ist zum größten Teil auf die Corona-Krise auf der Beitragsseite und die deutliche Steigerung des Pensionsaufwandes auf der Aufwandsseite zurückzuführen. Ab 2023 sind die starken Steigerungen v.a. auf die inflationsbedingt hohen Anpassungen zurückzuführen.

Insgesamt sind die Steigerungen im Prognosezeitraum gravierender als im Beobachtungszeitraum, 2029 beträgt der Anteil mehr als 28%.

Die Niveauunterschiede zwischen den Versichertengruppen stehen einerseits im Zusammenhang mit den unterschiedlichen Pensionsquoten. Die Abdeckung der Aufwendungen der PV-Träger durch die Bundesmittel ist grundsätzlich dort höher, wo das Verhältnis von Pflichtversicherten zu Pensionisten niedriger ist. Andererseits kommt

dazu, dass für GSVG-, FSVG- und BSVG-Versicherte der Bund eine Beitragssubvention in Form der Partnerleistung leistet. Dies führt dazu, dass so wie im BSVG auch im GSVG-Bereich die Abdeckung der Aufwendungen durch die Bundesmittel trotz des günstigeren Verhältnisses von Pflichtversicherungen zu Pensionsleistungen höher ist als im ASVG-Bereich.

Die Schwankungen der Kennzahl im zeitlichen Verlauf sind im Vergleich zu den Niveauunterschieden zwischen den Versichertengruppen vergleichsweise klein.

Dennoch sind wesentliche Entwicklungen ablesbar.

Da die finanziellen Volumina im Bereich des ASVG jene der anderen Versichertengruppen deutlich übersteigen, ist die Gesamtkennzahl in Niveau und Verlauf jener des ASVG-Bereichs sehr ähnlich.

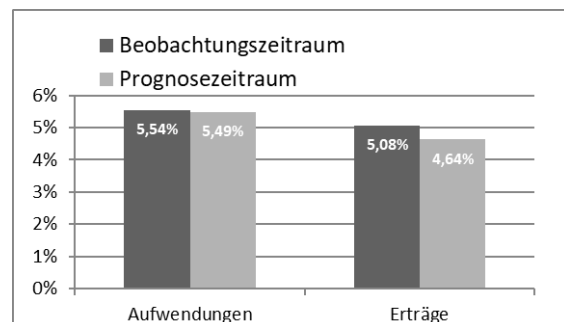
8 Zusammenfassung

In der Zusammenfassung erfolgt ein Vergleich der wichtigsten Ergebnisse zwischen Prognosezeitraum und Beobachtungszeitraum. Die Ergebnisse des Beobachtungszeitraumes finden sich in der **Übersicht 29**. Wie im Kapitel 2.2 erläutert wurde, sind im vorliegenden Gutachten sowohl die Gesamtänderung 2023 bis 2029 (**Übersicht 30a**) als auch jene von 2024 bis 2029 (**Übersicht 30b**) dargestellt, um die Vergleichbarkeit zum Gutachtenteil über die Entwicklung im Bereich der Beamten zu erleichtern.

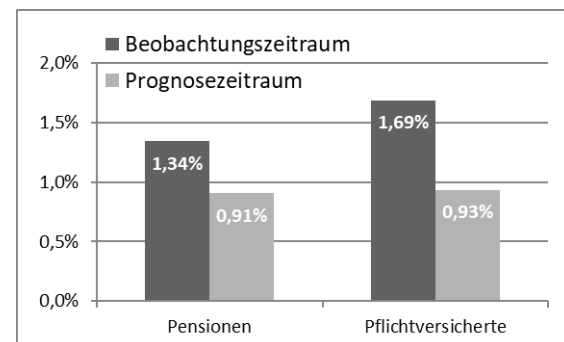
Zur Verbesserung der Vergleichbarkeit sind neben absoluter und relativer Änderungen auch die durchschnittlichen jährlichen Änderungen dargestellt:

Entwicklung wichtiger Kenngrößen im Zeitraum 2023-2029 (Prognosezeitraum)

- Im Prognosezeitraum steigen die **Aufwendungen** jährlich im Schnitt fast gleich wie im Beobachtungszeitraum (+5,54%/+5,49%), die **Erträge** (ohne Bundesmittel) steigen hingegen weniger stark (+5,08%/ +4,64%), was sich negativ auf die Finanzierung auswirkt.



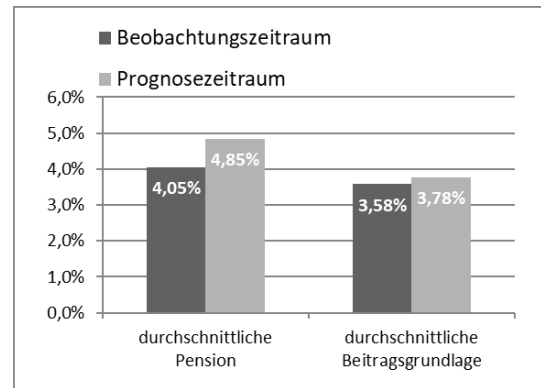
- Die **Zahl der Pflichtversicherten** wird im Prognosezeitraum aufgrund der prognostizierten Wirtschaftsentwicklung im Durchschnitt ähnlich steigen (+0,93%) wie die Zahl der **Pensionen** (+0,91%), bei denen sich ab 2024 die



Anhebung des Antrittsalters der Frauen bemerkbar macht. Die Pensionsquote bleibt auf dem Niveau von 1,73.

- Allerdings verläuft die Entwicklung der **durchschnittlichen Beitragsgrundlagen** und der **Durchschnittspensionen** aus Sicht der Finanzierbarkeit ungünstig:

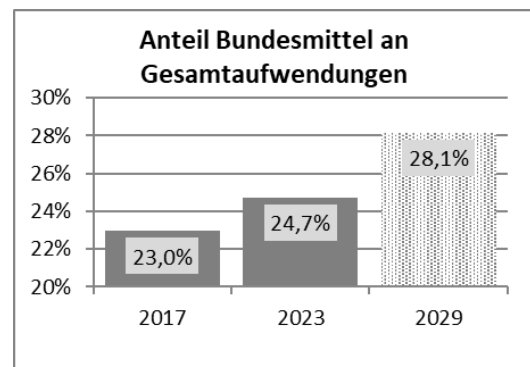
Während im Beobachtungszeitraum die durchschnittlichen Pensionen „nur“ um rund 5/10 %-Punkte stärker gestiegen sind als die Beitragsgrundlagen (Beitragsgrundlagen +3,58%, Pensionen +4,05%), ist die Steigerung der Durchschnittspensionen im Prognosezeitraum mit jährlich +4,85% deutlich höher als jene der durchschnittlichen Beitragsgrundlagen mit +3,78%.



- In Summe bewirken die beschriebenen Entwicklungen, dass die durchschnittliche jährliche Steigerung der **Bundesmittel** im Prognosezeitraum +7,72% beträgt und damit deutlich höher ist als im Beobachtungszeitraum (+6,80%).

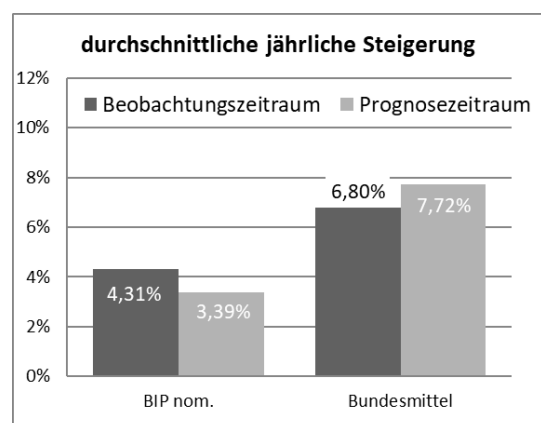
- **Bundesmittel gemessen an den Gesamtaufwendungen (beides inklusive AZ)**

Die Bundesmittel werden bis 2029 auf 28,1% der Gesamtaufwendungen der PV-Träger steigen. Das ist deutlich mehr als in den Jahren 2017 (23,0%) und 2023 (24,7%).



- **Bundesmittel im Vergleich zum BIP**

Für den Prognosezeitraum wird eine geringere Steigerung des nominellen **Bruttoinlandsproduktes** prognostiziert als im Beobachtungszeitraum (+4,31%/+3,39%). Dieser Anstieg des BIP liegt damit aber im Prognosezeitraum noch deutlicher unter dem jährlichen Anstieg der Bundesmittel (+7,72%). Dies erhöht den



Anteil der Bundesmittel am BIP, wie in der **Übersicht 28** und in den **Registern 8 bis 12** der **Zeitreihen** zu sehen ist. Dieser wird 2029 voraussichtlich über 3,8% betragen (2017: 2,6%, 2023: 3,0%).

Entwicklung wichtiger Kenngrößen im Zeitraum 2024-2029

In der **Übersicht 30b** sind wichtige Ergebnisse für jenen Zeitraum dargestellt, der dem Gutachtenteil über die Entwicklung im Bereich der Beamten entspricht (2024-2029). In diesem Zeitraum wird die Zahl der Pflichtversicherten mit +5,20% (jährlich +1,02%) stärker steigen als die Zahl der Pensionen mit +4,18% (jährlich +0,82%). Allerdings entwickeln sich auch hier die Durchschnittspensionen (jährlich +3,68%) aus Sicht der Finanzierbarkeit im Vergleich zur Steigerung der durchschnittlichen Beitragsgrundlagen (jährlich +3,09%) ungünstig. Dies hat zur Folge, dass die Aufwendungen mit +24,12% stärker steigen als die Erträge (+21,81%). Insgesamt steigt der Anteil der Bundesmittel an den Gesamtaufwendungen von 26,92% im Jahr 2024 auf 28,12% im Jahr 2029.

9 Anlagen

9.1 Aktuelle gesetzliche Änderungen mit Auswirkung auf die Finanzierung der gesetzlichen PV

Im Folgenden werden wesentliche gesetzliche Änderungen beschrieben, die seit Vorlage des letzten Gutachtens kundgemacht wurden (November 2023) und finanzielle Auswirkungen auf die Gebarung der PV-Träger hatten bzw. haben.

- **PAG 2024 (BGBl. I Nr. 133/2023)**

Erhöhung des Gesamtpensionseinkommens inklusive Sonderpensionen bis 5.850 € mit dem Anpassungsfaktor 1,097, darüber Fixbetrag 567,45 €.

- **Schutzklausel 2024 (BGBl. I Nr. 133/2023)**

Im Pensionskonto wird die Gesamtgutschrift jährlich mit der Aufwertungszahl erhöht. Aufgrund der Berechnungssystematik kommt es zu einer zeitlich verzögerten Berücksichtigung der zuletzt hohen Inflation, die sich in der Entwicklung der durchschnittlichen Beitragsgrundlagen und damit in der Höhe der Aufwertungszahl widerspiegelt. Um Nachteile für Versicherte, die im Jahr 2023 bereits die Anspruchsvoraussetzungen erfüllen, die Pension aber erst im Jahr 2024 antreten zu vermeiden, wird ein Erhöhungsbetrag in Höhe von 6,2% der Gesamtgutschrift 2022, geteilt durch 14, gewährt. Zum Zeitpunkt der Vorarbeiten für diese Maßnahme wurden Kosten in Höhe von rund 74 Mio. € für das Jahr 2024 errechnet, rund 153 Mio. € für 2025, ansteigend auf rund 167 Mio. € bis 2028. Die Erhöhung der Bundesmittel erfolgt im gleichen Ausmaß.

- **Beitragsübernahme (BGBl. I Nr. 189/2023 – SRÄG 2023)**

Bei Erwerbstätigkeit neben dem Pensionsbezug ab Erreichung des Regelpensionsalters übernimmt der Bund für die Jahre 2024 und 2025 jenen Beitragsteil, der in der Pensionsversicherung auf die versicherte Person fällt, bis zu einer Höhe von 10,25% des doppelten Betrages der im Jahr gültigen Geringfügigkeitsgrenze. Sonderbeiträge sind nicht umfasst. Auch selbständig erwerbstätige Pensionsbezieherinnen und Pensionsbezieher, die nach dem GSVG oder BSVG in der Pensionsversicherung pflichtversichert sind und das Regelpensionsalter bereits erreicht haben, werden im gleichen Ausmaß entlastet.

- **Zuschlag zur Alterspension (BGBl. I Nr. 189/2023 - SRÄG 2023)**

Wird die Pension – trotz Erfüllung der Anspruchsvoraussetzungen – erst nach Vollendung des Regelpensionsalters in Anspruch genommen, beträgt der Zuschlag ab 1.1.2024 anstelle von 4,2% pro Jahr 5,1% pro Jahr, maximal 15,3% (§ 261c ASVG, § 5 APG).

- **Frühe Hilfen (BGBl. I Nr. 190/2023)**

Finanzielle Beteiligung der Pensionsversicherungsträger an der „Frühen-Hilfen-Vereinbarung“ von 2024 bis 2028 in Höhe von jährlich maximal 3,5 Mio. €. Die Bedeckung erfolgt über die Ausfallhaftung des Bundes.

- **Beitrag zum öffentlich finanzierten Impfprogramm (BGBl. I Nr. 191/2023 – VUG 2024)**

Für den Zeitraum 2024 bis 2028 leisten die Träger der Pensionsversicherung für den Bereich Impfen gemäß Art. 31 der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens jährlich 15 Mio. €.

Diese Mittel sind insbesondere für die schrittweise Umsetzung eines umfassenden öffentlich finanzierten Impfprogramms unter Voraussetzung der partnerschaftlichen Drittfinanzierung mit Ländern und den Trägern der gesetzlichen Krankenversicherung einzusetzen.

- **Sonderwochengeld (BGBl. I Nr. 64/2024 – Sonderwochengeld-Gesetz)**

Tritt der Versicherungsfall der Mutterschaft (in der Regel acht Wochen vor dem voraussichtlichen Geburtstermin) während der Karenz, aber nach dem Auslaufen der gewählten Bezugsdauer des Kinderbetreuungsgeldes ein, so liegt keine Pflichtversicherung in der Krankenversicherung aufgrund der karenzierten Beschäftigung vor. Aus diesem Grund besteht nach geltender Rechtslage kein Anspruch auf Wochengeld. Da dies dem Unionsrecht widerspricht, wird ein Sonderwochengeld für die betroffene Personengruppe geschaffen. Die Beiträge für die Pensionsversicherung werden aus der UG22 getragen. Die Regelung gilt rückwirkend ab 1.9.2022. Diese Maßnahme dürfte Schätzungen zufolge nur unwesentliche Mehrkosten in Höhe von rund 2 Mio. € verursachen.

- **Frühstarterbonus (BGBl. I Nr. 106/2024 – SVÄG 2024)**

Der maximale Frühstarterbonus ist ab 1.1.2025 nicht mehr mit der Aufwertungszahl zu vervielfachen, sondern beträgt das 60-fache des jeweils gültigen Frühstarterbonus.

- **Ausnahme Versehrtenrenten aus AZ-Berechnung (BGBl. I Nr. 109/2024)**

Bei der Berechnung der Ausgleichszulage AZ werden ab 1.1.2025 Versehrtenrenten und andere Geldleistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung wie das Versehrtengeld und die an verunfallte BSVG-Versicherte ausgezahlte Betriebsrente künftig nicht mehr bei der Berechnung der Ausgleichszulage berücksichtigt.

Das bedeutet für Personen, die bisher beispielsweise eine Versehrtenrente und eine AZ haben, eine höhere AZ. Dazu kommen neue Fälle, die wegen des Bezuges einer solchen Leistung bisher keine AZ bekommen haben, nun aber einen Anspruch darauf haben. Die Mehrkosten werden in der Größenordnung zwischen 6 und 10 Mio. € liegen.

- **Anpassung 2025 (BGBl. I Nr. 145/2024)**

Erhöhung des Gesamtpensionseinkommens inklusive Sonderpensionen bis 6.060 € mit dem Anpassungsfaktor 1,046, darüber Fixbetrag 278,76 €.

- **Aussetzen der Aliquotierung 2026 (BGBl. I Nr. 145/2024)**

Personen, die 2025 in Pension gehen, erhalten 2026 die volle Pensionsanpassung (Aussetzen der Aliquotierungsregelung um ein weiteres Jahr). Diese Maßnahme verursacht in der gesetzlichen PV Kosten von knapp 40 Mio. €.

- **Schutzklausel 2025 (BGBl. I Nr. 145/2024)**

Wie im Jahr zuvor werden im Jahr 2025 auf Grund der Schutzklausel Versicherte, die in diesem Jahr eine Pension antreten, dauerhaft einen sogenannten „Erhöhungsbetrag“ erhalten. Dieser Erhöhungsbetrag bemisst sich an der Pensionskonto-Gesamtgutschrift 2023 und wertet diese zusätzlich um weitere 4,5% auf. Damit sollen – über das gesamte Pensionsleben wirkende – inflationsbedingte Pensionsverluste vermieden werden. Der Erhöhungsprozentsatz ergibt sich aus dem Unterschied zwischen dem Erhöhungsprozentsatz der Schutzklausel 2024 von 6,2% einerseits und dem sich aus der Aufwertungszahl 2025 (6,3%) und dem Anpassungsfaktor 2025 (4,6%) abgeleiteten Kaufkraftzuwachs (6,3% - 4,6%) andererseits. Dadurch soll eine finanziell gleichbleibende Attraktivität des Pensionsantritts im Jahr 2025 erreicht werden. Die Mehrkosten werden im ersten Jahr zwischen 50 und 60 Mio. € liegen, in den Folgejahren ist vom doppelten Betrag auszugehen.

9.2 Rehabilitation vor Pension – „IP neu“

Seit Inkrafttreten des Sozialrechts-Änderungsgesetzes 2012 gebührt bei Vorliegen von vorübergehender Invalidität von mindestens sechs Monaten

- Rehabilitationsgeld: wenn berufliche Maßnahmen der Rehabilitation nicht zweckmäßig oder nicht zumutbar sind bzw.
- Umschulungsgeld: wenn berufliche Maßnahmen der Rehabilitation zweckmäßig und zumutbar sind.

Die Zahl der Bezieher entwickelte sich seit Einführung folgendermaßen:

Stand im Dezember	Bezieher von	
	Rehabilitationsgeld *)	Umschulungsgeld
2014	11.651	33
2015	19.114	115
2016	20.087	142
2017	20.680	141
2018	21.563	119
2019	20.911	123
2020	18.432	103
2021	18.113	103
2022	18.086	93
2023	18.166	100

*) ab 2020: inklusive öffentlich Bediensteter

Quelle: Versichertenstatistik der Träger, BM für Arbeit und Wirtschaft

Tabelle 18: Zahl der Personen mit Bezug von Rehabilitations- oder Umschulungsgeld

In Jahren 2014 und 2015 entfiel ein großer Teil des Zuganges auf Weitergewährungen nach befristeten Invaliditätspensionen.

Folgende Ersätze wurden von den Pensionsversicherungsträgern geleistet:

	Ersätze für Rehabilitationsgeld inklusive KV-Beiträge	Ersätze für berufliche Maßnahmen der Rehabilitation	gesamt
2014	97,5 Mio. €	0,4 Mio. €	97,9 Mio. €
2015	274,7 Mio. €	6,6 Mio. €	281,3 Mio. €
2016	330,6 Mio. €	5,3 Mio. €	335,9 Mio. €
2017	378,4 Mio. €	6,1 Mio. €	384,5 Mio. €
2018	398,3 Mio. €	6,8 Mio. €	405,1 Mio. €
2019	416,6 Mio. €	6,5 Mio. €	423,1 Mio. €
2020	407,7 Mio. €	5,7 Mio. €	413,3 Mio. €
2021	387,8 Mio. €	8,2 Mio. €	396,0 Mio. €
2022	399,4 Mio. €	7,7 Mio. €	407,1 Mio. €
2023	444,2 Mio. €	6,1 Mio. €	450,3 Mio. €

Quelle: PVA, VAEB / BVAEB, eigene Berechnungen

Tabelle 19: Ersätze für Rehabilitationsgeld und für berufliche Maßnahmen der Rehabilitation

In den Ersätzen für das Rehabilitationsgeld sind neben der Ersatzleistung selbst auch ein pauschaler Krankenversicherungsbeitrag sowie ein Ersatz der anteiligen Verwaltungskosten enthalten. Diese Ersätze finden sich in den **Gebahrungstabellen** des vorliegenden Berichtes in der Position „Übrige Aufwendungen“. Zusätzlich zu diesen Aufwendungen fallen, wie im Kapitel 5 beschrieben, Beiträge für Teilversicherte an, die aus der Untergliederung 22 zu tragen sind.

Die Ersätze für „berufliche Maßnahmen der Rehabilitation“ bzw. für „sonstige Maßnahmen der Arbeitsintegration“ sind in den Erfolgsrechnungen der PV-Träger in der Position „Gesundheitsvorsorge und Rehabilitation“ enthalten. Die Teilversicherungsbeiträge für die Bezieher von Umschulungsgeld werden vom Arbeitsmarktservice AMS getragen und sind in den Erfolgsrechnungen der PV-Träger in der Position „Beiträge für Teilversicherte gemäß § 3 Abs. 1 Z 2 APG“ zu finden.

Zusammengefasst werden folgende Leistungen erbracht:

	Medizinische Rehabilitation	Berufliche Rehabilitation
Geldleistung erbringt	KV-Träger	Arbeitsmarktservice
PV-Träger leisten	<ul style="list-style-type: none"> • Ersätze für Rehabilitationsgeld inklusive KV-Beiträge • Maßnahmen der medizinischen Rehabilitation 	Ersätze für „berufliche Maßnahmen der Rehabilitation“ (Teil der „Gesundheitsvorsorge und Rehabilitation“)
Beiträge für Teilversicherte	UG22	Arbeitsmarktservice

Tabelle 20: Geldflüsse bei medizinischer und beruflicher Rehabilitation

Weiterführende Daten sind auf der Website des Sozialministeriums im „Bericht Rehabilitationsgeld und medizinische Rehabilitation“ unter „Themen → Soziales → Sozialversicherung → Pensionsdaten, Berichte und Studien → Berichte und Studien“ zu finden (www.sozialministerium.at).

9.3 Frühstarterbonus

Seit 2022 erhalten Personen einen Frühstarterbonus für jeden Beitragsmonat auf Grund einer Erwerbstätigkeit, der vor Vollendung des 20. Lebensjahres erworben wurde. Dieser betrug im Jahr 2022 1,00 € und wird jährlich mit der Aufwertungszahl AWZ vervielfacht (2025: 1,14 €). Er ist mit einem Maximalbetrag begrenzt (2022: 60 €, 2025: 68,40 €) und ist ab Zuerkennung der Pension Bestandteil der Pensionsleistung. Der Frühstarterbonus gebührt nur dann, wenn der Pensionsleistung insgesamt mindestens 300 Beitragsmonate auf Grund einer Erwerbstätigkeit zugrunde liegen, von denen mindestens 12 vor Vollendung des 20. Lebensjahres erworben wurden.

Im Jahr 2023 erhielten bereits fast 112.000 Personen einen Frühstarterbonus, mehr als die Hälfte davon Frauen. Von den 118.073 neuzuerkannten Direkt pensionen kam diese Regelung bei fast der Hälfte zur Anwendung. Der durchschnittliche Frühstarterbonus betrug 2023 etwas mehr als 45 €.

Pensionen mit Frühstarterbonus (jeweils im Dezember)		
	2022	2023
Männer	22.646	51.831
Frauen	29.540	60.101
gesamt	52.186	111.932
Anteil Frauen	56,6%	53,7%
durchschn. Höhe:	43,69 €	45,41 €
	2022	2023
Neuzugänge Direkt pensionen	113.230	118.073
davon mit Frühstarterbonus	50.709	58.556
Anteil	44,8%	49,6%

Tabelle 21: Zahl der Pensionen mit Frühstarterbonus 2022 und 2023

9.4 Anpassung und Aufwertung

Gemäß § 108 Abs. 5 ASVG hat der Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz jedes Jahr für das folgende Kalenderjahr den Anpassungsfaktor gemäß § 108f ASVG bis spätestens 30. November eines jeden Jahres durch Verordnung festzusetzen.

Der Anpassungsfaktor ist dabei unter Bedachtnahme auf den Richtwert festzusetzen (§ 108f Abs. 1). Der Richtwert ist gemäß § 108f Abs. 2 ASVG so festzusetzen, dass die Erhöhung der Pensionen auf Grund der Anpassung mit dem Richtwert der Erhöhung der Verbraucherpreise entspricht (Durchschnitt der zwölf Kalendermonate bis zum Juli des Jahres, das dem Anpassungsjahr vorangeht).

August	2023	7,4%
September	2023	6,0%
Oktober	2023	5,4%
November	2023	5,3%
Dezember	2023	5,6%
Jänner	2024	4,6%
Februar	2024	4,1%
März	2024	4,1%
April	2024	3,5%
Mai	2024	3,3%
Juni	2024	3,0%
Juli	2024	2,9%
Durchschnitt		4,6%

Der **Richtwert** für das Jahr **2025** lautet somit **1,046**.

Gemäß § 108h Abs. 1 ASVG sind die Pensionen mit Wirksamkeit ab dem 1. Jänner eines jeden Jahres mit dem Anpassungsfaktor zu vervielfachen. Laut BGBl. I Nr. 145/2024 werden Pensionen nur bis zu einem Gesamtpensionseinkommen von 6.060 € mit dem Anpassungsfaktor von 1,046 erhöht, darüber gebührt ein Fixbetrag in Höhe von 278,76 €, wobei bei der Berechnung des Gesamtpensionseinkommens Sonderpensionen einbezogen werden. Diese Pensionsanpassung wird den Aufwand der Pensionsversicherungsträger im ersten Jahr um rund 2,8 Mrd. € erhöhen. Seit Einführung der „inflationbasierten“ Anpassungsbestimmung kam es – mit Ausnahme der Jahre 2015 bis 2017 – in allen Jahren durch Beschluss einer von § 108h Abs. 1 ASVG abweichenden gesetzlichen Bestimmung zu unterschiedlichen Ausgestaltungen der jeweiligen Pensionserhöhungen (Sonderbestimmungen, fallweise Einmalzahlungen) bzw. auch zu außertourlichen Erhöhungen der Ausgleichszulagenrichtsätze.

Jahr	Richtwert	Erhöhung	Anmerkung
2006	1,025	2,5% Erhöhung für Pensionen bis zur halben HöchstBG, d.s. 1.875 €; für höhere Pensionen: 46,88 € Fixbetrag (§617 Abs. 9 ASVG)	
2007	1,016	1,6% Erhöhung für Pensionen bis zur halben HöchstBG, d.s. 1.920 €; für höhere Pensionen: 30,72 € Fixbetrag (§617 Abs. 9 ASVG) zusätzlich Einmalzahlung	
2008	1,017	Pensionen bis 747 € werden um 1,7% erhöht Pensionen von 747 € bis 1.050 € werden um 21 € erhöht Pensionen von 1.050 € bis 1.700 € werden um 2,0% erhöht Pensionen von 1.700 € bis 2.161,50 € werden von 2,0% bis 1,7% erhöht Pensionen über 2.161,50 € werden um 36,75 € erhöht (68.Novelle zum ASVG (§634 Abs.10)) zusätzlich Einmalzahlung	aufgrund eines EUGH-Urteiles wurden Pensionen bis 747 € nachträglich um +1,1% erhöht (BGBl. I Nr. 76/2012)
2009	1,032	3,4% Erhöhung für Pensionen bis zu 60% der HöchstBG; d.s. 2.412 € für höhere Pensionen: 82,01 € Fixbetrag (SRÄG 2008, §634 Abs.12 ASVG)	Die Anp. der Pensionen für 2009 erfolgte bereits im Nov. 2008
2010	1,015	1,5% Erhöhung für Pensionen bis zu 60% der HöchstBG; d.s. 2.466 € für höhere Pensionen: 36,99 € Fixbetrag (§634 Abs.12 ASVG) zusätzlich Einmalzahlung	Die Auszahlung der Einmalzahlung 2010 erfolgte bereits im Dez. 2009
2011	1,012	1,2% Erhöhung für Pensionen bis zu 2.000 €, zwischen 2.000 € und 2.310 € sinkt der Prozentsatz von 1,2% auf 0,0% (§658 Abs.6 ASVG)	
2012	1,027	2,7% Erhöhung für Pensionen bis zu 3.300 €, zwischen 3.300 € und 5.940 € sinkt der Prozentsatz von 2,7% auf 1,5%, mehr als 5.940 €: 1,5% (§663 Abs.4 ASVG)	
2013	1,028	1,8% Erhöhung für alle Pensionen (Richtwert aufgrund 2. Stabilitätsgesetz 2012 um 1%-Punkt verringert)	
2014	1,024	1,6% Erhöhung für alle Pensionen (Richtwert aufgrund 2. Stabilitätsgesetz 2012 um 0,8%-Punkte verringert)	
2015	1,017	1,7% Erhöhung für alle Pensionen	
2016	1,012	1,2% Erhöhung für alle Pensionen zusätzlich Einmalzahlung zur Dezemberpension in Höhe von 100 €	
2017	1,008	0,8% Erhöhung für alle Pensionen	
2018	1,016	Gesamtpensionseinkommen wird erhöht, wenn es nicht mehr als 1.500 € monatlich beträgt, um 2,2% über 1.500 € bis zu 2.000 € monatlich beträgt, um 33 € über 2.000 € bis zu 3.355 € monatlich beträgt, um 1,6% über 3.355 € bis zu 4.980 € monatlich beträgt, von 1,6% bis 0% mehr als 4.980 € monatlich beträgt: keine Erhöhung (BGBl. I Nr. 151/2017)	Gesamtpens.einkommen inkl. aller Pensionen gem. Sonderpensionenbegr.ges. (BGBl. I Nr. 46/2014)
2019	1,020	Gesamtpensionseinkommen wird erhöht, wenn es nicht mehr als 1.115 € monatlich beträgt, um 2,6% über 1.115 € bis zu 1.500 € monatlich beträgt, von 2,6% bis 2,0% über 1.500 € bis zu 3.402 € monatlich beträgt, um 2,0% über 3.402 € monatlich beträgt, um 68 € (BGBl. I Nr. 99/2018)	Summe aller Pensionen aus der gesetzlichen Pensionsversicherung
2020	1,018	Gesamtpensionseinkommen wird erhöht, wenn es nicht mehr als 1.111 € monatlich beträgt, um 3,6% über 1.111 € bis zu 2.500 € monatlich beträgt, von 3,6% bis 1,8% über 2.500 € bis zu 5.220 € monatlich beträgt, um 1,8% über 5.220 € monatlich beträgt, um 94 € (BGBl. I Nr. 98/2019 und BGBl. I Nr. 103/2019)	Gesamtpens.einkommen inkl. aller Pensionen gem. Sonderpensionenbegr.ges. (BGBl. I Nr. 46/2014)
2021	1,015	Gesamtpensionseinkommen wird erhöht, wenn es nicht mehr als 1.000 € monatlich beträgt, um 3,5% über 1.000 € bis zu 1.400 € monatlich beträgt, von 3,5% bis 1,5% über 1.400 € bis zu 2.333 € monatlich beträgt, um 1,5% über 2.333 € monatlich beträgt, um 35 € (BGBl. I Nr. 135/2020)	Summe aller Pensionen aus der gesetzlichen Pensionsversicherung
2022	1,018	Gesamtpensionseinkommen wird erhöht, wenn es nicht mehr als 1.000 € monatlich beträgt, um 3,0% über 1.000 € bis zu 1.300 € monatlich beträgt, von 3,0% bis 1,8% über 1.300 € monatlich beträgt, um 1,8% (BGBl. I Nr. 210/2021) zusätzlich Zahlungen betr. Teuerungsausgleich	Gesamtpens.einkommen inkl. aller Pensionen gem. Sonderpensionenbegr.ges.
2023	1,058	Gesamtpensionseinkommen wird erhöht, wenn es nicht mehr als 5.670 € monatlich beträgt, um 5,8% darüber um 328,86 € (BGBl. I Nr. 175/2022) zusätzlich Direktzahlung am 1.3.2023	Gesamtpens.einkommen inkl. aller Pensionen gem. Sonderpensionenbegr.ges.
2024	1,097	Gesamtpensionseinkommen wird erhöht, wenn es nicht mehr als 5.850 € monatlich beträgt, um 9,7% darüber um 567,45 € (BGBl. I Nr. 133/2023)	Gesamtpens.einkommen inkl. aller Pensionen gem. Sonderpensionenbegr.ges.

Tabelle 22: Erhöhung der Pensionen seit 2006

Die Anpassung im 1. Jahr nach Pensionsantritt wurde in der Vergangenheit bereits mehrfach geändert. Seit 1.1.2022 erfolgt die Pensionsanpassung für Pensionen mit Stichtag im vorangegangenen Kalenderjahr grundsätzlich aliquot (Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 2020 - BGBl. I Nr. 28/2021). 2023 betrug der aliquote Anteil gemäß PAG 2023 mindestens 50% des Anpassungsfaktors, die Anpassung erfolgte daher zumindest mit 2,9% (maximal 164,43 €). In den Jahren 2024 bis 2026 ist die Aliquotierung ausgesetzt (Zugänge 2023 bis 2025), da sich aufgrund der hohen Inflation durch die aliquote Anpassung ein hoher Verlust für die jeweiligen Neuzugänge ergeben würde.

	Anpassung im 1. Jahr	gültig für Anpassung ab
Anpassung gemäß §108h Abs. 1 ASVG, § 50 GSVG, § 46 BSVG	voll	
Budgetbegleitgesetz 2003	keine	1.1.2004
Sozialrechts-Änderungsgesetz 2008	voll	1.1.2009
Budgetbegleitgesetz 2011	keine	1.1.2011
Pensionsanpassungsgesetz 2020 bzw. Steuerreformgesetz 2020	voll	1.1.2020
Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 2020	aliquot	1.1.2022
Pensionsanpassungsgesetz 2023	aliquot, aber mind.50% der regulären Anpassung	gilt nur für Anpassung am 1.1.2023
BGBl. I Nr. 36/2023	voll	gültig für die Anpassungen 2024 und 2025
BGBl. I Nr. 145/2024	voll	gültig für die Anpassung 2026

Tabelle 23: Anpassung der Pensionen im 1. Jahr nach Pensionsantritt

Die Berechnung des Richtwertes seit 2006 und die zugehörigen Inflationsraten sind in der folgenden Tabelle zu sehen.

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	
Jahresinflationen																						
Jänner	1,1	2,9	1,2	1,6	3,2	1,2	1,2	2,4	2,8	2,7	1,6	0,7	1,2	2,0	1,8	1,8	2,0	0,8	5,0	11,2	4,6	
Februar	1,4	2,8	1,2	1,6	3,2	1,3	1,0	3,0	2,6	2,5	1,5	0,8	1,0	2,2	1,8	1,5	2,2	1,2	5,8	10,9	4,1	
März	1,5	2,9	1,0	1,8	3,5	0,8	2,0	3,1	2,4	2,3	1,7	1,0	0,7	1,9	1,9	1,8	1,6	2,0	6,8	9,2	4,1	
April	1,6	2,6	1,7	1,8	3,3	0,7	2,0	3,3	2,3	2,0	1,7	1,0	0,5	2,1	1,8	1,7	1,5	1,9	7,2	9,6	3,5	
Mai	2,1	2,3	1,7	2,0	3,7	0,3	1,9	3,3	2,1	2,3	1,8	1,0	0,6	1,9	1,9	1,7	0,7	2,8	7,7	8,9	3,3	
Juni	2,3	2,3	1,5	2,0	3,9	-0,1	2,0	3,3	2,2	2,2	1,9	1,0	0,6	1,9	2,0	1,6	1,1	2,8	8,7	8,0	3,0	
Juli	2,2	2,2	1,5	2,1	3,8	-0,3	1,9	3,5	2,1	2,0	1,8	1,2	0,6	2,0	2,1	1,4	1,7	2,9	9,4	7,0	2,9	
August	2,3	2,0	1,8	1,7	3,7	0,3	1,7	3,5	2,2	1,8	1,7	1,0	0,6	2,1	2,2	1,5	1,4	3,2	9,3	7,4		
September	2,1	2,4	1,4	2,1	3,8	0,1	1,9	3,6	2,7	1,7	1,6	0,7	0,9	2,4	2,0	1,2	1,4	3,3	10,6	6,0		
Oktober	2,6	2,0	1,2	2,8	3,1	0,2	2,1	3,4	2,8	1,4	1,6	0,7	1,3	2,2	2,2	1,1	1,3	3,7	11,0	5,4		
November	2,6	1,6	1,6	3,1	2,3	0,7	1,9	3,6	2,8	1,4	1,7	0,6	1,3	2,3	2,2	1,1	1,3	4,3	10,6	5,3		
Dezember	2,9	1,6	1,5	3,6	1,3	1,0	2,3	3,2	2,8	1,9	1,0	1,0	1,4	2,2	1,9	1,7	1,2	4,3	10,2	5,6		
Jahresinflation	2,1	2,3	1,5	2,2	3,2	0,5	1,9	3,3	2,4	2,0	1,7	1,7	0,9	2,1	2,0	1,5	1,4	2,8	8,6	7,8		
Richtwert ¹⁾	1,5	1,5	2,5	1,6	1,7	3,2	1,5	1,2	2,7	2,8	2,4	1,7	1,2	0,8	1,6	2,0	1,8	1,5	1,8	5,8	9,7	4,6
ungerundet	1,5417	1,5250	2,5417	1,6167	1,7000	3,1583	1,5083	1,1917	2,6500	2,8167	2,4417	1,6833	1,1917	0,7667	1,6250	2,0417	1,8333	1,4500	1,7500	5,7858	9,7083	

1) VPI von August des zweitvorangegangenen Jahres bis Juli des Vorjahres

Tabelle 24: Berechnung des Richtwertes seit 2006, Inflationsraten

Die Ausgleichszulagenrichtsätze wurden 2024 wie gesetzlich vorgesehen mit dem Anpassungsfaktor erhöht, auch 2025 wird die Erhöhung mit dem Anpassungsfaktor erfolgen.

Richtsatz	2023	2024	Steigerung	2025	Steigerung
Alleinstehende	1.110,26 €	1.217,96 €	+ 9,7%	1.273,99 €	+ 4,6%
Verheiratete	1.751,56 €	1.921,46 €	+ 9,7%	2.009,85 €	+ 4,6%

Tabelle 25: Erhöhung der AZ-Richtsätze

Die Richtsätze für den Bonus zu einer Ausgleichszulage bzw. zur Pension, der seit 1.1.2020 für langzeitversicherte Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt im Inland gewährt wird, betragen:

	Alleinstehende (§299a Abs. 1 und 2 ASVG)	Alleinstehende (§299a Abs. 3 und 4 ASVG)	Verheiratete (§299a Abs. 5 und 6 ASVG)
Beitragsmonate	360	480	480
Anspruchsgrenze			
2020	1.080,00 €	1.315,00 €	1.782,00 €
2021 *)	1.113,48 €	1.339,99 €	1.808,73 €
2022 *)	1.141,83 €	1.364,11 €	1.841,29 €
2023	1.208,06 €	1.443,23 €	1.948,08 €
2024	1.325,24 €	1.583,22 €	2.137,04 €
2025	1.386,20 €	1.656,05 €	2.235,34 €
*) Die Anspruchsgrenzen wurden entsprechend ihrer Lage im Einschleifbereich der Pensionsanpassung erhöht.			

Tabella 26: Entwicklung der Richtsätze für AZ- bzw. Pensionsbonus

Für die Jahre ab 2026 wird im vorliegenden Gutachten von einer Erhöhung der Pensionen und Ausgleichszulagenrichtsätze in Höhe des Richtwertes ausgegangen, was einem Inflationsausgleich entspricht (**Übersicht 4**). Die Erhöhung der Richtsätze mit dem Anpassungsfaktor entspricht der geltenden Rechtslage, von der allerdings – wie bei der Anpassung der Pensionen – in der Vergangenheit mehrfach abgewichen wurde:

Jahr	Richtwert	Anpassung der Pensionen	Erhöhung der Richtsätze
2018	1,016	gestaffelt entsprechend Gesamtpensionseinkommen	2,2%
2019	1,020	gestaffelt entsprechend Gesamtpensionseinkommen	2,6%
2020 *)	1,018	gestaffelt entsprechend Gesamtpensionseinkommen	3,6%
2021	1,015	gestaffelt entsprechend Gesamtpensionseinkommen	3,5%
2022	1,018	gestaffelt entsprechend Gesamtpensionseinkommen	3,0%
2023	1,058	gestaffelt entsprechend Gesamtpensionseinkommen	7,74%

Tabella 27: außertourliche Erhöhungen der AZ-Richtsätze

*) Die Ausgleichszulagenrichtsätze wurden 2020 nicht mit dem Anpassungsfaktor (1,018) angepasst, sondern um 3,6% erhöht. Der Richtsatz für Ehepaare wurde in einem ersten Schritt auf 1.472 € erhöht (BGBl. I Nr. 98/2019). Die Festsetzung des Verheiratetenrichtsatzes in Höhe von 1.472 € war notwendig, um angesichts der ab 2020 eingeführten Steuerpflicht der Ausgleichszulage Verluste für Bezieher zu verhindern. Nachträglich wurde dieser

Richtsatz um 3,6% auf 1.524,99 € erhöht um zu gewährleisten, dass auch diese Bezieher von der Pensionsanpassung profitieren. Auch dies trug 2020 zu einer Steigerung des Aufwandes bei.

Bis zum 31.12.2016 waren folgende Berechnungen ebenfalls Aufgabe der „Kommission zur langfristigen Pensionssicherung“:

- Aufwertungszahl nach § 108 Abs. 2 ASVG
- Höchstbeitragsgrundlage nach § 108 Abs. 3 ASVG
- Aufwertungsfaktoren nach § 108 Abs. 4 ASVG.

Durch den Wegfall dieser Bestimmung hat nun der Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz gemäß § 108 ASVG jedes Jahr für das folgende Kalenderjahr eine Aufwertungszahl (Abs. 2), eine Höchstbeitragsgrundlage (Abs. 3), Aufwertungsfaktoren (Abs. 4) und die festen Beträge (Abs. 6) zu ermitteln und kundzumachen.

Die **Aufwertungszahl** für das Jahr **2025** lautet: **1,063**.

	Pflichtbeiträge (inklusive Partnerleistung)	Pflicht- versicherte	Beitrags- grundlage
Vergleichsjahr: 2022	37.538.030.696,46 €	4.295.687	3.193,91 €
Ausgangsjahr: 2023	40.479.161.692,19 €	4.357.357	3.395,41 €

Tabelle 28: Berechnung der Aufwertungszahl 2025

Aus den vorstehenden Durchschnittsgrößen errechnet sich die Steigerung der Beitragsgrundlagen mit

$$3.395,41 : 3.193,91 = 1,0630888$$

Daraus ergeben sich folgende **Höchstbeitragsgrundlagen 2025**:

Höchstbeitragsgrundlage	2024	2025	Steigerung in €	Steigerung in %
täglich	202 €	215 €	13 €	6,44%
monatlich - ASVG	6.060 €	6.450 €	390 €	6,44%
monatlich – GSVG, BSVG	7.070 €	7.525 €	455 €	6,44%

Tabelle 29: tägliche und monatliche Höchstbeitragsgrundlagen 2024 und 2025

Die relativen Erhöhungen der Höchstbeitragsgrundlagen entsprechen nur annähernd den Aufwertungszahlen, weil bei der Festsetzung der täglichen Höchstbeitragsgrundlage gemäß § 108 Abs. 3 ASVG diese auf den vollen Eurobetrag zu runden ist.

Die Entwicklung von Aufwertungszahl (AWZ) und Höchstbeitragsgrundlage (HBG) ist in der folgenden Übersicht zu sehen.

	Aufwertungs- zahl AWZ	tägliche Höchstbeitrags- grundlage	Steigerung		monatliche Höchstbeitrags- grundlage ASVG
			abs.	rel.	
2001		107,56 €			3.227 €
2002	1,018	109 €	1,44 €	1,34%	3.270 €
2003	1,026	112 €	3 €	2,75%	3.360 €
2004	1,022	115 € 1)	3 €	2,68%	3.450 €
2005	1,023	121 € 1)	6 €	5,22%	3.630 €
2006	1,030	125 €	4 €	3,31%	3.750 €
2007	1,024	128 €	3 €	2,40%	3.840 €
2008	1,023	131 €	3 €	2,34%	3.930 €
2009	1,025	134 €	3 €	2,29%	4.020 €
2010	1,024	137 €	3 €	2,24%	4.110 €
2011	1,021	140 €	3 €	2,19%	4.200 €
2012	1,006	141 €	1 €	0,71%	4.230 €
2013	1,028	148 € 1)	7 €	4,96%	4.440 €
2014	1,022	151 €	3 €	2,03%	4.530 €
2015	1,027	155 €	4 €	2,65%	4.650 €
2016	1,024	162 € 1)	7 €	4,52%	4.860 €
2017	1,024	166 €	4 €	2,47%	4.980 €
2018	1,029	171 €	5 €	3,01%	5.130 €
2019	1,020	174 €	3 €	1,75%	5.220 €
2020	1,031	179 €	5 €	2,87%	5.370 €
2021	1,033	185 €	6 €	3,35%	5.550 €
2022	1,021	189 €	4 €	2,16%	5.670 €
2023	1,031	195 €	6 €	3,17%	5.850 €
2024	1,035	202 €	7 €	3,59%	6.060 €
2025	1,063	215 €	13 €	6,44%	6.450 €

1) außerordentliche Erhöhungen:

2004: +1 € (gemäß Budgetbegleitgesetz 2003)

2005: +3 € (gemäß Pensionsharmonisierungsgesetz)

2013: +3 € (gemäß 2. Stabilitätsgesetz 2012)

2016: +3 € (gemäß Steuerreformgesetz 2015/2016)

Tabelle 30: Entwicklung von Aufwertungszahl und Höchstbeitragsgrundlage

Die **Aufwertungsfaktoren** eines Kalenderjahres errechnen sich gemäß § 108 Abs. 4 ASVG durch Vervielfachung der zuletzt in Geltung gestandenen Aufwertungsfaktoren mit dem Anpassungsfaktor des Vorjahres. Sie sind auf drei Dezimalstellen zu runden. Der Reihe dieser Aufwertungsfaktoren ist der Anpassungsfaktor des Vorjahres als Aufwertungsfaktor für die Beitragsgrundlagen des zweitvorangegangenen Kalenderjahres anzufügen.

Der Anpassungsfaktor des Vorjahres (2024) betrug 1,097.

9.5 Teuerungsausgleiche im Jahr 2022 und 2023

Die Inflation entwickelte sich im Beobachtungszeitraum folgendermaßen:



Abbildung 22: Entwicklung der Verbraucherpreise 2017-2023

Um die Auswirkungen der hohen Inflation in der jüngeren Vergangenheit abzufedern wurden im Jahr 2022 mehrere Maßnahmen gesetzt, die in diesem Jahr den Aufwand in der gesetzlichen Pensionsversicherung erhöhten.

- 1) Einmalzahlung in Höhe von 150 € an Bezieher einer AZ
- 2) Teuerungsausgleich in Höhe von 150 € an Bezieher einer AZ
- 3) weiterer Teuerungsausgleich in Höhe von 300 € an Bezieher einer AZ
- 4) außerordentliche Einmalzahlung an Pensionisten anstelle eines Teuerungssatzbetrages in Höhe von maximal 500 €, abhängig vom Gesamtpensionseinkommen

Diese Maßnahmen verursachten in der gesetzlichen Pensionsversicherung Kosten von insgesamt 546,3 Mio. €.

Im Zuge des Pensionsanpassungsgesetzes 2023 wurde eine weitere Direktzahlung an alle Bezieher einer gesetzlichen Pension in Höhe von maximal 500 €, abhängig vom Gesamtpensionseinkommen, beschlossen. Die Ausgaben dafür finden sich in den übrigen Aufwendungen des Jahres 2023 und erhöhen den Bundesbeitrag und in weiterer Folge die Bundesmittel in diesem Jahr erneut um 522,8 Mio. €.

9.6 Prognoserisiken

Im Folgenden wird zusammengefasst, welche makroökonomischen oder demografischen Parameter die Gebarung der Pensionsversicherung beeinflussen und damit zu einem Steigen bzw. Sinken der Bundesmittel führen können.

Steigt die Zahl der Pensionen bzw. die Höhe der Durchschnittspensionen, so steigt der Pensionsaufwand und in weiterer Folge auch die Ausfallhaftung. Steigt die Zahl der Versicherten und/oder die Höhe der durchschnittlichen Beitragsgrundlage, so steigen die Pflichtbeiträge und die Ausfallhaftung sinkt. Wesentlichen Einfluss auf die Höhe und den Verlauf der Ausfallhaftung hat daher alles, was auf die Parameter Durchschnittspension, Pensionsstand, Beitragsgrundlage und Anzahl der Versicherten wirkt. Dazu zählen Faktoren wie die demografische Zusammensetzung der Bevölkerung, die wirtschaftliche Entwicklung (insbesondere die Preis- und die Einkommensentwicklung sowie der Beschäftigtenstand) und die rechtlichen Rahmenbedingungen betreffend Zugangsvoraussetzungen und Ermittlung der Leistungshöhe.

Pensionsaufwand (zuzüglich Beiträge zur KV der Pensionisten):

Der Pensionsaufwand (inklusive die von ihm linear abhängigen Zahlungen an die Krankenversicherung) ist die größte Einzelposition in der Gebarung der Pensionsversicherung (siehe auch Abbildung 1). Er ergibt sich multiplikativ aus dem Pensionsstand und der Durchschnittspension. Die Prognoseunsicherheit bezüglich des **Pensionsstandes** ist aufgrund der demografischen Ausgangslage, die bekannt ist, nicht allzu groß. Zwar kommt es durchaus zu Verschiebungen zwischen Einzeljahren, die potentielle Schwankungsbreite ist jedoch im Hinblick auf ihre finanziellen Auswirkungen kleiner als beispielsweise die Schwankungsbreite der Prognose der Versichertenstände.

Die **Durchschnittspension** hängt maßgeblich von der Inflationsentwicklung ab. Die Inflation wirkt über die jährliche **Pensionsanpassung**, welche per Annahme dem Anpassungsfaktor entspricht und daher rechnerisch mit der Inflationsprognose zusammenhängt. Hier können sich Abweichungen der tatsächlichen Entwicklung von der Prognose stark auswirken, insbesondere, wenn die Abweichung über mehrere Jahre in die gleiche Richtung geht. Im Bereich des Pensionsaufwands ist daher die Unsicherheit über die künftige Inflationsentwicklung das größte Prognoserisiko. Im Zusammenhang mit der Pensionsanpassung sind potentiell abweichende Pensionsanpassungen ebenfalls ein Unsicherheitsfaktor. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass

sich die Annahme einer Pensionsanpassung mit dem Anpassungsfaktor oft als falsch herausgestellt hat. Zuletzt ist der Struktureffekt ein potentieller Grund für Abweichungen. Die auf den Struktureffekt rückführbare Prognoseunsicherheit ist jedoch überschaubar, da sich rückblickend die Annahme eines mittleren jährlichen Struktureffekts zwischen 0,9% und 1,4% über einen mittelfristigen Zeitraum als zutreffend herausgestellt hat.

Pflichtbeiträge

Die Pflichtbeiträge sind nach dem Pensionsaufwand die zweitgrößte Einzelposition in der Gebarung der Pensionsversicherung (siehe Abbildung 1). Sie ergeben sich multiplikativ aus der durchschnittlichen **Beitragsgrundlage** und dem **Versichertenstand**. Für den Versichertenstand gibt es nur in sehr abgeschwächter Form einen „demografischen Rahmen“ wie für die Zahl der Pensionsbezieher, denn er wird auch durch Zu-/Abwanderung und Änderungen im Erwerbsverhalten beeinflusst. Seine Prognose ist daher ähnlich „offen“ wie die Prognose der Beitragsgrundlage. Die Beitragsgrundlage ist im Wesentlichen ebenfalls inflationsabhängig, der Zusammenhang ist jedoch weniger strikt als zwischen Inflation und Anpassungsfaktor. Bei der Beitragsgrundlage ist daher neben der Prognoseunsicherheit über die Inflation entscheidend, wie sich die Inflation über den Mechanismus der Lohnverhandlungen in einen Anstieg der pro-Kopf-Einkommen abbildet. Dieser Teil der Prognoseunsicherheit liegt bei den Wirtschaftsforschungsinstituten. Der andere Teil der Unsicherheit ergibt sich aus der Frage, wie sich die Entwicklung der pro-Kopf-Einkommen auf die durchschnittliche Beitragsgrundlage auswirkt.

Beiträge für Teilversicherte

Die maßgeblichen Größen im Bereich der Teilversicherten sind die **Beiträge für Kindererziehungszeiten** und die **Beiträge für Arbeitslose**. Betreffend die Beiträge für Kindererziehungszeiten ist es mittlerweile gelungen, eine relativ präzise Prognose zu errechnen. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen (4 Jahre ab Geburt des Kindes) ermöglichen es, zumindest einen Teil der erwarteten Mittel auf Basis der Geburtenstatistik zu prognostizieren, für zum Zeitpunkt der Gutachtenserstellung noch nicht Geborene kann auf Geburtenprognosen der Statistik Austria zurückgegriffen werden, die zumindest für den mittelfristigen Prognosezeitraum relativ treffsicher sind.

Mit weit größeren Unsicherheiten ist die Prognose der Beiträge für Arbeitslose behaftet. Die Zahl der Arbeitslosen unterliegt konjunkturellen Schwankungen, die eine ebenso große Unsicherheit aufweisen, wie die Konjunkturprognose per se. Ceteris paribus bewirken mehr Arbeitslose höhere Beitragseinnahmen aus dieser Gruppe. Da allerdings hohe Arbeitslosenzahlen im Regelfall mit einer schwachen Beschäftigungsentwicklung einhergehen (wenngleich Arbeitslose und Beschäftigte keine vollkommen „kommunizierenden Gefäße“ darstellen), ist hohe Arbeitslosigkeit für die Pensionsversicherung per Saldo kein wünschenswerter Zustand.

Gesetzliche Maßnahmen

Zusätzlich haben Maßnahmen, die vom Gesetzgeber oft auch kurzfristig getroffen werden, Einfluss auf die Gebarung. In der Vergangenheit waren dies, wie bereits dargelegt, beispielsweise Einmalzahlungen/Direktzahlungen oder eine geänderte Form der Pensionsanpassung (beispielsweise gestaffelte Anpassung über dem errechneten Anpassungsfaktor in Höhe des Richtwertes oder verringerte Anpassungen wie in den Jahren 2013 und 2014). Aus den letzten beiden Jahren wären hier auch die Schutzklauseln und die dreimalige Aussetzung der Aliquotierung zu nennen.

9.7 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Ausgaben und Einnahmen gesetzliche Pensionsversicherung 2023.....	7
Abbildung 2: Zusammensetzung der Beiträge für Teilversicherte 2023	9
Abbildung 3: Zusammensetzung der Bundesmittel 2023	11
Abbildung 4: Entwicklung der Bundesmittel, Anteil am BIP	13
Abbildung 5: Änderung der Bundesmittel im Vergleich zum Vorjahr	13
Abbildung 6: Dynamik Bundesmittel 2023-2029	17
Abbildung 7: Zahl der AZ-Bezieher und Aufwand für AZ.....	20
Abbildung 8: Dynamik Pensionsaufwand 2023-2029	23
Abbildung 9: Änderung des Pensionsaufwandes	24
Abbildung 10: Entwicklung der Bevölkerung Alter 60-65 Jahre, Änderung zum Vorjahr.....	26
Abbildung 11: Entwicklung der Lebendgeborenen seit 1950	26
Abbildung 12: Anteil der Bevölkerung 60-65 an der Bevölkerung 15-64	27
Abbildung 13: Anstieg Pensionsantrittsalter Frauen	28
Abbildung 14: Veränderung des Pensionsstandes zum Vorjahr	30
Abbildung 15: Entwicklung der Pensionen nach Pensionsarten.....	32
Abbildung 16: Entwicklung Zahl der Männer - Alter 62	35
Abbildung 17: Entwicklung Anpassung und Steigerung der Durchschnittspensionen	42
Abbildung 18: Dynamik Pflichtbeiträge 2023-2029	48
Abbildung 19: Entwicklung der Zahl der Pflichtversicherten nach Versichertengruppen	50
Abbildung 20: Zahl der Pflichtversicherungen pro Pensionsleistung	54
Abbildung 21: Anteil der Bundesmittel an den Aufwendungen.....	55
Abbildung 22: Entwicklung der Verbraucherpreise 2017-2023.....	74

9.8 Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Entwicklung der Zahl der Personen mit Bezug eines AZ- oder Pensionsbonus....	20
Tabelle 2: Aufwand für AZ- bzw. Pensionsbonus.....	21
Tabelle 3: Änderung des Pensionsaufwandes	24
Tabelle 4: Zugangsvoraussetzungen 2024.....	29
Tabelle 5: Entwicklung des Pensionsstandes nach Versichertengruppe.....	31
Tabelle 6: Entwicklung des Pensionsstandes nach Pensionsart.....	32
Tabelle 7: Entwicklung der Zahl der Invaliditätspensionen.....	33
Tabelle 8: Erstmalige Neuzuerkennungen Alterspensionen - Frauen 2017 bzw. 2023	34
Tabelle 9: Erstmalige Neuzuerkennungen Alterspensionen – Männer 2023.....	35
Tabelle 10: Erstmalige Neuzuerkennungen - Langzeitversicherung mit Schwerarbeit	37
Tabelle 11: Steigerung der Durchschnittspensionen nach Geschlecht seit dem Jahr 2000 ..	40
Tabelle 12: Entwicklung der Durchschnittspensionen	42
Tabelle 13: Pensionsleistungen - Pensionsbezieher.....	43
Tabelle 14: Beitragssätze im Jahr 2024.....	49
Tabelle 15: Entwicklung der Zahl der Pflichtversicherten nach Versichertengruppen	50
Tabelle 16: Entwicklung der Durchschnittspensionen nach Versichertengruppe	52
Tabelle 17: Entwicklung der Pensionsquote	53
Tabelle 18: Zahl der Personen mit Bezug von Rehabilitations- oder Umschulungsgeld.....	63
Tabelle 19: Ersätze für Rehabilitationsgeld und für berufliche Maßnahmen der Rehabilitation.....	63
Tabelle 20: Geldflüsse bei medizinischer und beruflicher Rehabilitation.....	64
Tabelle 21: Zahl der Pensionen mit Frühstarterbonus 2022 und 2023.....	65
Tabelle 22: Erhöhung der Pensionen seit 2006	67
Tabelle 23: Anpassung der Pensionen im 1. Jahr nach Pensionsantritt.....	68
Tabelle 24: Berechnung des Richtwertes seit 2006, Inflationsraten.....	69
Tabelle 25: Erhöhung der AZ-Richtsätze	69
Tabelle 26: Entwicklung der Richtsätze für AZ- bzw. Pensionsbonus	70
Tabelle 27: außertourliche Erhöhungen der AZ-Richtsätze	70
Tabelle 28: Berechnung der Aufwertungszahl 2025	71
Tabelle 29: tägliche und monatliche Höchstbeitragsgrundlagen 2024 und 2025.....	71
Tabelle 30: Entwicklung von Aufwertungszahl und Höchstbeitragsgrundlage.....	72

9.9 Übersichten, Tabellen und Zeitreihen

Auf den folgenden Seiten ist das dem Bericht zugrundeliegende Zahlenmaterial zu finden, auf das im Fließtext Bezug genommen wird.

Übersichten 1 bis 32:

Annahmen und Ergebnisse der Berechnungen im Beobachtungszeitraum bzw. Prognosezeitraum

Tabellen 1 bis 7:

Gebarungstabellen der einzelnen PV-Träger

Zeitreihen Register 1 bis 16:

Zeitreihen über den Zeitraum 1970 bis 2029
für diverse Gebarungspositionen

Die wichtigsten Daten zur Wirtschaftslage

	BIP real	BIP nominell 1)	Inflations- rate	Pro-Kopf Einkommen
2017	+2,3%	+3,3%	+2,1%	+1,5%
2018	+2,5%	+4,3%	+2,0%	+2,6%
2019	+1,8%	+3,3%	+1,5%	+2,9%
2020	-6,3%	-3,9%	+1,4%	+2,2%
2021	+4,8%	+6,8%	+2,8%	+2,7%
2022	+5,3%	+10,3%	+8,6%	+4,9%
2023	-1,0%	+5,6%	+7,8%	+6,9%
2024	-0,6%	+3,7%	+3,1%	+7,8%
2025	+1,0%	+3,1%	+2,2%	+3,4%
2026	+1,5%	+3,5%	+2,0%	+2,6%
2027	+1,5%	+3,4%	+2,0%	+2,5%
2028	+1,4%	+3,4%	+2,0%	+2,4%
2029	+1,3%	+3,2%	+2,0%	+2,2%
2017 / 2023	+6,8%	+28,8%	+26,3%	+24,3%
2023 / 2029	+6,2%	+22,1%	+14,1%	+22,7%
2024 / 2029	+6,9%	+17,7%	+10,6%	+13,8%

1) BIP gem. ESVG 2010

Arbeitsmarkt

	Unselbständig aktiv Beschäftigte Steigerung	Beschäftigte Anzahl	Arbeits- lose	Arbeitslosen- rate
		in 1.000	in 1.000	
2017	+2,0%	3.573	340	8,5%
2018	+2,5%	3.661	312	7,7%
2019	+1,6%	3.720	301	7,4%
2020	-2,0%	3.644	410	9,9%
2021	+2,5%	3.734	332	8,0%
2022	+3,0%	3.845	263	6,3%
2023	+1,2%	3.889	271	6,4%
2024	+0,2%	3.896	299	7,0%
2025	+0,7%	3.922	308	7,2%
2026	+0,8%	3.956	299	6,9%
2027	+0,8%	3.987	286	6,6%
2028	+0,7%	4.016	272	6,2%
2029	+0,7%	4.045	248	5,7%
2017 / 2023	+9,0%			
2023 / 2029	+4,0%			
2024 / 2029	+3,8%			

Aufwertungszahlen und Anpassungsfaktoren

	Richtzahl und Anpassungsfaktor	
1966		1,070
1967		1,081
1968		1,064
1969		1,071
1970		1,054
1971		1,071
1972		1,074
1973		1,090
1974		1,104
1975		1,102
1976		1,115
1977		1,070
1978		1,069
1979		1,065
1980		1,056
1981		1,051
1982		1,052
1983		1,055
1984		1,040
1985		1,033
	Aufwertungszahl	Anpassungsfaktor
1986	1,041	1,035
1987	1,041	1,038
1988	1,031	1,023
1989	1,026	1,021
1990	1,025	1,030
		1,035 1)
1991	1,043	1,050
1992	1,055	1,040
1993	1,061	1,040
1994	1,060	1,025
1995	1,050	1,028
1996	1,043	1,023
1997	1,039	1,000
1998	1,024	1,013
1999	1,018	1,015
2000	1,020	1,006
		1,011 1)
2001	1,025	1,008
2002	1,018	1,011
2003	1,026	1,005
2004	1,022	1,010
		1,010 1)
2005	1,023	1,015
		1,010 1)
2006	1,030	1,025
		1,024 1)
2007	1,024	1,016
		1,015 1)
2008	1,023	1,017
		1,020 1)
2009	1,025	1,032
		1,034 1)
2010	1,024	1,015
2011	1,021	1,012
		1,010 1)
2012	1,006	1,027
2013	1,028	1,028
		1,018 1)
2014	1,022	1,024
		1,016 1)
2015	1,027	1,017
2016	1,024	1,012
2017	1,024	1,008
2018	1,029	1,016
		1,0194 1)
2019	1,020	1,020
		1,0217 1)
2020	1,031	1,018
		1,0268 1)
2021	1,033	1,015
		1,0183 1)
2022	1,021	1,018
		1,0202 1)
2023	1,031	1,058
		1,0568 1)
2024	1,035	1,097
2025	1,063	1,046
2026	1,072	1,022
2027	1,040	1,021
2028	1,035	1,020
2029	1,029	1,020

1) Anpassung im Durchschnitt
ohne Berücksichtigung der vorgezogenen Anpassung 2009

Monatliche Höchstbeitragsgrundlagen

Betrag	Pensionsversicherung nach dem	
	ASVG	GSVG, FSVG und BSVG
	€	€
2017	4.980,00	5.810,00
2018	5.130,00	5.985,00
2019	5.220,00	6.090,00
2020	5.370,00	6.265,00
2021	5.550,00	6.475,00
2022	5.670,00	6.615,00
2023	5.850,00	6.825,00
2024	6.060,00	7.070,00
2025	6.450,00	7.525,00
2026	6.900,00	8.050,00
2027	7.170,00	8.365,00
2028	7.410,00	8.645,00
2029	7.620,00	8.890,00
Steigerung gegenüber dem Vorjahr		
2017		2,5%
2018		3,0%
2019		1,8%
2020		2,9%
2021		3,4%
2022		2,2%
2023		3,2%
2024		3,6%
2025		6,4%
2026		7,0%
2027		3,9%
2028		3,3%
2029		2,8%
2017 / 2023		+17,5%
2023 / 2029		+30,3%
2024 / 2029		+25,7%

Monatliche Richtsätze für erwachsene Ausgleichszulagenempfänger

Jahr	Alleinstehende 1)		Verheiratete 2)		Pensionsbonus-Obergrenze 3) für					
					Alleinstehende				Verheiratete mit 40 BJ	
	€	Er- höhung	€	Er- höhung	mit 30 BJ		mit 40 BJ		€	Er- höhung
	€	Er- höhung	€	Er- höhung	€	Er- höhung	€	Er- höhung	€	Er- höhung
2017	889,84	0,8%	1.334,17	0,8%						
2018	909,42	2,2%	1.363,52	2,2%						
2019	933,06	2,6%	1.398,97	2,6%						
2020	966,65	3,6%	1.524,99	9,0%	1.080,00		1.315,00		1.782,00	
2021	1.000,48	3,5%	1.578,36	3,5%	1.113,48	3,1%	1.339,99	1,9%	1.808,73	1,5%
2022	1.030,49	3,0%	1.625,71	3,0%	1.141,83	2,5%	1.364,11	1,8%	1.841,29	1,8%
2023	1.110,26	7,74%	1.751,56	7,74%	1.208,06	5,8%	1.443,23	5,8%	1.948,08	5,8%
2024	1.217,96	9,7%	1.921,46	9,7%	1.325,24	9,7%	1.583,22	9,7%	2.137,04	9,7%
2025	1.273,99	4,6%	2.009,85	4,6%	1.386,20	4,6%	1.656,05	4,6%	2.235,34	4,6%
2026	1.302,02	2,2%	2.054,07	2,2%	1.416,70	2,2%	1.692,49	2,2%	2.284,52	2,2%
2027	1.329,36	2,1%	2.097,21	2,1%	1.446,45	2,1%	1.728,03	2,1%	2.332,49	2,1%
2028	1.355,95	2,0%	2.139,15	2,0%	1.475,38	2,0%	1.762,59	2,0%	2.379,14	2,0%
2029	1.383,07	2,0%	2.181,93	2,0%	1.504,89	2,0%	1.797,84	2,0%	2.426,72	2,0%
2017 / 2023	+24,8%	+24,8%	+31,3%	+31,3%						
2023 / 2029	+24,6%	+24,6%	+24,6%	+24,6%	+24,6%	+24,6%	+24,6%	+24,6%	+24,6%	+24,6%
2024 / 2029	+13,6%	+13,6%	+13,6%	+13,6%	+13,6%	+13,6%	+13,6%	+13,6%	+13,6%	+13,6%

BJ Beitragsjahre

1) Alleinstehende Pensionsberechtigte mit mind. 30 Beitragsjahren ("AZ plus"):

2017: 1.000 €, 2018: 1.022,00 €, 2019: 1.048,57 €

mit dem BGBl. I Nr. 84/2019 wurde dieser Richtsatz durch den Pensionsbonus ersetzt.

2) 2020 außerordentliche Erhöhung auf 1.472 €, rückwirkend Anpassung mit Anpassungsfaktor 2020 (1,036)

3) Der Bonus gebührt in der Höhe der Differenz zwischen den Obergrenzen und dem Gesamteinkommen der langzeitversicherten Person.

**Durchschnittliche Zahl der Pensionen
in der Pensionsversicherung nach dem ASVG**

	Alters- pensionen	Pensionen wegen gemind. Arbeits- fähigkeit	Witwen- pensionen	Witwer- pensionen	Waisen- pensionen	alle Pensionen
Anzahl						
2017	1.411.084	143.378	339.591	36.790	40.394	1.971.237
2018	1.436.151	138.106	337.947	37.008	40.256	1.989.468
2019	1.468.061	133.184	336.470	37.327	40.181	2.015.223
2020	1.508.380	129.302	335.360	37.559	40.366	2.050.967
2021	1.543.406	123.102	333.249	37.701	40.384	2.077.841
2022	1.581.790	116.163	331.945	37.943	40.171	2.108.013
2023	1.623.585	110.090	330.781	38.254	39.950	2.142.660
2024	1.655.092	106.422	329.927	39.036	40.256	2.170.733
2025	1.674.721	103.635	328.160	39.300	40.050	2.185.867
2026	1.693.250	101.594	324.240	39.640	39.820	2.198.544
2027	1.710.760	100.154	320.240	40.110	39.680	2.210.944
2028	1.736.283	99.193	315.880	40.620	39.590	2.231.566
2029	1.760.981	98.599	311.200	41.050	39.510	2.251.340
Veränderung gegenüber dem Vorjahr						
2017	+ 20.995	- 3.225	- 2.053	+ 155	- 149	+ 15.723
2018	+ 25.067	- 5.272	- 1.645	+ 218	- 137	+ 18.231
2019	+ 31.910	- 4.922	- 1.476	+ 320	- 76	+ 25.756
2020	+ 40.319	- 3.882	- 1.110	+ 232	+ 185	+ 35.743
2021	+ 35.026	- 6.200	- 2.112	+ 142	+ 18	+ 26.875
2022	+ 38.384	- 6.939	- 1.303	+ 243	- 213	+ 30.172
2023	+ 41.795	- 6.073	- 1.164	+ 311	- 221	+ 34.648
2024	+ 31.507	- 3.668	- 854	+ 782	+ 306	+ 28.073
2025	+ 19.629	- 2.787	- 1.767	+ 264	- 206	+ 15.134
2026	+ 18.529	- 2.041	- 3.920	+ 340	- 230	+ 12.678
2027	+ 17.510	- 1.440	- 4.000	+ 470	- 140	+ 12.400
2028	+ 25.523	- 962	- 4.360	+ 510	- 90	+ 20.621
2029	+ 24.698	- 594	- 4.680	+ 430	- 80	+ 19.774
Änderungsraten in %						
2017 / 2023	+ 15,1	- 23,2	- 2,6	+ 4,0	- 1,1	+ 8,7
2023 / 2029	+ 8,5	- 10,4	- 5,9	+ 7,3	- 1,1	+ 5,1
2024 / 2029	+ 6,4	- 7,4	- 5,7	+ 5,2	- 1,9	+ 3,7

**Durchschnittliche Zahl der Pensionen
in der Pensionsversicherung nach dem GSVG und FSVG**

	Alters- pensionen	Pensionen wegen gemind. Arbeits- fähigkeit	Witwen- pensionen	Witwer- pensionen	Waisen- pensionen	alle Pensionen
Anzahl						
2017	133.512	9.405	37.509	2.597	3.583	186.606
2018	138.075	9.283	37.305	2.624	3.608	190.895
2019	143.283	8.967	37.081	2.628	3.590	195.549
2020	150.054	8.593	36.934	2.626	3.616	201.823
2021	156.933	8.300	36.923	2.642	3.671	208.468
2022	164.288	7.989	36.911	2.684	3.623	215.495
2023	172.614	7.759	36.903	2.748	3.617	223.641
2024	180.811	7.659	37.007	2.811	3.660	231.948
2025	186.966	7.643	36.660	2.820	3.910	237.998
2026	192.209	7.672	36.250	2.840	3.940	242.911
2027	197.101	7.729	35.840	2.870	3.990	247.530
2028	202.485	7.800	35.380	2.910	4.040	252.615
2029	207.464	7.875	34.890	2.930	4.090	257.248
Veränderung gegenüber dem Vorjahr						
2017	+ 3.861	- 55	- 376	+ 29	- 22	+ 3.436
2018	+ 4.563	- 122	- 204	+ 26	+ 26	+ 4.289
2019	+ 5.208	- 316	- 223	+ 4	- 19	+ 4.654
2020	+ 6.771	- 374	- 147	- 2	+ 27	+ 6.275
2021	+ 6.879	- 293	- 11	+ 16	+ 54	+ 6.645
2022	+ 7.355	- 311	- 12	+ 43	- 48	+ 7.027
2023	+ 8.326	- 230	- 8	+ 64	- 5	+ 8.147
2024	+ 8.197	- 100	+ 104	+ 63	+ 43	+ 8.307
2025	+ 6.155	- 16	- 347	+ 9	+ 250	+ 6.050
2026	+ 5.244	+ 29	- 410	+ 20	+ 30	+ 4.913
2027	+ 4.892	+ 57	- 410	+ 30	+ 50	+ 4.619
2028	+ 5.384	+ 71	- 460	+ 40	+ 50	+ 5.085
2029	+ 4.979	+ 75	- 490	+ 20	+ 50	+ 4.633
Änderungsraten in %						
2017 / 2023	+ 29,3	- 17,5	- 1,6	+ 5,8	+ 1,0	+ 19,8
2023 / 2029	+ 20,2	+ 1,5	- 5,5	+ 6,6	+ 13,1	+ 15,0
2024 / 2029	+ 14,7	+ 2,8	- 5,7	+ 4,2	+ 11,7	+ 10,9

Durchschnittliche Zahl der Pensionen in der Pensionsversicherung nach dem BSVG

	Alters- pensionen	Pensionen wegen gemind. Arbeits- fähigkeit	Witwen- pensionen	Witwer- pensionen	Waisen- pensionen	alle Pensionen
Anzahl						
2017	123.042	9.725	30.113	5.313	3.972	172.164
2018	123.026	8.435	29.408	5.262	3.892	170.023
2019	123.171	7.433	28.681	5.194	3.812	168.291
2020	123.076	6.569	27.965	5.148	3.735	166.492
2021	122.161	5.730	27.234	5.092	3.678	163.895
2022	120.741	5.046	26.508	5.044	3.631	160.970
2023	118.911	4.652	25.748	5.029	3.543	157.883
2024	117.087	4.613	24.965	4.984	3.448	155.097
2025	117.605	4.393	24.510	5.140	3.450	155.099
2026	118.186	4.222	24.130	5.230	3.440	155.209
2027	118.819	4.087	23.730	5.340	3.450	155.426
2028	119.606	3.975	23.270	5.450	3.460	155.761
2029	120.434	3.878	22.780	5.560	3.470	156.122
Veränderung gegenüber dem Vorjahr						
2017	- 347	- 1.247	- 720	- 17	- 53	- 2.385
2018	- 16	- 1.290	- 705	- 51	- 79	- 2.141
2019	+ 145	- 1.002	- 727	- 69	- 81	- 1.733
2020	- 95	- 864	- 717	- 46	- 77	- 1.799
2021	- 915	- 839	- 731	- 56	- 56	- 2.597
2022	- 1.420	- 684	- 726	- 48	- 47	- 2.925
2023	- 1.830	- 394	- 760	- 15	- 88	- 3.086
2024	- 1.824	- 39	- 783	- 45	- 95	- 2.786
2025	+ 518	- 220	- 455	+ 156	+ 2	+ 2
2026	+ 581	- 171	- 380	+ 90	- 10	+ 110
2027	+ 632	- 135	- 400	+ 110	+ 10	+ 218
2028	+ 787	- 112	- 460	+ 110	+ 10	+ 335
2029	+ 828	- 97	- 490	+ 110	+ 10	+ 360
Änderungsraten in %						
2017 / 2023	- 3,4	- 52,2	- 14,5	- 5,3	- 10,8	- 8,3
2023 / 2029	+ 1,3	- 16,6	- 11,5	+ 10,5	- 2,1	- 1,1
2024 / 2029	+ 2,9	- 15,9	- 8,8	+ 11,6	+ 0,6	+ 0,7

Durchschnittliche Zahl der Pensionen in der gesamten Pensionsversicherung

	Alters- pensionen	Pensionen wegen gemind. Arbeits- fähigkeit	Witwen- pensionen	Witwer- pensionen	Waisen- pensionen	alle Pensionen
Anzahl						
2017	1.667.638	162.508	407.213	44.700	47.948	2.330.007
2018	1.697.252	155.824	404.659	44.894	47.757	2.350.386
2019	1.734.515	149.584	402.233	45.149	47.582	2.379.062
2020	1.781.510	144.464	400.258	45.333	47.717	2.419.282
2021	1.822.500	137.132	397.405	45.434	47.733	2.450.204
2022	1.866.819	129.198	395.364	45.672	47.425	2.484.477
2023	1.915.110	122.501	393.431	46.032	47.111	2.524.185
2024	1.952.990	118.694	391.899	46.831	47.364	2.557.778
2025	1.979.292	115.671	389.330	47.260	47.410	2.578.963
2026	2.003.646	113.488	384.620	47.710	47.200	2.596.664
2027	2.026.680	111.970	379.810	48.320	47.120	2.613.900
2028	2.058.375	110.968	374.530	48.980	47.090	2.639.943
2029	2.088.879	110.351	368.870	49.540	47.070	2.664.710
Veränderung gegenüber dem Vorjahr						
2017	+ 24.509	- 4.527	- 3.149	+ 167	- 225	+ 16.775
2018	+ 29.614	- 6.684	- 2.554	+ 194	- 191	+ 20.379
2019	+ 37.263	- 6.240	- 2.426	+ 255	- 175	+ 28.677
2020	+ 46.995	- 5.120	- 1.974	+ 184	+ 134	+ 40.220
2021	+ 40.990	- 7.332	- 2.854	+ 102	+ 16	+ 30.922
2022	+ 44.319	- 7.934	- 2.041	+ 237	- 308	+ 34.273
2023	+ 48.291	- 6.697	- 1.932	+ 360	- 314	+ 39.708
2024	+ 37.880	- 3.807	- 1.532	+ 799	+ 253	+ 33.593
2025	+ 26.302	- 3.023	- 2.569	+ 429	+ 46	+ 21.185
2026	+ 24.353	- 2.183	- 4.710	+ 450	- 210	+ 17.700
2027	+ 23.034	- 1.518	- 4.810	+ 610	- 80	+ 17.237
2028	+ 31.695	- 1.002	- 5.280	+ 660	- 30	+ 26.042
2029	+ 30.504	- 617	- 5.660	+ 560	- 20	+ 24.767
Änderungsraten in %						
2017 / 2023	+ 14,8	- 24,6	- 3,4	+ 3,0	- 1,7	+ 8,3
2023 / 2029	+ 9,1	- 9,9	- 6,2	+ 7,6	- 0,1	+ 5,6
2024 / 2029	+ 7,0	- 7,0	- 5,9	+ 5,8	- 0,6	+ 4,2

Zugänge in die Alterspensionen

	Vorzeitige AP bei langer Versich.- dauer	Korridor- pension	Langzeit- versich.- pension	Schwer- arbeits- pension	Summe vorzeitige Alters- pensionen	normale Alters- pension	Summe alle Alters- pensionen
Anzahl							
2017	1.351	7.561	10.905	7.223	27.040	41.537	68.577
2018	426	8.579	10.852	8.991	28.848	46.236	75.084
2019	495	9.140	9.263	9.000	27.898	55.862	83.760
2020	473	9.993	14.537	8.829	33.832	62.051	95.883
2021	532	10.079	11.276	7.960	29.847	65.166	95.013
2022	566	10.885	9.589	7.594	28.634	71.903	100.537
2023	588	11.652	9.278	7.330	28.848	76.352	105.200
2024	594	12.580	10.114	8.772	32.060	54.065	86.125
2025	610	12.780	10.152	9.374	32.916	50.029	82.945
2026	610	12.950	10.300	9.934	33.794	49.184	82.978
2027	590	13.130	10.352	10.402	34.474	48.900	83.373
2028	570	24.040	13.502	10.498	48.609	45.119	93.729
2029	560	25.280	13.746	10.618	50.204	44.328	94.532
Veränderung gegenüber dem Vorjahr							
2017	- 1.322	+ 135	- 842	+ 1.171	- 858	+ 4.230	+ 3.372
2018	- 925	+ 1.018	- 53	+ 1.768	+ 1.808	+ 4.699	+ 6.507
2019	+ 69	+ 561	- 1.589	+ 9	- 950	+ 9.626	+ 8.676
2020	- 22	+ 853	+ 5.274	- 171	+ 5.934	+ 6.189	+ 12.123
2021	+ 59	+ 86	- 3.261	- 869	- 3.985	+ 3.115	- 870
2022	+ 34	+ 806	- 1.687	- 366	- 1.213	+ 6.737	+ 5.524
2023	+ 22	+ 767	- 311	- 264	+ 214	+ 4.449	+ 4.663
2024	+ 6	+ 928	+ 836	+ 1.442	+ 3.212	- 22.287	- 19.075
2025	+ 16	+ 200	+ 38	+ 602	+ 856	- 4.036	- 3.180
2026	+ 0	+ 170	+ 148	+ 560	+ 878	- 845	+ 33
2027	- 20	+ 180	+ 52	+ 468	+ 680	- 284	+ 395
2028	- 20	+ 10.910	+ 3.150	+ 96	+ 14.136	- 3.781	+ 10.355
2029	- 10	+ 1.240	+ 244	+ 120	+ 1.594	- 791	+ 804
Änderungsraten in %							
2017 / 2023	- 56,5	+ 54,1	- 14,9	+ 1,5	+ 6,7	+ 83,8	+ 53,4
2023 / 2029	- 4,8	+ 117,0	+ 48,2	+ 44,9	+ 74,0	- 41,9	- 10,1

**Durchschnittliche Zahl aller Pensionen
in der gesamten Pensionsversicherung**

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions- versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Anzahl				
2017	1.971.237	186.606	172.164	2.330.007
2018	1.989.468	190.895	170.023	2.350.386
2019	2.015.223	195.549	168.291	2.379.062
2020	2.050.967	201.823	166.492	2.419.282
2021	2.077.841	208.468	163.895	2.450.204
2022	2.108.013	215.495	160.970	2.484.477
2023	2.142.660	223.641	157.883	2.524.185
2024	2.170.733	231.948	155.097	2.557.778
2025	2.185.867	237.998	155.099	2.578.963
2026	2.198.544	242.911	155.209	2.596.664
2027	2.210.944	247.530	155.426	2.613.900
2028	2.231.566	252.615	155.761	2.639.943
2029	2.251.340	257.248	156.122	2.664.710
Veränderung gegenüber dem Vorjahr				
2017	+ 15.723	+ 3.436	- 2.384	+ 16.775
2018	+ 18.231	+ 4.289	- 2.141	+ 20.379
2019	+ 25.756	+ 4.654	- 1.733	+ 28.677
2020	+ 35.743	+ 6.275	- 1.799	+ 40.220
2021	+ 26.874	+ 6.645	- 2.597	+ 30.922
2022	+ 30.172	+ 7.027	- 2.925	+ 34.273
2023	+ 34.648	+ 8.147	- 3.086	+ 39.708
2024	+ 28.073	+ 8.307	- 2.786	+ 33.593
2025	+ 15.134	+ 6.050	+ 2	+ 21.185
2026	+ 12.678	+ 4.913	+ 110	+ 17.700
2027	+ 12.400	+ 4.619	+ 218	+ 17.237
2028	+ 20.621	+ 5.085	+ 335	+ 26.042
2029	+ 19.774	+ 4.633	+ 360	+ 24.767
Änderungsraten in %				
2017 / 2023	+ 8,7	+ 19,8	- 8,3	+ 8,3
2023 / 2029	+ 5,1	+ 15,0	- 1,1	+ 5,6
2024 / 2029	+ 3,7	+ 10,9	+ 0,7	+ 4,2

Höhe der Durchschnittspensionen (ohne Zulagen und Zuschüsse und ohne anteilige Sonderzahlungen)

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions- versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Höhe in €				
2017	1.130,88	1.295,35	720,02	1.113,70
2018	1.162,20	1.325,36	747,50	1.145,45
2019	1.198,79	1.362,12	779,23	1.182,54
2020	1.246,41	1.404,69	818,18	1.230,14
2021	1.289,89	1.437,95	851,15	1.273,14
2022	1.336,29	1.472,47	884,79	1.318,85
2023	1.431,80	1.559,09	950,45	1.412,97
2024	1.588,20	1.708,28	1.059,04	1.567,00
2025	1.680,66	1.790,31	1.122,79	1.657,23
2026	1.737,79	1.833,30	1.162,64	1.712,35
2027	1.794,40	1.874,42	1.201,96	1.766,75
2028	1.851,32	1.914,36	1.241,03	1.821,34
2029	1.909,54	1.954,97	1.280,83	1.877,09
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
2017	+ 1,6	+ 1,5	+ 2,3	+ 1,7
2018	+ 2,8	+ 2,3	+ 3,8	+ 2,9
2019	+ 3,1	+ 2,8	+ 4,2	+ 3,2
2020	+ 4,0	+ 3,1	+ 5,0	+ 4,0
2021	+ 3,5	+ 2,4	+ 4,0	+ 3,5
2022	+ 3,6	+ 2,4	+ 4,0	+ 3,6
2023	+ 7,1	+ 5,9	+ 7,4	+ 7,1
2024	+ 10,9	+ 9,6	+ 11,4	+ 10,9
2025	+ 5,8	+ 4,8	+ 6,0	+ 5,8
2026	+ 3,4	+ 2,4	+ 3,5	+ 3,3
2027	+ 3,3	+ 2,2	+ 3,4	+ 3,2
2028	+ 3,2	+ 2,1	+ 3,3	+ 3,1
2029	+ 3,1	+ 2,1	+ 3,2	+ 3,1
Änderungsraten in %				
2017 / 2023	+ 26,6	+ 20,4	+ 32,0	+ 26,9
2023 / 2029	+ 33,4	+ 25,4	+ 34,8	+ 32,8
2024 / 2029	+ 20,2	+ 14,4	+ 20,9	+ 19,8

Anmerkung:

Durchschnitt aller Pensionsleistungen

(Alterspensionen, Invaliditätspensionen, Hinterbliebenenpensionen,
zwischenstaatliche Teilleistungen)

**Durchschnittliche Zahl der
Pflichtversicherten**

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions- versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Anzahl				
2017	3.359.372	444.028	137.234	3.940.634
2018	3.454.873	452.514	135.009	4.042.396
2019	3.522.817	460.260	132.998	4.116.075
2020	3.455.401	463.267	131.374	4.050.042
2021	3.556.536	477.414	130.421	4.164.371
2022	3.677.596	488.585	129.506	4.295.687
2023	3.731.543	497.227	128.587	4.357.357
2024	3.747.213	505.067	127.677	4.379.957
2025	3.785.559	512.177	126.777	4.424.513
2026	3.828.102	518.627	125.887	4.472.616
2027	3.870.791	524.487	125.007	4.520.285
2028	3.909.772	529.807	124.137	4.563.716
2029	3.949.166	535.067	123.277	4.607.510
Veränderung gegenüber dem Vorjahr				
2017	+ 77.443	+ 9.504	- 2.112	+ 84.835
2018	+ 95.501	+ 8.486	- 2.225	+ 101.762
2019	+ 67.944	+ 7.745	- 2.011	+ 73.678
2020	- 67.416	+ 3.007	- 1.624	- 66.033
2021	+ 101.135	+ 14.147	- 953	+ 114.329
2022	+ 121.060	+ 11.171	- 915	+ 131.316
2023	+ 53.947	+ 8.642	- 919	+ 61.670
2024	+ 15.670	+ 7.840	- 910	+ 22.600
2025	+ 38.345	+ 7.110	- 900	+ 44.555
2026	+ 42.543	+ 6.450	- 890	+ 48.103
2027	+ 42.689	+ 5.860	- 880	+ 47.669
2028	+ 38.981	+ 5.320	- 870	+ 43.431
2029	+ 39.394	+ 5.260	- 860	+ 43.794
Änderungsraten in %				
2017 / 2023	+ 11,1	+ 12,0	- 6,3	+ 10,6
2023 / 2029	+ 5,8	+ 7,6	- 4,1	+ 5,7
2024 / 2029	+ 5,4	+ 5,9	- 3,4	+ 5,2

Höhe der durchschnittlichen Beitragsgrundlagen
(inklusive Partnerleistung und Beitragsübernahmen)

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions- versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Höhe in €				
2017	2.899,88	1.978,21	1.564,92	2.749,53
2018	2.983,23	2.046,91	1.714,57	2.836,05
2019	3.076,60	2.119,40	1.799,02	2.928,28
2020	3.173,20	1.961,80	1.831,45	2.991,11
2021	3.243,12	2.231,74	1.882,44	3.084,56
2022	3.360,98	2.273,12	1.923,37	3.193,91
2023	3.588,61	2.312,13	1.977,60	3.395,41
2024	3.868,35	2.372,88	2.003,87	3.641,55
2025	4.021,73	2.479,81	2.127,65	3.788,97
2026	4.153,98	2.594,85	2.258,83	3.919,85
2027	4.270,45	2.672,48	2.339,05	4.031,62
2028	4.383,18	2.741,54	2.408,44	4.138,88
2029	4.488,65	2.827,30	2.438,29	4.240,86
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
2017	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,0
2018	+ 2,9	+ 3,5	+ 9,6	+ 3,1
2019	+ 3,1	+ 3,5	+ 4,9	+ 3,3
2020	+ 3,1	- 7,4	+ 1,8	+ 2,1
2021	+ 2,2	+ 13,8	+ 2,8	+ 3,1
2022	+ 3,6	+ 1,9	+ 2,2	+ 3,5
2023	+ 6,8	+ 1,7	+ 2,8	+ 6,3
2024	+ 7,8	+ 2,6	+ 1,3	+ 7,2
2025	+ 4,0	+ 4,5	+ 6,2	+ 4,0
2026	+ 3,3	+ 4,6	+ 6,2	+ 3,5
2027	+ 2,8	+ 3,0	+ 3,6	+ 2,9
2028	+ 2,6	+ 2,6	+ 3,0	+ 2,7
2029	+ 2,4	+ 3,1	+ 1,2	+ 2,5
Änderungsraten in %				
2017 / 2023	+ 23,8	+ 16,9	+ 26,4	+ 23,5
2023 / 2029	+ 25,1	+ 22,3	+ 23,3	+ 24,9
2024 / 2029	+ 16,0	+ 19,2	+ 21,7	+ 16,5

inklusive Sonderzahlungen -> Pflichtbeiträge = Pflichtversicherte * Beitragsgrundlage * 0,228 * 12

Auf 1.000 Pflichtversicherungen entfallen ... Pensionen

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions- versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
2017	587	420	1.255	591
2018	576	422	1.259	581
2019	572	425	1.265	578
2020	594	436	1.267	597
2021	584	437	1.257	588
2022	573	441	1.243	578
2023	574	450	1.228	579
2024	579	459	1.215	584
2025	577	465	1.223	583
2026	574	468	1.233	581
2027	571	472	1.243	578
2028	571	477	1.255	578
2029	570	481	1.266	578

Verhältnis Pflichtversicherungen zu Pensionen

(z.B. 2 bedeutet: es gibt doppelt so viele Pflichtversicherungen wie Pensionen)

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions- versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
2017	1,70	2,38	0,80	1,69
2018	1,74	2,37	0,79	1,72
2019	1,75	2,35	0,79	1,73
2020	1,68	2,30	0,79	1,67
2021	1,71	2,29	0,80	1,70
2022	1,74	2,27	0,80	1,73
2023	1,74	2,22	0,81	1,73
2024	1,73	2,18	0,82	1,71
2025	1,73	2,15	0,82	1,72
2026	1,74	2,14	0,81	1,72
2027	1,75	2,12	0,80	1,73
2028	1,75	2,10	0,80	1,73
2029	1,75	2,08	0,79	1,73

Entwicklung des Pensionsaufwandes

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions- versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Beträge in Mio.€				
2017	31.209,386	3.384,089	1.735,451	36.328,926
2018	32.370,244	3.542,072	1.779,283	37.691,599
2019	33.821,698	3.729,045	1.835,925	39.386,668
2020	35.788,736	3.968,992	1.907,078	41.664,806
2021	37.522,684	4.196,739	1.952,992	43.672,415
2022	39.436,803	4.442,346	1.993,931	45.873,080
2023	42.949,998	4.881,468	2.100,840	49.932,306
2024	48.265,870	5.547,257	2.299,548	56.112,676
2025	51.431,738	5.965,271	2.438,002	59.835,012
2026	53.488,589	6.234,614	2.526,315	62.249,518
2027	55.542,613	6.495,642	2.615,422	64.653,677
2028	57.838,775	6.770,345	2.706,271	67.315,391
2029	60.186,535	7.040,768	2.799,526	70.026,829
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
2017	+ 2,4	+ 3,4	+ 0,9	+ 2,4
2018	+ 3,7	+ 4,7	+ 2,5	+ 3,8
2019	+ 4,5	+ 5,3	+ 3,2	+ 4,5
2020	+ 5,8	+ 6,4	+ 3,9	+ 5,8
2021	+ 4,8	+ 5,7	+ 2,4	+ 4,8
2022	+ 5,1	+ 5,9	+ 2,1	+ 5,0
2023	+ 8,9	+ 9,9	+ 5,4	+ 8,8
2024	+ 12,4	+ 13,6	+ 9,5	+ 12,4
2025	+ 6,6	+ 7,5	+ 6,0	+ 6,6
2026	+ 4,0	+ 4,5	+ 3,6	+ 4,0
2027	+ 3,8	+ 4,2	+ 3,5	+ 3,9
2028	+ 4,1	+ 4,2	+ 3,5	+ 4,1
2029	+ 4,1	+ 4,0	+ 3,4	+ 4,0
Änderungsraten in %				
2017 / 2023	+ 37,6	+ 44,2	+ 21,1	+ 37,4
2023 / 2029	+ 40,1	+ 44,2	+ 33,3	+ 40,2
2024 / 2029	+ 24,7	+ 26,9	+ 21,7	+ 24,8

Entwicklung der Aufwendungen der PV-Träger (ohne Ausgleichszulagen)

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions- versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Beträge in Mio.€				
2017	34.678,696	3.733,692	2.131,045	40.543,433
2018	35.972,562	3.908,352	2.182,732	42.063,646
2019	37.612,152	4.111,543	2.248,466	43.972,161
2020	39.536,109	4.335,053	2.317,014	46.188,177
2021	41.526,890	4.585,406	2.370,408	48.482,705
2022	44.107,682	4.905,141	2.461,463	51.474,286
2023	48.033,333	5.409,253	2.595,966	56.038,552
2024	53.348,917	6.085,025	2.788,130	62.222,071
2025	56.772,371	6.529,766	2.949,153	66.251,291
2026	59.001,840	6.819,325	3.051,137	68.872,302
2027	61.211,814	7.100,960	3.155,055	71.467,829
2028	63.669,414	7.395,909	3.260,895	74.326,218
2029	66.182,693	7.682,141	3.364,027	77.228,862
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
2017	+ 2,1	+ 3,0	+ 0,3	+ 2,1
2018	+ 3,7	+ 4,7	+ 2,4	+ 3,7
2019	+ 4,6	+ 5,2	+ 3,0	+ 4,5
2020	+ 5,1	+ 5,4	+ 3,0	+ 5,0
2021	+ 5,0	+ 5,8	+ 2,3	+ 5,0
2022	+ 6,2	+ 7,0	+ 3,8	+ 6,2
2023	+ 8,9	+ 10,3	+ 5,5	+ 8,9
2024	+ 11,1	+ 12,5	+ 7,4	+ 11,0
2025	+ 6,4	+ 7,3	+ 5,8	+ 6,5
2026	+ 3,9	+ 4,4	+ 3,5	+ 4,0
2027	+ 3,7	+ 4,1	+ 3,4	+ 3,8
2028	+ 4,0	+ 4,2	+ 3,4	+ 4,0
2029	+ 3,9	+ 3,9	+ 3,2	+ 3,9
Änderungsraten in %				
2017 / 2023	+ 38,5	+ 44,9	+ 21,8	+ 38,2
2023 / 2029	+ 37,8	+ 42,0	+ 29,6	+ 37,8
2024 / 2029	+ 24,1	+ 26,2	+ 20,7	+ 24,1

Entwicklung der Pflichtbeiträge
(ohne Berücksichtigung der Partnerleistung und Beitragsübernahmen)

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions- versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Beträge in Mio.€				
2017	26.653,469	1.966,799	438,203	29.058,471
2018	28.199,115	2.073,636	472,322	30.745,073
2019	29.653,566	2.182,907	488,206	32.324,679
2020	29.999,324	2.035,400	489,007	32.523,730
2021	31.557,790	2.385,176	499,149	34.442,115
2022	33.817,886	2.485,941	506,446	36.810,273
2023	36.637,962	2.573,484	517,057	39.728,503
2024	39.585,835	2.677,640	519,106	42.782,582
2025	41.575,649	2.837,681	547,431	44.960,761
2026	43.507,476	3.012,568	578,430	47.098,474
2027	45.226,110	3.137,746	594,920	48.958,776
2028	46.887,446	3.251,478	608,310	50.747,234
2029	48.499,474	3.386,478	611,000	52.496,952
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
2017	+ 4,3	+ 4,4	+ 0,9	+ 4,3
2018	+ 5,8	+ 5,4	+ 7,8	+ 5,8
2019	+ 5,2	+ 5,3	+ 3,4	+ 5,1
2020	+ 1,2	- 6,8	+ 0,2	+ 0,6
2021	+ 5,2	+ 17,2	+ 2,1	+ 5,9
2022	+ 7,2	+ 4,2	+ 1,5	+ 6,9
2023	+ 8,3	+ 3,5	+ 2,1	+ 7,9
2024	+ 8,0	+ 4,0	+ 0,4	+ 7,7
2025	+ 5,0	+ 6,0	+ 5,5	+ 5,1
2026	+ 4,6	+ 6,2	+ 5,7	+ 4,8
2027	+ 4,0	+ 4,2	+ 2,9	+ 3,9
2028	+ 3,7	+ 3,6	+ 2,3	+ 3,7
2029	+ 3,4	+ 4,2	+ 0,4	+ 3,4
Änderungsraten in %				
2017 / 2023	+ 37,5	+ 30,8	+ 18,0	+ 36,7
2023 / 2029	+ 32,4	+ 31,6	+ 18,2	+ 32,1
2024 / 2029	+ 22,5	+ 26,5	+ 17,7	+ 22,7

Entwicklung von Partnerleistung und Beitragsübernahmen

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions- versicherung	Beitrags- über- nahmen 1)
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG		
Beträge in Mio.€					
2017	0,000	436,453	149,381	585,834	
2018	0,000	460,595	161,016	621,611	
2019	0,000	485,992	166,427	652,419	
2020	0,000	451,178	167,008	618,186	2,279
2021	0,000	529,936	170,436	700,372	2,131
2022	0,000	552,701	172,929	725,630	2,128
2023	0,000	571,970	176,550	748,520	2,139
2024	0,000	596,164	177,700	773,864	82,350
2025	0,000	631,800	187,300	819,100	87,360
2026	0,000	669,432	197,400	866,832	2,170
2027	0,000	697,254	202,900	900,154	2,180
2028	0,000	722,522	207,500	930,022	2,190
2029	0,000	752,522	209,200	961,722	2,200
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
2017		+ 4,5	+ 0,9	+ 3,5	
2018		+ 5,5	+ 7,8	+ 6,1	
2019		+ 5,5	+ 3,4	+ 5,0	
2020		- 7,2	+ 0,3	- 5,2	
2021		+ 17,5	+ 2,1	+ 13,3	
2022		+ 4,3	+ 1,5	+ 3,6	
2023		+ 3,5	+ 2,1	+ 3,2	
2024		+ 4,2	+ 0,7	+ 3,4	
2025		+ 6,0	+ 5,4	+ 5,8	
2026		+ 6,0	+ 5,4	+ 5,8	
2027		+ 4,2	+ 2,8	+ 3,8	
2028		+ 3,6	+ 2,3	+ 3,3	
2029		+ 4,2	+ 0,8	+ 3,4	
Änderungsraten in %					
2017 / 2023		+ 31,0	+ 18,2	+ 27,8	
2023 / 2029		+ 31,6	+ 18,5	+ 28,5	
2024 / 2029		+ 26,2	+ 17,7	+ 24,3	

1) Bundesbeitrag für Beitragsgrundlagenerhöhung im BSVG; 2024+2025 inklusive Beitragsübernahme des Bundes bei Erwerbstätigkeit neben dem Pensionsbezug ab Erreichung des Regelpensionsalters

Entwicklung der Pflichtbeiträge (inklusive Partnerleistung und Beitragsübernahmen)

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions- versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Beträge in Mio.€				
2017	26.653,469	2.403,252	587,583	29.644,305
2018	28.199,115	2.534,231	633,338	31.366,684
2019	29.653,566	2.668,899	654,633	32.977,098
2020	29.999,324	2.486,577	658,294	33.144,195
2021	31.557,790	2.915,111	671,716	35.144,617
2022	33.817,886	3.038,642	681,503	37.538,031
2023	36.637,962	3.145,454	695,746	40.479,162
2024	39.659,797	3.279,000	700,000	43.638,797
2025	41.654,221	3.475,000	738,000	45.867,221
2026	43.507,476	3.682,000	778,000	47.967,476
2027	45.226,110	3.835,000	800,000	49.861,110
2028	46.887,446	3.974,000	818,000	51.679,446
2029	48.499,474	4.139,000	822,400	53.460,874
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
2017	+ 4,3	+ 4,4	+ 0,9	+ 4,2
2018	+ 5,8	+ 5,5	+ 7,8	+ 5,8
2019	+ 5,2	+ 5,3	+ 3,4	+ 5,1
2020	+ 1,2	- 6,8	+ 0,6	+ 0,5
2021	+ 5,2	+ 17,2	+ 2,0	+ 6,0
2022	+ 7,2	+ 4,2	+ 1,5	+ 6,8
2023	+ 8,3	+ 3,5	+ 2,1	+ 7,8
2024	+ 8,2	+ 4,2	+ 0,6	+ 7,8
2025	+ 5,0	+ 6,0	+ 5,4	+ 5,1
2026	+ 4,4	+ 6,0	+ 5,4	+ 4,6
2027	+ 4,0	+ 4,2	+ 2,8	+ 3,9
2028	+ 3,7	+ 3,6	+ 2,3	+ 3,6
2029	+ 3,4	+ 4,2	+ 0,5	+ 3,4
Änderungsraten in %				
2017 / 2023	+ 37,5	+ 30,9	+ 18,4	+ 36,5
2023 / 2029	+ 32,4	+ 31,6	+ 18,2	+ 32,1
2024 / 2029	+ 22,3	+ 26,2	+ 17,5	+ 22,5

Beiträge für Teilversicherte

	geleistet durch das AMS	sonstige, nicht aus UG22 ¹⁾	Zeiten der Kindererziehung geleistet von		Bezieher v. Wochen-, Sonderwochen-, Kranken-, Wiedereingl., Rehabgeld	PräsD, ZivD, Übergangsgeld, Fam.-hospiz	Summe
			FLAF	UG22			
Beträge in Mio.€							
2017	1.343,055	3,650	1.042,439	348,816	494,413	97,406	3.329,779
2018	1.262,187	4,665	1.043,724	351,588	518,590	97,315	3.278,070
2019	1.225,096	5,419	1.240,778	413,889	552,484	110,039	3.547,706
2020	1.750,768	5,104	1.159,921	386,400	563,270	123,293	3.988,755
2021	1.447,455	5,850	1.178,542	393,169	558,405	112,769	3.696,190
2022	1.171,127	6,818	1.199,337	399,910	614,090	125,392	3.516,674
2023	1.405,324	8,563	1.205,687	401,849	639,749	124,199	3.785,371
2024	1.548,000	10,250	1.249,887	416,629	674,790	126,487	4.026,043
2025	1.742,000	12,020	1.324,499	441,500	697,440	127,759	4.345,218
2026	1.747,000	13,790	1.428,155	476,052	716,040	130,932	4.511,969
2027	1.713,000	15,560	1.506,015	502,005	734,180	135,590	4.606,350
2028	1.668,000	17,330	1.576,108	525,369	751,510	141,111	4.679,428
2029	1.561,000	19,110	1.633,377	544,459	769,380	148,398	4.675,724
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
2017	- 2,4	+ 9,1	+ 1,4	- 0,1	+ 4,4	- 5,4	- 0,1
2018	- 6,0	+ 27,8	+ 0,1	+ 0,8	+ 4,9	- 0,1	- 1,6
2019	- 2,9	+ 16,2	+ 18,9	+ 17,7	+ 6,5	+ 13,1	+ 8,2
2020	+ 42,9	- 5,8	- 6,5	- 6,6	+ 2,0	+ 12,0	+ 12,4
2021	- 17,3	+ 14,6	+ 1,6	+ 1,8	- 0,9	- 8,5	- 7,3
2022	- 19,1	+ 16,6	+ 1,8	+ 1,7	+ 10,0	+ 11,2	- 4,9
2023	+ 20,0	+ 25,6	+ 0,5	+ 0,5	+ 4,2	- 1,0	+ 7,6
2024	+ 10,2	+ 19,7	+ 3,7	+ 3,7	+ 5,5	+ 1,8	+ 6,4
2025	+ 12,5	+ 17,3	+ 6,0	+ 6,0	+ 3,4	+ 1,0	+ 7,9
2026	+ 0,3	+ 14,7	+ 7,8	+ 7,8	+ 2,7	+ 2,5	+ 3,8
2027	- 1,9	+ 12,8	+ 5,5	+ 5,5	+ 2,5	+ 3,6	+ 2,1
2028	- 2,6	+ 11,4	+ 4,7	+ 4,7	+ 2,4	+ 4,1	+ 1,6
2029	- 6,4	+ 10,3	+ 3,6	+ 3,6	+ 2,4	+ 5,2	- 0,1
Änderungsraten in %							
2017 / 2023	+ 4,6	+ 134,6	+ 15,7	+ 15,2	+ 29,4	+ 27,5	+ 13,7
2023 / 2029	+ 11,1	+ 123,2	+ 35,5	+ 35,5	+ 20,3	+ 19,5	+ 23,5
2024 / 2029	+ 0,8	+ 86,4	+ 30,7	+ 30,7	+ 14,0	+ 17,3	+ 16,1

1) Ausbildungsdienst (BMLV), Familienhospizkarenz, Pflegekarenz, Familienhospizteilzeit, Pflegezeit (UG21)

Entwicklung der Erträge der PV-Träger
(ohne Bundesmittel)

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions- versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Beträge in Mio.€				
2017	29.470,096	2.034,990	481,827	31.986,913
2018	30.970,168	2.153,755	519,842	33.643,766
2019	32.574,310	2.264,437	535,970	35.374,717
2020	33.345,145	2.114,585	529,506	35.989,236
2021	34.694,888	2.477,766	538,138	37.710,792
2022	36.745,520	2.570,255	544,753	39.860,528
2023	39.831,069	2.662,788	555,733	43.049,590
2024	43.029,549	2.788,491	570,447	46.388,487
2025	45.297,096	2.947,041	595,379	48.839,516
2026	47.340,451	3.124,732	628,841	51.094,024
2027	49.099,106	3.253,180	646,925	52.999,211
2028	50.777,654	3.369,821	661,768	54.809,243
2029	52.333,128	3.507,303	665,678	56.506,109
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
2017	+ 3,8	+ 3,4	+ 1,3	+ 3,7
2018	+ 5,1	+ 5,8	+ 7,9	+ 5,2
2019	+ 5,2	+ 5,1	+ 3,1	+ 5,1
2020	+ 2,4	- 6,6	- 1,2	+ 1,7
2021	+ 4,0	+ 17,2	+ 1,6	+ 4,8
2022	+ 5,9	+ 3,7	+ 1,2	+ 5,7
2023	+ 8,4	+ 3,6	+ 2,0	+ 8,0
2024	+ 8,0	+ 4,7	+ 2,6	+ 7,8
2025	+ 5,3	+ 5,7	+ 4,4	+ 5,3
2026	+ 4,5	+ 6,0	+ 5,6	+ 4,6
2027	+ 3,7	+ 4,1	+ 2,9	+ 3,7
2028	+ 3,4	+ 3,6	+ 2,3	+ 3,4
2029	+ 3,1	+ 4,1	+ 0,6	+ 3,1
Änderungsraten in %				
2017 / 2023	+ 35,2	+ 30,9	+ 15,3	+ 34,6
2023 / 2029	+ 31,4	+ 31,7	+ 19,8	+ 31,3
2024 / 2029	+ 21,6	+ 25,8	+ 16,7	+ 21,8

Entwicklung der Ausfallhaftung

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions- versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Beträge in Mio.€				
2017	4.283,165	1.251,389	1.495,498	7.030,052
2018	4.055,000	1.279,201	1.496,575	6.830,775
2019	3.981,133	1.347,057	1.540,424	6.868,613
2020	5.136,755	1.755,027	1.613,731	8.505,513
2021	5.787,774	1.563,125	1.654,167	9.005,066
2022	6.241,973	1.768,109	1.736,526	9.746,608
2023	7.055,319	2.160,471	1.856,716	11.072,506
2024	9.052,667	2.677,430	2.029,366	13.759,463
2025	10.157,701	2.925,702	2.155,211	15.238,615
2026	10.369,359	3.002,926	2.213,967	15.586,252
2027	10.775,047	3.125,645	2.293,816	16.194,509
2028	11.511,420	3.275,577	2.379,776	17.166,773
2029	12.429,018	3.390,638	2.476,938	18.296,594
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
2017	- 8,2	+ 1,7	- 0,1	- 4,9
2018	- 5,3	+ 2,2	+ 0,1	- 2,8
2019	- 1,8	+ 5,3	+ 2,9	+ 0,6
2020	+ 29,0	+ 30,3	+ 4,8	+ 23,8
2021	+ 12,7	- 10,9	+ 2,5	+ 5,9
2022	+ 7,8	+ 13,1	+ 5,0	+ 8,2
2023	+ 13,0	+ 22,2	+ 6,9	+ 13,6
2024	+ 28,3	+ 23,9	+ 9,3	+ 24,3
2025	+ 12,2	+ 9,3	+ 6,2	+ 10,8
2026	+ 2,1	+ 2,6	+ 2,7	+ 2,3
2027	+ 3,9	+ 4,1	+ 3,6	+ 3,9
2028	+ 6,8	+ 4,8	+ 3,7	+ 6,0
2029	+ 8,0	+ 3,5	+ 4,1	+ 6,6
Änderungsraten in %				
2017 / 2023	+ 64,7	+ 72,6	+ 24,2	+ 57,5
2023 / 2029	+ 76,2	+ 56,9	+ 33,4	+ 65,2
2024 / 2029	+ 37,3	+ 26,6	+ 22,1	+ 33,0

Entwicklung des Bundesbeitrages (gesamt)

(Ausfallhaftung, Partnerleistung, Beitragsübernahmen und Beiträge für Teilversicherte aus UG22)

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions- versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Beträge in Mio.€				
2017	5.208,600	1.698,702	1.649,218	8.556,521
2018	5.002,394	1.754,596	1.662,889	8.419,880
2019	5.037,842	1.847,106	1.712,497	8.597,444
2020	6.190,964	2.220,468	1.787,509	10.198,941
2021	6.832,002	2.107,640	1.832,270	10.771,913
2022	7.362,162	2.334,886	1.916,710	11.613,758
2023	8.202,264	2.746,465	2.040,233	12.988,961
2024	10.319,368	3.296,534	2.217,682	15.833,584
2025	11.475,275	3.582,725	2.353,774	17.411,774
2026	11.661,390	3.694,593	2.422,296	17.778,278
2027	12.112,708	3.847,780	2.508,130	18.468,618
2028	12.891,760	4.026,088	2.599,127	19.516,975
2029	13.849,565	4.174,838	2.698,349	20.722,753
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
2017	- 6,6	+ 2,5	+ 0,0	- 3,7
2018	- 4,0	+ 3,3	+ 0,8	- 1,6
2019	+ 0,7	+ 5,3	+ 3,0	+ 2,1
2020	+ 22,9	+ 20,2	+ 4,4	+ 18,6
2021	+ 10,4	- 5,1	+ 2,5	+ 5,6
2022	+ 7,8	+ 10,8	+ 4,6	+ 7,8
2023	+ 11,4	+ 17,6	+ 6,4	+ 11,8
2024	+ 25,8	+ 20,0	+ 8,7	+ 21,9
2025	+ 11,2	+ 8,7	+ 6,1	+ 10,0
2026	+ 1,6	+ 3,1	+ 2,9	+ 2,1
2027	+ 3,9	+ 4,1	+ 3,5	+ 3,9
2028	+ 6,4	+ 4,6	+ 3,6	+ 5,7
2029	+ 7,4	+ 3,7	+ 3,8	+ 6,2
Änderungsraten in %				
2017 / 2023	+ 57,5	+ 61,7	+ 23,7	+ 51,8
2023 / 2029	+ 68,9	+ 52,0	+ 32,3	+ 59,5
2024 / 2029	+ 34,2	+ 26,6	+ 21,7	+ 30,9

Entwicklung des Aufwandes für Ausgleichszulagen
(inklusive Aufwand für AZ- und Pensionsbonus)

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions- versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Beträge in Mio.€				
2017	687,689	69,387	222,634	979,710
2018	694,856	69,080	213,142	977,078
2019	705,844	69,358	204,624	979,826
2020	751,825	76,792	223,581	1.052,198
2021	775,788	82,519	217,660	1.075,967
2022	784,144	82,863	216,965	1.083,972
2023	856,275	89,882	218,691	1.164,849
2024	932,129	97,490	224,868	1.254,486
2025	965,234	101,729	228,785	1.295,748
2026	983,168	103,845	229,456	1.316,470
2027	1.000,652	105,907	230,424	1.336,983
2028	1.021,483	108,114	231,496	1.361,093
2029	1.042,595	110,181	232,759	1.385,535
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
2017	+ 1,4	+ 4,7	- 1,7	+ 0,9
2018	+ 1,0	- 0,4	- 4,3	- 0,3
2019	+ 1,6	+ 0,4	- 4,0	+ 0,3
2020	+ 6,5	+ 10,7	+ 9,3	+ 7,4
2021	+ 3,2	+ 7,5	- 2,6	+ 2,3
2022	+ 1,1	+ 0,4	- 0,3	+ 0,7
2023	+ 9,2	+ 8,5	+ 0,8	+ 7,5
2024	+ 8,9	+ 8,5	+ 2,8	+ 7,7
2025	+ 3,6	+ 4,3	+ 1,7	+ 3,3
2026	+ 1,9	+ 2,1	+ 0,3	+ 1,6
2027	+ 1,8	+ 2,0	+ 0,4	+ 1,6
2028	+ 2,1	+ 2,1	+ 0,5	+ 1,8
2029	+ 2,1	+ 1,9	+ 0,5	+ 1,8
Änderungsraten in %				
2017 / 2023	+ 24,5	+ 29,5	- 1,8	+ 18,9
2023 / 2029	+ 21,8	+ 22,6	+ 6,4	+ 18,9
2024 / 2029	+ 11,9	+ 13,0	+ 3,5	+ 10,4

Entwicklung der Bundesmittel

(Bundesbeitrag gesamt und Ausgleichszulagen)

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions- versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Beträge in Mio.€				
2017	5.896,289	1.768,089	1.871,852	9.536,231
2018	5.697,251	1.823,676	1.876,032	9.396,958
2019	5.743,686	1.916,464	1.917,120	9.577,270
2020	6.942,789	2.297,261	2.011,089	11.251,139
2021	7.607,791	2.190,159	2.049,930	11.847,880
2022	8.146,307	2.417,749	2.133,675	12.697,730
2023	9.058,539	2.836,346	2.258,925	14.153,810
2024	11.251,497	3.394,023	2.442,550	17.088,070
2025	12.440,508	3.684,454	2.582,560	18.707,522
2026	12.644,558	3.798,438	2.651,752	19.094,748
2027	13.113,361	3.953,687	2.738,553	19.805,601
2028	13.913,243	4.134,202	2.830,624	20.878,068
2029	14.892,160	4.285,019	2.931,108	22.108,288
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
2017	- 5,8	+ 2,6	- 0,2	- 3,2
2018	- 3,4	+ 3,1	+ 0,2	- 1,5
2019	+ 0,8	+ 5,1	+ 2,2	+ 1,9
2020	+ 20,9	+ 19,9	+ 4,9	+ 17,5
2021	+ 9,6	- 4,7	+ 1,9	+ 5,3
2022	+ 7,1	+ 10,4	+ 4,1	+ 7,2
2023	+ 11,2	+ 17,3	+ 5,9	+ 11,5
2024	+ 24,2	+ 19,7	+ 8,1	+ 20,7
2025	+ 10,6	+ 8,6	+ 5,7	+ 9,5
2026	+ 1,6	+ 3,1	+ 2,7	+ 2,1
2027	+ 3,7	+ 4,1	+ 3,3	+ 3,7
2028	+ 6,1	+ 4,6	+ 3,4	+ 5,4
2029	+ 7,0	+ 3,6	+ 3,5	+ 5,9
Änderungsraten in %				
2017 / 2023	+ 53,6	+ 60,4	+ 20,7	+ 48,4
2023 / 2029	+ 64,4	+ 51,1	+ 29,8	+ 56,2
2024 / 2029	+ 32,4	+ 26,3	+ 20,0	+ 29,4

Die Ausfallhaftung deckt ... % der Aufwendungen
(ohne Ausgleichszulagen)

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions- versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Beträge in Mio.€				
2017	12,35%	33,52%	70,18%	17,34%
2018	11,27%	32,73%	68,56%	16,24%
2019	10,58%	32,76%	68,51%	15,62%
2020	12,99%	40,48%	69,65%	18,41%
2021	13,94%	34,09%	69,78%	18,57%
2022	14,15%	36,05%	70,55%	18,93%
2023	14,69%	39,94%	71,52%	19,76%
2024	16,97%	44,00%	72,79%	22,11%
2025	17,89%	44,81%	73,08%	23,00%
2026	17,57%	44,04%	72,56%	22,63%
2027	17,60%	44,02%	72,70%	22,66%
2028	18,08%	44,29%	72,98%	23,10%
2029	18,78%	44,14%	73,63%	23,69%

Die Partnerleistung deckt ... % der Aufwendungen
(ohne Ausgleichszulagen)

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions- versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Beträge in Mio.€				
2017	0,00%	11,69%	7,01%	1,44%
2018	0,00%	11,78%	7,38%	1,48%
2019	0,00%	11,82%	7,40%	1,48%
2020	0,00%	10,41%	7,21%	1,34%
2021	0,00%	11,56%	7,19%	1,44%
2022	0,00%	11,27%	7,03%	1,41%
2023	0,00%	10,57%	6,80%	1,34%
2024	0,00%	9,80%	6,37%	1,24%
2025	0,00%	9,68%	6,35%	1,24%
2026	0,00%	9,82%	6,47%	1,26%
2027	0,00%	9,82%	6,43%	1,26%
2028	0,00%	9,77%	6,36%	1,25%
2029	0,00%	9,80%	6,22%	1,25%

**Der Beitrag für Teilversicherte aus der UG22 deckt ... % der Aufwendungen
(ohne Ausgleichszulagen)**

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions- versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Beträge in Mio.€				
2017	2,67%	0,29%	0,20%	2,32%
2018	2,63%	0,38%	0,24%	2,30%
2019	2,81%	0,34%	0,25%	2,45%
2020	2,67%	0,33%	0,29%	2,33%
2021	2,51%	0,32%	0,32%	2,20%
2022	2,54%	0,29%	0,29%	2,22%
2023	2,39%	0,26%	0,27%	2,08%
2024	2,37%	0,38%	0,38%	2,09%
2025	2,32%	0,39%	0,38%	2,04%
2026	2,19%	0,33%	0,36%	1,92%
2027	2,19%	0,35%	0,36%	1,92%
2028	2,17%	0,38%	0,36%	1,91%
2029	2,15%	0,41%	0,36%	1,90%

Die Bundesmittel decken ... % der Gesamtaufwendungen
(inklusive Ausgleichszulagen)

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions- versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Beträge in Mio.€				
2017	16,67%	46,49%	79,53%	22,97%
2018	15,54%	45,85%	78,30%	21,83%
2019	14,99%	45,84%	78,15%	21,31%
2020	17,23%	52,07%	79,16%	23,82%
2021	17,98%	46,92%	79,21%	23,91%
2022	18,15%	48,47%	79,66%	24,16%
2023	18,53%	51,58%	80,26%	24,74%
2024	20,73%	54,90%	81,07%	26,92%
2025	21,55%	55,56%	81,27%	27,70%
2026	21,08%	54,87%	80,83%	27,20%
2027	21,08%	54,86%	80,89%	27,20%
2028	21,51%	55,09%	81,05%	27,58%
2029	22,15%	54,99%	81,49%	28,12%

Anmerkung:

Bundesmittel = Bundesbeitrag (gesamt) + Ausgleichszulagen

Die Bundesmittel in % des BIP
(inklusive Ausgleichszulagen)

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions- versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Beträge in Mio.€				
2017	1,61%	0,48%	0,51%	2,60%
2018	1,49%	0,48%	0,49%	2,45%
2019	1,45%	0,48%	0,48%	2,42%
2020	1,83%	0,60%	0,53%	2,96%
2021	1,87%	0,54%	0,50%	2,92%
2022	1,82%	0,54%	0,48%	2,83%
2023	1,91%	0,60%	0,48%	2,99%
2024	2,29%	0,69%	0,50%	3,48%
2025	2,46%	0,73%	0,51%	3,70%
2026	2,41%	0,73%	0,51%	3,65%
2027	2,42%	0,73%	0,51%	3,66%
2028	2,49%	0,74%	0,51%	3,73%
2029	2,58%	0,74%	0,51%	3,83%

Anmerkung:

Bundesmittel = Bundesbeitrag (gesamt) + Ausgleichszulagen

BIP gemäß ESVG 2010

Übersicht über die gesamte Pensionsversicherung 2017 bis 2023

	2017	2023	Veränderung nominell			durchschn. jährliche Veränderung real
			absolut	relativ		
				insgesamt	pro Jahr	
Gebarungsdaten (in Mio. €)						
Aufwendungen (ohne AZ)	40.543,433	56.038,552	+ 15.495,119	+ 38,22%	+ 5,54%	+ 1,51%
Erträge (ohne Bundesmittel)	31.986,913	43.049,590	+ 11.062,677	+ 34,59%	+ 5,08%	+ 1,06%
Bundesbeiträge (gesamt)	8.556,521	12.988,961	+ 4.432,440	+ 51,80%	+ 7,20%	+ 3,11%
Anteil der Bundesbeiträge in % der Aufwendungen	21,10%	23,18%	.	.	.	
Ausgleichszulagen	979,710	1.164,849	+ 185,139	+ 18,90%	+ 2,93%	- 1,01%
Bundesmittel (BB + AZ)	9.536,231	14.153,810	+ 4.617,579	+ 48,42%	+ 6,80%	+ 2,72%
Anteil der Bundesmittel in % der Gesamtaufwendungen	22,97%	24,74%	.	.	.	
Statistikdaten						
Zahl der Pensionen	2.330.007	2.524.185	+ 194.178	+ 8,33%	+ 1,34%	
Zahl der Pflichtversicherten	3.940.634	4.357.357	+ 416.723	+ 10,58%	+ 1,69%	
Belastungsquote (auf 1.000 Pflichtversicherungen entfallen . . . Pensionen)	591	579	.	.	.	
Durchschn. Beitragsgrundl.	2.749,53	3.395,41	+ 645,88	+ 23,49%	+ 3,58%	- 0,38%
Durchschnittspension	1.113,70	1.412,97	+ 299,27	+ 26,87%	+ 4,05%	+ 0,07%
Anpassung	100,0	117,4	.	+ 17,40%	+ 2,71%	
Brutto-Inlandsprodukt (nominell, in Mio. €) gem. ESVG 2010	367.295	473.227	+ 105.932	+ 28,84%	+ 4,31%	+ 0,33%

Übersicht über die gesamte Pensionsversicherung
2023 bis 2029

	2023	2029	Veränderung nominell			durchschn. jährliche Veränderung real
			absolut	relativ		
				insgesamt	pro Jahr	
Gebarungsdaten (in Mio. €)						
Aufwendungen (ohne AZ)	56.038,552	77.228,862	+ 21.190,310	+ 37,81%	+ 5,49%	+ 3,20%
Erträge (ohne Bundesmittel)	43.049,590	56.506,109	+ 13.456,519	+ 31,26%	+ 4,64%	+ 2,37%
Bundesbeiträge (gesamt)	12.988,961	20.722,753	+ 7.733,792	+ 59,54%	+ 8,10%	+ 5,75%
Anteil der Bundesbeiträge in % der Aufwendungen	23,18%	26,83%	.	.	.	
Ausgleichszulagen	1.164,849	1.385,535	+ 220,686	+ 18,95%	+ 2,93%	+ 0,70%
Bundesmittel (BB + AZ)	14.153,810	22.108,288	+ 7.954,478	+ 56,20%	+ 7,72%	+ 5,38%
Anteil der Bundesmittel in % der Gesamtaufwendungen	24,74%	28,12%	.	.	.	
Statistikdaten						
Zahl der Pensionen	2.524.185	2.664.710	+ 140.525	+ 5,57%	+ 0,91%	
Zahl der Pflichtversicherten	4.357.357	4.607.510	+ 250.153	+ 5,74%	+ 0,93%	
Belastungsquote (auf 1.000 Pflichtversicherungen entfallen . . . Pensionen)	579	578	.	.	.	
Durchschn. Beitragsgrundl.	3.395,41	4.240,86	+ 845,45	+ 24,90%	+ 3,78%	+ 1,53%
Durchschnittspension	1.412,97	1.877,09	+ 464,13	+ 32,85%	+ 4,85%	+ 2,57%
Anpassung	100,0	124,6	.	+ 24,60%	+ 3,73%	
Brutto-Inlandsprodukt (nominell, in Mio. €) gem. ESVG 2010	473.227	577.890	+ 104.663	+ 22,12%	+ 3,39%	+ 1,14%

Übersicht über die gesamte Pensionsversicherung

2024 bis 2029

	2024	2029	Veränderung nominell			durchschn. jährliche Veränderung real
			absolut	relativ		
				insgesamt	pro Jahr	
Gebarungsdaten (in Mio. €)						
Aufwendungen (ohne AZ)	62.222,071	77.228,862	+ 15.006,791	+ 24,12%	+ 4,42%	+ 2,33%
Erträge (ohne Bundesmittel)	46.388,487	56.506,109	+ 10.117,622	+ 21,81%	+ 4,02%	+ 1,95%
Bundesbeiträge (gesamt)	15.833,584	20.722,753	+ 4.889,169	+ 30,88%	+ 5,53%	+ 3,42%
Anteil der Bundesbeiträge in % der Aufwendungen	25,45%	26,83%	.	.	.	
Ausgleichszulagen	1.254,486	1.385,535	+ 131,049	+ 10,45%	+ 2,01%	- 0,03%
Bundesmittel (BB + AZ)	17.088,070	22.108,288	+ 5.020,218	+ 29,38%	+ 5,29%	+ 3,18%
Anteil der Bundesmittel in % der Gesamtaufwendungen	26,92%	28,12%	.	.	.	
Statistikdaten						
Zahl der Pensionen	2.557.778	2.664.710	+ 106.932	+ 4,18%	+ 0,82%	
Zahl der Pflichtversicherten	4.379.957	4.607.510	+ 227.552	+ 5,20%	+ 1,02%	
Belastungsquote (auf 1.000 Pflichtversicherungen entfallen . . . Pensionen)	584	578	.	.	.	
Durchschn. Beitragsgrundl.	3.641,55	4.240,86	+ 599,30	+ 16,46%	+ 3,09%	+ 1,03%
Durchschnittspension	1.567,00	1.877,09	+ 310,09	+ 19,79%	+ 3,68%	+ 1,60%
Anpassung	100,0	113,6	.	+ 13,60%	+ 2,58%	
Brutto-Inlandsprodukt (nominell, in Mio. €) gem. ESVG 2010	490.730	577.890	+ 87.160	+ 17,76%	+ 3,32%	+ 1,26%

**Zahl aller
Ausgleichszulagenbezieher
(inklusive Pensionsbonusbezieher)**

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions- versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Anzahl				
2017	162.599	13.956	36.890	213.445
2018	161.390	13.963	35.043	210.396
2019	159.788	13.641	33.168	206.597
2020	160.880	13.588	32.409	206.877
2021	162.747	14.054	32.197	208.998
2022	160.668	14.031	30.632	205.331
2023	161.668	14.194	29.716	205.578
2024	161.561	14.308	28.329	204.198
2025	160.470	14.260	27.690	202.420
2026	159.720	14.230	27.230	201.180
2027	159.030	14.200	26.840	200.070
2028	158.980	14.210	26.480	199.670
2029	158.920	14.190	26.150	199.260
Veränderung gegenüber dem Vorjahr				
2017	+ 1.330	+ 156	- 1.060	+ 426
2018	- 1.209	+ 7	- 1.847	- 3.049
2019	- 1.602	- 322	- 1.875	- 3.799
2020	+ 1.092	- 53	- 759	+ 280
2021	+ 1.867	+ 466	- 212	+ 2.121
2022	- 2.079	- 23	- 1.565	- 3.667
2023	+ 1.000	+ 163	- 916	+ 247
2024	- 107	+ 114	- 1.387	- 1.380
2025	- 1.091	- 48	- 639	- 1.778
2026	- 750	- 30	- 460	- 1.240
2027	- 690	- 30	- 390	- 1.110
2028	- 50	+ 10	- 360	- 400
2029	- 60	- 20	- 330	- 410
Änderungsraten in %				
2017 / 2023	- 0,6	+ 1,7	- 19,4	- 3,7
2023 / 2029	- 1,7	- 0,0	- 12,0	- 3,1
2024 / 2029	- 1,6	- 0,8	- 7,7	- 2,4

**Höhe der durchschnittlichen Ausgleichszulagen
(inklusive AZ- und Pensionsbonus)**

	Pensionsversicherung nach dem			gesamte Pensions- versicherung
	ASVG	GSVG und FSVG	BSVG	
Höhe in €				
2017	302,10	355,13	431,08	327,86
2018	307,53	353,38	434,45	331,71
2019	315,53	363,18	440,67	338,76
2020	333,80	403,68	492,77	363,29
2021	340,49	419,40	482,88	367,73
2022	348,61	421,84	505,92	377,08
2023	378,32	452,31	525,67	404,73
2024	412,11	486,69	566,98	438,82
2025	429,65	509,56	590,17	457,23
2026	439,68	521,26	601,90	467,41
2027	449,44	532,73	613,22	477,33
2028	458,94	543,45	624,45	486,91
2029	468,61	554,62	635,78	496,67
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
2017	+ 0,6	+ 3,5	+ 1,1	+ 0,7
2018	+ 1,8	- 0,5	+ 0,8	+ 1,2
2019	+ 2,6	+ 2,8	+ 1,4	+ 2,1
2020	+ 5,8	+ 11,2	+ 11,8	+ 7,2
2021	+ 2,0	+ 3,9	- 2,0	+ 1,2
2022	+ 2,4	+ 0,6	+ 4,8	+ 2,5
2023	+ 8,5	+ 7,2	+ 3,9	+ 7,3
2024	+ 8,9	+ 7,6	+ 7,9	+ 8,4
2025	+ 4,3	+ 4,7	+ 4,1	+ 4,2
2026	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,2
2027	+ 2,2	+ 2,2	+ 1,9	+ 2,1
2028	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,0
2029	+ 2,1	+ 2,1	+ 1,8	+ 2,0
Änderungsraten in %				
2017 / 2023	+ 25,2	+ 27,4	+ 21,9	+ 23,4
2023 / 2029	+ 23,9	+ 22,6	+ 20,9	+ 22,7
2024 / 2029	+ 13,7	+ 14,0	+ 12,1	+ 13,2

Gebahrung der gesamten PV

(in Millionen EURO)

	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029
pv2408 10.10.2024 Pensionserhöhung	1,057	1,097	1,046	1,022	1,021	1,020	1,020
Aufwendungen :							
Pensionsaufwand	49.932,306	56.112,676	59.835,012	62.249,518	64.653,677	67.315,391	70.026,829
Abfertigungen	7.988	7.958	8.438	8.788	9.128	9.458	9.802
Überweisungsbeträge	149,335	154,600	149,600	150,650	150,650	150,700	150,752
Gesundheitsv. u. Rehabilitation	1.514,712	1.620,423	1.688,584	1.730,532	1.765,209	1.799,816	1.835,107
Krankenvers. der Pens.	2.264,402	2.538,077	2.703,997	2.811,745	2.919,265	3.037,402	3.148,124
Verwaltungsaufwand	774,251	833,461	866,345	897,709	929,100	957,516	986,855
Übrige Aufwendungen	1.395,558	954,877	999,315	1.023,360	1.040,800	1.055,935	1.071,393
Summe	56.038,552	62.222,071	66.251,291	68.872,302	71.467,829	74.326,218	77.228,862
Erträge :							
Pflichtbeiträge *)	39.728,503	42.782,582	44.960,761	47.098,474	48.958,776	50.747,234	52.496,952
Sonstige Beiträge	450,231	497,945	500,085	502,706	506,829	509,955	513,102
Beiträge für Teilversicherte 1)	2.619,574	2.808,137	3.078,519	3.188,945	3.234,575	3.261,438	3.213,487
Vermögenseinträge	12,098	13,089	11,035	10,534	10,022	9,975	9,935
Übrige Erträge	239,185	286,734	289,116	293,365	289,009	280,641	272,633
Summe	43.049,590	46.388,487	48.839,516	51.094,024	52.999,211	54.809,243	56.506,109
Beitragsübernahmen	2,139	82,350	87,360	2,170	2,180	2,190	2,200
Partnerleistung	748,520	773,864	819,100	866,832	900,154	930,022	961,722
Ausfallhaftung	11.072,506	13.759,463	15.238,615	15.586,252	16.194,509	17.166,773	18.296,594
Bundesbeitrag für Teilversicherte 2)	1.165,797	1.217,906	1.266,699	1.323,024	1.371,775	1.417,990	1.462,236
Summe Bundesbeitrag	12.988,961	15.833,584	17.411,774	17.778,278	18.468,618	19.516,975	20.722,753
Kontrolle	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
Ausgleichszulagen	1.164,849	1.254,486	1.295,748	1.316,470	1.336,983	1.361,093	1.385,535
Bundesmittel (BB + AZ)	14.153,810	17.088,070	18.707,522	19.094,748	19.805,601	20.878,068	22.108,288
NSCHG	103,154	112,849	120,591	122,283	120,674	119,245	119,653
BB + AZ + NSCHG	14.256,964	17.200,919	18.828,113	19.217,031	19.926,275	20.997,313	22.227,940

*) ohne Partnerleistung und ohne Beitragsübernahmen

1) Beiträge für Teilversicherte durch Transferzahlungen aus anderen UGS

2) Beiträge für Teilversicherte aus der UG22

Gebahrung der PVA

(in Millionen EURO)

	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029
pv2408 10.10.2024 Pensionserhöhung	1,057	1,097	1,046	1,022	1,021	1,020	1,020
Aufwendungen :							
Pensionsaufwand	42.082,370	47.300,660	50.427,242	52.457,456	54.483,692	56.749,030	59.065,159
Abfertigungen	7,091	6,900	7,350	7,700	8,040	8,370	8,714
Überweisungsbeiträge	146,206	151,000	146,000	147,000	147,000	147,000	147,000
Gesundheitsv. u. Rehabilitation	1.308,103	1.401,000	1.462,000	1.499,000	1.529,000	1.559,000	1.589,589
Krankenvers. der Pens.	1.656,988	1.862,355	1.985,347	2.065,163	2.144,814	2.233,868	2.324,912
Verwaltungsaufwand	621,524	672,700	700,200	726,400	753,300	778,400	804,336
Übrige Aufwendungen	1.197,175	834,160	879,310	903,170	917,230	928,700	940,313
Summe	47.019,457	52.228,775	55.607,449	57.805,890	59.983,076	62.404,368	64.880,023
Erträge :							
Pflichtbeiträge *)	35.870,384	38.698,433	40.613,617	42.478,926	44.135,669	45.736,034	47.285,866
Sonstige Beiträge	414,389	463,000	464,900	467,400	471,400	474,400	477,419
Beiträge für Teilversicherte 1)	2.552,220	2.725,895	2.991,404	3.095,443	3.136,674	3.159,577	3.108,391
Vermögenserträge	11,600	12,500	10,500	10,000	9,500	9,500	9,500
Übrige Erträge	184,330	212,600	225,050	231,000	226,050	217,100	208,504
Summe	39.032,923	42.112,429	44.305,471	46.282,769	47.979,293	49.596,611	51.089,680
Beitragsübernahmen (§54b ASVG)		72,412	76,926				
Partnerleistung							
Ausfallhaftung	6.852,409	8.863,942	9.999,362	10.245,097	10.680,914	11.443,073	12.386,438
Bundesbeitrag für Teilversicherte 2)	1.134,126	1.179,994	1.225,690	1.278,023	1.322,870	1.364,684	1.403,905
Summe Bundesbeitrag	7.986,534	10.116,347	11.301,978	11.523,120	12.003,784	12.807,757	13.790,343
Kontrolle	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
Ausgleichszulagen	849,061	924,509	957,588	975,588	993,110	1.013,960	1.035,092
Bundemittel (BB + AZ)	8.835,596	11.040,856	12.259,567	12.498,708	12.996,894	13.821,717	14.825,435

*) ohne Beitragsübernahmen

1) Beiträge für Teilversicherte durch Transferzahlungen aus anderen UGs

2) Beiträge für Teilversicherte aus der UG22

Gebahrung der BVAEB

(in Millionen EURO)

	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029
pv2408 10.10.2024 Pensionserhöhung	1,057	1,097	1,046	1,022	1,021	1,020	1,020
Aufwendungen :							
Pensionsaufwand	867,628	965,210	1.004,496	1.031,133	1.058,921	1.089,745	1.121,376
Abfertigungen	0,127	0,188	0,188	0,188	0,188	0,188	0,188
Überweisungsbeträge	1,478	1,400	1,400	1,450	1,450	1,500	1,552
Gesundheitsv. u. Rehabilitation	22,369	23,423	24,584	24,532	25,209	25,816	26,438
Krankenvers. der Pens.	89,583	99,412	103,204	105,679	108,259	111,136	114,362
Verwaltungsaufwand	12,659	13,761	14,045	14,809	15,200	15,516	15,839
Übrige Aufwendungen	20,032	16,747	17,005	18,160	19,510	21,145	22,917
Summe	<u>1.013,876</u>	<u>1.120,141</u>	<u>1.164,922</u>	<u>1.195,951</u>	<u>1.228,737</u>	<u>1.265,046</u>	<u>1.302,670</u>
Erträge :							
Pflichtbeiträge *)	767,578	887,402	962,032	1.028,550	1.090,441	1.151,412	1.213,608
Sonstige Beiträge	5,850	5,182	5,263	5,225	5,189	5,155	5,121
Beiträge für Teilversicherte 1)	19,799	18,435	18,771	19,309	19,663	19,982	20,243
Vermögenserträge	0,311	0,377	0,323	0,322	0,310	0,263	0,223
Übrige Erträge	4,608	5,724	5,236	4,275	4,209	4,231	4,253
Summe	<u>798,146</u>	<u>917,120</u>	<u>991,626</u>	<u>1.057,681</u>	<u>1.119,813</u>	<u>1.181,043</u>	<u>1.243,448</u>
Beitragsübernahmen (§54b ASVG)		1,550	1,646				
Partnerleistung							
Ausfallhaftung	202,910	188,725	158,339	124,262	94,134	68,347	42,580
Bundesbeitrag für Teilversicherte 2)	12,819	12,747	13,311	14,007	14,791	15,656	16,642
Summe Bundesbeitrag	<u>215,729</u>	<u>203,021</u>	<u>173,296</u>	<u>138,269</u>	<u>108,925</u>	<u>84,003</u>	<u>59,222</u>
Kontrolle	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
Ausgleichszulagen	7,214	7,619	7,645	7,581	7,542	7,523	7,503
Bundemittel (BB + AZ)	222,943	210,640	180,942	145,850	116,467	91,526	66,725

*) ohne Beitragsübernahmen

1) Beiträge für Teilversicherte durch Transferzahlungen aus anderen UGs

2) Beiträge für Teilversicherte aus der UG22

Gebahrung der PV nach dem ASVG (in Millionen EURO)

	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029
pv2408 10.10.2024 Pensionserhöhung	1,057	1,097	1,046	1,022	1,021	1,020	1,020
Aufwendungen :							
Pensionsaufwand							
Abfertigungen	42.949,998	48.265,870	51.431,738	53.488,589	55.542,613	57.838,775	60.186,535
Überweisungsbeiträge	7,218	7,088	7,538	7,888	8,228	8,558	8,902
Gesundheitsv. u. Rehabilitation	147,684	152,400	147,400	148,450	148,450	148,500	148,552
Krankenvers. der Pens.	1.330,472	1.424,423	1.486,584	1.523,532	1.554,209	1.584,816	1.616,026
Verwaltungsaufwand	1.746,571	1.961,767	2.088,551	2.170,842	2.253,074	2.345,004	2.439,274
Übrige Aufwendungen	634,183	686,461	714,245	741,209	768,500	793,916	820,175
Summe	1.217,207	850,907	896,315	921,330	936,740	949,845	963,230
	48.033,333	53.348,917	56.772,371	59.001,840	61.211,814	63.669,414	66.182,693
	+12,38%	+11,07%	+6,42%	+3,93%	+3,75%	+4,01%	+3,95%
	-1,80%		+6,56%	+4,00%	+3,84%	+4,13%	+4,06%
	+3,19%		+6,35%	+4,64%	+4,31%	+4,01%	+4,01%
	+7,06%		-3,28%	+0,71%	+0,00%	+0,03%	+0,03%
	+12,32%		+4,36%	+2,49%	+2,01%	+1,97%	+1,97%
	+8,24%		+4,05%	+3,94%	+3,79%	+4,08%	+4,02%
	-30,09%		+5,34%	+2,79%	+3,68%	+3,31%	+3,31%
	+11,07%		+6,42%	+3,93%	+3,75%	+4,01%	+3,95%
Erträge :							
Pflichtbeiträge *)							
Sonstige Beiträge	36.637,962	39.585,835	41.575,649	43.507,476	45.226,110	46.887,446	48.499,474
Beiträge für Teilversicherte 1)	420,239	468,182	470,163	472,625	476,589	479,555	482,540
Vermögenserträge	2.572,019	2.744,331	3.010,175	3.114,753	3.156,337	3.179,559	3.128,633
Übrige Erträge	11,911	12,877	10,823	10,322	9,810	9,763	9,723
Summe	188,938	218,324	230,286	235,275	230,259	221,331	212,757
	39.831,069	43.029,549	45.297,096	47.340,451	49.099,106	50.777,654	52.333,128
	+8,05%	+8,03%	+5,27%	+4,51%	+3,71%	+3,42%	+3,06%
	+11,41%		+5,03%	+4,65%	+3,95%	+3,67%	+3,44%
	+6,70%		+0,42%	+0,52%	+0,84%	+0,62%	+0,62%
	+8,11%		-15,95%	-4,63%	-4,96%	-0,48%	-1,60%
	+15,55%		+5,48%	+2,17%	-2,13%	-3,88%	-3,87%
	+8,03%		+5,27%	+4,51%	+3,71%	+3,42%	+3,06%
Beitragsübernahmen (§54b ASVG)	0,000	73,961	78,572	0,000	0,000	0,000	0,000
Partnerleistung	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
Ausfallhaftung	7.055,319	9.052,667	10.157,701	10.369,359	10.775,047	11.511,420	12.429,018
Bundesbeitrag für Teilversicherte 2)	1.146,944	1.192,740	1.239,001	1.292,030	1.337,661	1.380,340	1.420,547
Summe Bundesbeitrag	8.202,264	10.319,368	11.475,275	11.661,390	12.112,708	12.891,760	13.849,565
	+25,81%	+25,81%	+11,20%	+1,62%	+3,87%	+6,43%	+7,43%
Kontrolle	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
Ausgleichszulagen							
Bundesmittel (BB + AZ)	856,275	932,129	965,234	983,168	1.000,652	1.021,483	1.042,595
	+8,86%	+8,86%	+3,55%	+1,86%	+1,78%	+2,08%	+2,07%
Bundesmittel (BB + AZ)	9.058,539	11.251,497	12.440,508	12.644,558	13.113,361	13.913,243	14.892,160
	+24,21%	+24,21%	+10,57%	+1,64%	+3,71%	+6,10%	+7,04%

*) ohne Beitragsübernahmen

1) Beiträge für Teilversicherte durch Transferzahlungen aus anderen UGs

2) Beiträge für Teilversicherte aus der UG22

Gebarung der PV nach dem GSVG und FSVG
 (in Millionen EURO)

	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029
pV2408 10.10.2024 Pensionserhöhung	1,057	1,097	1,046	1,022	1,021	1,020	1,020
Aufwendungen :							
Summe des Pensionsaufwandes	4.881,468	5.547,257	5.965,271	6.234,614	6.495,642	6.770,345	7.040,768
Abfertigungen	0,596	0,700	0,700	0,700	0,700	0,700	0,700
Überweisungsbeiträge	0,937	1,550	1,550	1,550	1,550	1,550	1,550
Gesundheitsv. u. Rehabilitation	111,443	120,000	124,000	128,000	131,000	134,000	137,069
Krankenvers. der Pens.	208,416	237,337	255,755	267,861	279,658	292,094	299,903
Verwaltungsaufwand	84,334	92,100	96,500	100,700	104,600	107,500	110,480
Übrige Aufwendungen	122,056	86,080	85,990	85,900	87,810	89,720	91,672
Summe	5.409,253	6.085,025	6.529,766	6.819,325	7.100,960	7.395,909	7.682,141
Erträge :							
Pflichtbeiträge der selbständig Erwerbstätigen freiberuflich selbst. Erwerbstätigen	2.286,712	2.381,061	2.523,382	2.679,498	2.790,904	2.892,004	3.012,092
Summe der Pflichtbeiträge *)	2.573,484	2.677,640	2.837,681	3.012,568	3.137,746	3.251,478	3.386,478
Sonstige Beiträge	17,270	17,700	17,850	18,000	18,150	18,300	18,451
Beiträge für Teilversicherte 1)	32,893	41,684	44,503	48,057	50,677	53,036	54,963
Vermögenserträge	0,099	0,107	0,107	0,107	0,107	0,107	0,107
Übrige Erträge	39,043	51,360	46,900	46,000	46,500	46,900	47,303
Summe	2.662,788	2.788,491	2.947,041	3.124,732	3.253,180	3.369,821	3.507,303
Beitragsübernahmen (§27g GSVG)							
Partnerleistung	571,970	5,195	5,519	669,432	697,254	722,522	752,522
Ausfallhaftung	2.160,471	596,164	631,800	3.002,926	3.125,645	3.275,577	3.390,638
Bundesbeitrag für Teilversicherte 2)	14,024	17,744	19,703	22,235	24,880	27,989	31,678
Summe Bundesbeitrag	2.746,465	3.296,534	3.582,725	3.694,593	3.847,780	4.026,088	4.174,838
Kontrolle	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
Ausgleichszulagen	89,882	97,490	101,729	103,845	105,907	108,114	110,181
Bundemittel (BB + AZ)	2.836,346	3.394,023	3.684,454	3.798,438	3.953,687	4.134,202	4.285,019

*) ohne Partnerleistung und ohne Beitragsübernahmen

1) Beiträge für Teilversicherte durch Transferzahlungen aus anderen UGs

2) Beiträge für Teilversicherte aus der UG22

Gebahrung der PV nach dem BSVG
 (in Millionen EURO)

	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029
pv2408 10.10.2024 Pensionserhöhung	1,057	1,097	1,046	1,022	1,021	1,020	1,020
Aufwendungen :							
Pensionsaufwand	2.100,840	2.299,548	2.438,002	2.526,315	2.615,422	2.706,271	2.799,526
Abfertigungen	0,174	0,170	0,200	0,200	0,200	0,200	0,200
Überweisungsbeiträge	72,796	0,650	0,650	0,650	0,650	0,650	0,650
Gesundheitsv. u. Rehabilitation	309,414	76,000	78,000	79,000	80,000	81,000	82,013
Krankenvers. der Pens.	55,734	338,972	359,691	373,042	386,533	400,304	408,947
Verwaltungsaufwand	56,295	54,900	55,600	55,800	56,000	56,100	56,200
Übrige Aufwendungen	2.595,966	17,890	17,010	16,130	16,250	16,370	16,491
Summe		2.788,130	2.949,153	3.051,137	3.155,055	3.260,895	3.364,027
Erträge :							
Pflichtbeiträge *)	517,057	519,106	547,431	578,430	594,920	608,310	611,000
Sonstige Beiträge	12,722	12,063	12,072	12,081	12,090	12,100	12,110
Beiträge für Teilversicherte 1)	14,662	22,123	23,841	26,135	27,560	28,843	29,891
Vermögenserträge	0,088	0,105	0,105	0,105	0,105	0,105	0,105
Übrige Erträge	11,204	17,050	11,930	12,090	12,250	12,410	12,572
Summe	555,733	570,447	595,379	628,841	646,925	661,768	665,678
Beitragsübernahmen (§24g + §23 Abs. 6 BSVG) 3)	2,139	3,194	3,269	2,170	2,180	2,190	2,200
Partnerleistung	176,550	177,700	187,300	197,400	202,900	207,500	209,200
Ausfallhaftung	1.856,716	2.029,366	2.155,211	2.213,967	2.293,816	2.379,776	2.476,938
Bundesbeitrag für Teilversicherte 2)	4,828	7,422	7,994	8,759	9,234	9,661	10,012
Summe Bundesbeitrag	2.040,233	2.217,682	2.353,774	2.422,296	2.508,130	2.599,127	2.698,349
3) davon BB Erh. BGL §23 Abs. 6 Z1 BSVG Kontrolle	2,139 0,000	2,150 0,000	2,160 0,000	2,170 0,000	2,180 0,000	2,190 0,000	2,200 0,000
Ausgleichszulagen	218,691	224,868	228,785	229,456	230,424	231,496	232,759
Bundemittel (BB + AZ)	2.258,925	2.442,550	2.582,560	2.651,752	2.738,553	2.830,624	2.931,108

*) ohne Partnerleistung und ohne Beitragsübernahmen

1) Beiträge für Teilversicherte durch Transferzahlungen aus anderen UGs

2) Beiträge für Teilversicherte aus der UG22

Tabelle 7

Ausgleichszulagen (in Millionen EURO)

	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029
pv2408 10.10.2024 Pensionserhöhung	1,057 1.110,26 + 7,74%	1,097 1.217,96 + 9,70%	1,046 1.273,99 + 4,60%	1,022 1.302,02 + 2,20%	1,021 1.329,36 + 2,10%	1,020 1.355,95 + 2,00%	1,020 1.383,07 + 2,00%
Richtsatz Alleinstehende Steigerung							
Pensionsversicherungsanstalt VA öff. Bed., Eisenbahn und Bergbau	849,061 7,214	924,509 7,619	957,588 7,645	975,588 7,581	993,110 7,542	1.013,960 7,523	1.035,092 7,503
Summe ASVG	856,275	932,129	965,234	983,168	1.000,652	1.021,483	1.042,595
SVS - gewerbliche Wirtschaft SVS - Bauern	89,882 218,691	97,490 224,868	101,729 228,785	103,845 229,456	105,907 230,424	108,114 231,496	110,181 232,759
Summe Selbständige	308,573	322,358	330,514	333,302	336,330	339,610	342,940
Gesamtsumme	1.164,849	1.254,486	1.295,748	1.316,470	1.336,983	1.361,093	1.385,535

pv2408	gesamte PV		davon					
			ASVG		GSVG+FSVG		BSVG	
1970	1.557,670		1.469,640		58,370		29,660	
1971	1.785,140	+14,6%	1.679,340	+14,3%	60,510	+3,7%	45,290	+52,7%
1972	2.034,770	+14,0%	1.922,180	+14,5%	64,560	+6,7%	48,030	+6,0%
1973	2.370,950	+16,5%	2.234,780	+16,3%	82,460	+27,7%	53,710	+11,8%
1974	2.717,020	+14,6%	2.565,310	+14,8%	93,340	+13,2%	58,370	+8,7%
1975	3.041,210	+11,9%	2.870,740	+11,9%	106,290	+13,9%	64,180	+10,0%
1976	3.469,910	+14,1%	3.281,710	+14,3%	115,070	+8,3%	73,130	+13,9%
1977	3.823,100	+10,2%	3.605,790	+9,9%	131,150	+14,0%	86,160	+17,8%
1978	4.691,610	+22,7%	4.417,450	+22,5%	169,240	+29,0%	104,920	+21,8%
1979	5.084,410	+8,4%	4.771,640	+8,0%	200,520	+18,5%	112,250	+7,0%
1980	5.726,620	+12,6%	5.355,420	+12,2%	218,190	+8,8%	153,010	+36,3%
1981	6.169,340	+7,7%	5.812,160	+8,5%	202,690	-7,1%	154,490	+1,0%
1982	6.411,050	+3,9%	6.050,480	+4,1%	208,080	+2,7%	152,490	-1,3%
1983	6.641,720	+3,6%	6.267,460	+3,6%	217,030	+4,3%	157,230	+3,1%
1984	7.345,190	+10,6%	6.870,220	+9,6%	278,190	+28,2%	196,780	+25,2%
1985	7.866,760	+7,1%	7.343,860	+6,9%	311,470	+12,0%	211,430	+7,4%
1986	8.329,030	+5,9%	7.719,950	+5,1%	393,270	+26,3%	215,810	+2,1%
1987	8.559,620	+2,8%	8.006,610	+3,7%	329,480	-16,2%	223,530	+3,6%
1988	8.937,760	+4,4%	8.349,720	+4,3%	344,040	+4,4%	244,000	+9,2%
1989	9.547,700	+6,8%	8.934,810	+7,0%	365,180	+6,1%	247,710	+1,5%
1990	10.631,950	+11,4%	10.004,770	+12,0%	375,110	+2,7%	252,070	+1,8%
1991	11.394,510	+7,2%	10.730,280	+7,3%	401,550	+7,0%	262,680	+4,2%
1992	12.108,980	+6,3%	11.391,760	+6,2%	442,150	+10,1%	275,070	+4,7%
1993	12.713,350	+5,0%	11.957,580	+5,0%	467,200	+5,7%	288,570	+4,9%
1994	13.273,930	+4,4%	12.464,090	+4,2%	507,370	+8,6%	302,470	+4,8%
1995	13.770,680	+3,7%	12.907,170	+3,6%	542,520	+6,9%	320,990	+6,1%
1996	14.574,860	+5,8%	13.615,900	+5,5%	611,160	+12,7%	347,800	+8,4%
1997	14.984,740	+2,8%	13.890,090	+2,0%	726,550	+18,9%	368,100	+5,8%
1998	15.532,460	+3,7%	14.364,280	+3,4%	777,920	+7,1%	390,260	+6,0%
1999	16.100,560	+3,7%	14.880,370	+3,6%	825,800	+6,2%	394,390	+1,1%
2000	17.420,310	+8,2%	16.173,790	+8,7%	853,210	+3,3%	393,310	-0,3%
2001	18.259,406	+4,8%	16.656,045	+3,0%	1.185,833	+39,0%	417,528	+6,2%
2002	18.260,846	+0,0%	16.891,090	+1,4%	955,663	-19,4%	414,093	-0,8%
2003	17.985,167	-1,5%	16.521,554	-2,2%	1.026,920	+7,5%	436,693	+5,5%
2004	18.622,837	+3,5%	17.076,001	+3,4%	1.117,064	+8,8%	429,773	-1,6%
2005	19.632,598	+5,4%	18.231,922	+6,8%	1.028,934	-7,9%	371,742	-13,5%
2006	20.587,136	+4,9%	19.083,636	+4,7%	1.131,627	+10,0%	371,873	+0,0%
2007	21.667,533	+5,2%	20.106,403	+5,4%	1.184,752	+4,7%	376,378	+1,2%
2008	22.686,974	+4,7%	21.078,530	+4,8%	1.228,733	+3,7%	379,711	+0,9%
2009	23.190,633	+2,2%	21.473,519	+1,9%	1.320,855	+7,5%	396,259	+4,4%
2010	24.219,299	+4,4%	22.522,139	+4,9%	1.304,327	-1,3%	392,833	-0,9%
2011	25.196,663	+4,0%	23.364,577	+3,7%	1.427,895	+9,5%	404,191	+2,9%
2012	26.084,744	+3,5%	24.182,370	+3,5%	1.479,120	+3,6%	423,254	+4,7%
2013	27.430,211	+5,2%	25.225,918	+4,3%	1.768,822	+19,6%	435,471	+2,9%
2014	28.419,763	+3,6%	26.311,434	+4,3%	1.674,030	-5,4%	434,299	-0,3%
2015	29.585,954	+4,1%	27.293,720	+3,7%	1.822,341	+8,9%	469,894	+8,2%
2016	30.832,323	+4,2%	28.387,636	+4,0%	1.968,851	+8,0%	475,836	+1,3%
2017	31.986,913	+3,7%	29.470,096	+3,8%	2.034,990	+3,4%	481,827	+1,3%
2018	33.643,766	+5,2%	30.970,168	+5,1%	2.153,755	+5,8%	519,842	+7,9%
2019	35.374,717	+5,1%	32.574,310	+5,2%	2.264,437	+5,1%	535,970	+3,1%
2020	35.989,236	+1,7%	33.345,145	+2,4%	2.114,585	-6,6%	529,506	-1,2%
2021	37.710,792	+4,8%	34.694,888	+4,0%	2.477,766	+17,2%	538,138	+1,6%
2022	39.860,528	+5,7%	36.745,520	+5,9%	2.570,255	+3,7%	544,753	+1,2%
2023	43.049,590	+8,0%	39.831,069	+8,4%	2.662,788	+3,6%	555,733	+2,0%
2024	46.388,487	+7,8%	43.029,549	+8,0%	2.788,491	+4,7%	570,447	+2,6%
2025	48.839,516	+5,3%	45.297,096	+5,3%	2.947,041	+5,7%	595,379	+4,4%
2026	51.094,024	+4,6%	47.340,451	+4,5%	3.124,732	+6,0%	628,841	+5,6%
2027	52.999,211	+3,7%	49.099,106	+3,7%	3.253,180	+4,1%	646,925	+2,9%
2028	54.809,243	+3,4%	50.777,654	+3,4%	3.369,821	+3,6%	661,768	+2,3%
2029	56.506,109	+3,1%	52.333,128	+3,1%	3.507,303	+4,1%	665,678	+0,6%

pv2408	gesamte		davon					
	PV		ASVG		GSVG+FSVG		BSVG	
1970	2.056,930		1.857,000		130,960		68,970	
1971	2.326,690	+13,1%	2.078,290	+11,9%	150,870	+15,2%	97,530	+41,4%
1972	2.619,060	+12,6%	2.313,250	+11,3%	175,650	+16,4%	130,160	+33,5%
1973	2.928,930	+11,8%	2.569,560	+11,1%	208,720	+18,8%	150,650	+15,7%
1974	3.437,860	+17,4%	2.988,670	+16,3%	259,660	+24,4%	189,530	+25,8%
1975	4.026,000	+17,1%	3.488,650	+16,7%	310,170	+19,5%	227,180	+19,9%
1976	4.796,330	+19,1%	4.162,770	+19,3%	366,200	+18,1%	267,360	+17,7%
1977	5.211,510	+8,7%	4.448,810	+6,9%	423,100	+15,5%	339,600	+27,0%
1978	5.764,190	+10,6%	4.894,370	+10,0%	472,370	+11,6%	397,450	+17,0%
1979	6.305,530	+9,4%	5.331,060	+8,9%	530,220	+12,2%	444,250	+11,8%
1980	6.862,930	+8,8%	5.793,910	+8,7%	588,360	+11,0%	480,660	+8,2%
1981	7.454,340	+8,6%	6.293,900	+8,6%	641,270	+9,0%	519,170	+8,0%
1982	8.177,370	+9,7%	6.923,910	+10,0%	695,480	+8,5%	557,980	+7,5%
1983	8.912,010	+9,0%	7.562,040	+9,2%	752,240	+8,2%	597,730	+7,1%
1984	9.637,290	+8,1%	8.193,570	+8,4%	806,520	+7,2%	637,200	+6,6%
1985	10.314,020	+7,0%	8.770,080	+7,0%	859,140	+6,5%	684,800	+7,5%
1986	11.016,400	+6,8%	9.367,520	+6,8%	923,530	+7,5%	725,350	+5,9%
1987	11.772,350	+6,9%	10.006,910	+6,8%	995,110	+7,8%	770,330	+6,2%
1988	12.253,480	+4,1%	10.424,600	+4,2%	1.033,140	+3,8%	795,740	+3,3%
1989	12.958,300	+5,8%	11.023,830	+5,7%	1.093,930	+5,9%	840,540	+5,6%
1990	13.811,410	+6,6%	11.745,110	+6,5%	1.170,720	+7,0%	895,580	+6,5%
1991	14.875,070	+7,7%	12.641,970	+7,6%	1.265,060	+8,1%	968,040	+8,1%
1992	15.759,000	+5,9%	13.382,460	+5,9%	1.343,400	+6,2%	1.033,140	+6,7%
1993	16.160,490	+2,5%	13.707,880	+2,4%	1.398,410	+4,1%	1.054,200	+2,0%
1994	16.625,420	+2,9%	14.067,880	+2,6%	1.484,980	+6,2%	1.072,560	+1,7%
1995	17.568,210	+5,7%	14.867,320	+5,7%	1.560,250	+5,1%	1.140,640	+6,3%
1996	18.490,280	+5,2%	15.683,340	+5,5%	1.617,600	+3,7%	1.189,340	+4,3%
1997	18.963,040	+2,6%	16.108,710	+2,7%	1.652,580	+2,2%	1.201,750	+1,0%
1998	19.656,970	+3,7%	16.720,980	+3,8%	1.706,500	+3,3%	1.229,490	+2,3%
1999	20.561,190	+4,6%	17.505,400	+4,7%	1.782,980	+4,5%	1.272,810	+3,5%
2000	21.583,260	+5,0%	18.385,280	+5,0%	1.869,410	+4,8%	1.328,570	+4,4%
2001	22.376,505	+3,7%	19.033,465	+3,5%	1.923,956	+2,9%	1.419,084	+6,8%
2002	23.023,120	+2,9%	19.582,350	+2,9%	1.994,926	+3,7%	1.445,844	+1,9%
2003	23.583,390	+2,4%	20.072,045	+2,5%	2.046,447	+2,6%	1.464,898	+1,3%
2004	24.526,746	+4,0%	20.873,926	+4,0%	2.155,660	+5,3%	1.497,160	+2,2%
2005	25.378,093	+3,5%	21.614,626	+3,5%	2.222,866	+3,1%	1.540,601	+2,9%
2006	26.471,571	+4,3%	22.582,022	+4,5%	2.306,775	+3,8%	1.582,774	+2,7%
2007	27.653,228	+4,5%	23.608,882	+4,5%	2.407,933	+4,4%	1.636,413	+3,4%
2008	29.177,110	+5,5%	24.918,075	+5,5%	2.538,045	+5,4%	1.720,990	+5,2%
2009	30.755,344	+5,4%	26.264,831	+5,4%	2.684,304	+5,8%	1.806,209	+5,0%
2010	31.990,517	+4,0%	27.354,837	+4,2%	2.799,753	+4,3%	1.835,927	+1,6%
2011	33.073,757	+3,4%	28.317,746	+3,5%	2.889,556	+3,2%	1.866,455	+1,7%
2012	34.669,153	+4,8%	29.708,328	+4,9%	3.021,884	+4,6%	1.938,941	+3,9%
2013	36.084,645	+4,1%	30.936,194	+4,1%	3.162,812	+4,7%	1.985,639	+2,4%
2014	37.470,310	+3,8%	32.113,214	+3,8%	3.336,180	+5,5%	2.020,916	+1,8%
2015	38.539,327	+2,9%	32.963,973	+2,6%	3.491,135	+4,6%	2.084,219	+3,1%
2016	39.716,948	+3,1%	33.966,819	+3,0%	3.625,756	+3,9%	2.124,374	+1,9%
2017	40.543,433	+2,1%	34.678,696	+2,1%	3.733,692	+3,0%	2.131,045	+0,3%
2018	42.063,646	+3,7%	35.972,562	+3,7%	3.908,352	+4,7%	2.182,732	+2,4%
2019	43.972,161	+4,5%	37.612,152	+4,6%	4.111,543	+5,2%	2.248,466	+3,0%
2020	46.188,177	+5,0%	39.536,109	+5,1%	4.335,053	+5,4%	2.317,014	+3,0%
2021	48.482,705	+5,0%	41.526,890	+5,0%	4.585,406	+5,8%	2.370,408	+2,3%
2022	51.474,286	+6,2%	44.107,682	+6,2%	4.905,141	+7,0%	2.461,463	+3,8%
2023	56.038,552	+8,9%	48.033,333	+8,9%	5.409,253	+10,3%	2.595,966	+5,5%
2024	62.222,071	+11,0%	53.348,917	+11,1%	6.085,025	+12,5%	2.788,130	+7,4%
2025	66.251,291	+6,5%	56.772,371	+6,4%	6.529,766	+7,3%	2.949,153	+5,8%
2026	68.872,302	+4,0%	59.001,840	+3,9%	6.819,325	+4,4%	3.051,137	+3,5%
2027	71.467,829	+3,8%	61.211,814	+3,7%	7.100,960	+4,1%	3.155,055	+3,4%
2028	74.326,218	+4,0%	63.669,414	+4,0%	7.395,909	+4,2%	3.260,895	+3,4%
2029	77.228,862	+3,9%	66.182,693	+3,9%	7.682,141	+3,9%	3.364,027	+3,2%

pv2408	gesamte PV		davon					
			ASVG		GSVG+FSVG		BSVG	
1970	550,710		424,410		73,540		52,760	
1971	595,260	+ 8,1%	448,970	+ 5,8%	92,660	+ 26,0%	53,630	+ 1,6%
1972	648,750	+ 9,0%	450,940	+ 0,4%	113,730	+ 22,7%	84,080	+ 56,8%
1973	698,020	+ 7,6%	469,460	+ 4,1%	129,360	+ 13,7%	99,200	+ 18,0%
1974	883,270	+ 26,5%	579,060	+ 23,3%	170,200	+ 31,6%	134,010	+ 35,1%
1975	1.157,970	+ 31,1%	783,050	+ 35,2%	208,500	+ 22,5%	166,420	+ 24,2%
1976	1.320,540	+ 14,0%	861,320	+ 10,0%	256,610	+ 23,1%	202,610	+ 21,7%
1977	1.536,670	+ 16,4%	979,850	+ 13,8%	298,250	+ 16,2%	258,570	+ 27,6%
1978	1.188,710	- 22,6%	588,720	- 39,9%	305,520	+ 2,4%	294,470	+ 13,9%
1979	1.334,850	+ 12,3%	668,300	+ 13,5%	332,330	+ 8,8%	334,220	+ 13,5%
1980	1.211,170	- 9,3%	507,990	- 24,0%	373,100	+ 12,3%	330,080	- 1,2%
1981	1.329,110	+ 9,7%	520,040	+ 2,4%	441,780	+ 18,4%	367,290	+ 11,3%
1982	1.807,230	+ 36,0%	907,980	+ 74,6%	490,900	+ 11,1%	408,350	+ 11,2%
1983	2.314,920	+ 28,1%	1.332,460	+ 46,7%	539,010	+ 9,8%	443,450	+ 8,6%
1984	2.447,550	+ 5,7%	1.470,250	+ 10,3%	533,130	- 1,1%	444,170	+ 0,2%
1985	2.521,380	+ 3,0%	1.493,790	+ 1,6%	551,800	+ 3,5%	475,790	+ 7,1%
1986	2.735,480	+ 8,5%	1.690,230	+ 13,2%	533,850	- 3,3%	511,400	+ 7,5%
1987	3.228,780	+ 18,0%	2.015,880	+ 19,3%	666,480	+ 24,8%	546,420	+ 6,8%
1988	3.316,210	+ 2,7%	2.077,600	+ 3,1%	688,390	+ 3,3%	550,220	+ 0,7%
1989	3.413,290	+ 2,9%	2.094,580	+ 0,8%	728,010	+ 5,8%	590,700	+ 7,4%
1990	3.182,520	- 6,8%	1.746,420	- 16,6%	795,150	+ 9,2%	640,950	+ 8,5%
1991	3.484,890	+ 9,5%	1.917,970	+ 9,8%	863,040	+ 8,5%	703,880	+ 9,8%
1992	3.433,670	- 1,5%	1.802,190	- 6,0%	879,120	+ 1,9%	752,360	+ 6,9%
1993	3.441,850	+ 0,2%	1.751,360	- 2,8%	929,160	+ 5,7%	761,330	+ 1,2%
1994	3.351,490	- 2,6%	1.603,790	- 8,4%	977,610	+ 5,2%	770,090	+ 1,2%
1995	3.797,530	+ 13,3%	1.960,150	+ 22,2%	1.017,730	+ 4,1%	819,650	+ 6,4%
1996	3.912,320	+ 3,0%	2.064,550	+ 5,3%	1.006,330	- 1,1%	841,440	+ 2,7%
1997	3.978,300	+ 1,7%	2.218,620	+ 7,5%	926,030	- 8,0%	833,650	- 0,9%
1998	4.124,510	+ 3,7%	2.356,700	+ 6,2%	928,580	+ 0,3%	839,230	+ 0,7%
1999	4.460,630	+ 8,1%	2.625,030	+ 11,4%	957,180	+ 3,1%	878,420	+ 4,7%
2000	4.157,100	- 6,8%	2.211,490	- 15,8%	1.016,200	+ 6,2%	929,410	+ 5,8%
2001	4.104,859	- 1,3%	2.377,420	+ 7,5%	738,123	- 27,4%	989,316	+ 6,4%
2002	4.761,547	+ 16,0%	2.691,260	+ 13,2%	1.039,263	+ 40,8%	1.031,024	+ 4,2%
2003	5.597,496	+ 17,6%	3.550,491	+ 31,9%	1.019,527	- 1,9%	1.027,478	- 0,3%
2004	5.903,181	+ 5,5%	3.797,924	+ 7,0%	1.038,596	+ 1,9%	1.066,661	+ 3,8%
2005	5.744,768	- 2,7%	3.382,704	- 10,9%	1.193,932	+ 15,0%	1.168,132	+ 9,5%
2006	5.884,435	+ 2,4%	3.498,386	+ 3,4%	1.175,148	- 1,6%	1.210,901	+ 3,7%
2007	5.985,695	+ 1,7%	3.502,479	+ 0,1%	1.223,181	+ 4,1%	1.260,035	+ 4,1%
2008	6.490,136	+ 8,4%	3.839,545	+ 9,6%	1.309,312	+ 7,0%	1.341,279	+ 6,4%
2009	7.564,711	+ 16,6%	4.791,312	+ 24,8%	1.363,449	+ 4,1%	1.409,950	+ 5,1%
2010	7.771,218	+ 2,7%	4.832,698	+ 0,9%	1.495,426	+ 9,7%	1.443,094	+ 2,4%
2011	7.877,094	+ 1,4%	4.953,169	+ 2,5%	1.461,661	- 2,3%	1.462,264	+ 1,3%
2012	8.584,409	+ 9,0%	5.525,958	+ 11,6%	1.542,764	+ 5,5%	1.515,687	+ 3,7%
2013	8.654,434	+ 0,8%	5.710,276	+ 3,3%	1.393,990	- 9,6%	1.550,168	+ 2,3%
2014	9.050,547	+ 4,6%	5.801,780	+ 1,6%	1.662,150	+ 19,2%	1.586,617	+ 2,4%
2015	8.953,373	- 1,1%	5.670,254	- 2,3%	1.668,794	+ 0,4%	1.614,325	+ 1,7%
2016	8.884,626	- 0,8%	5.579,183	- 1,6%	1.656,905	- 0,7%	1.648,538	+ 2,1%
2017	8.556,521	- 3,7%	5.208,600	- 6,6%	1.698,702	+ 2,5%	1.649,218	+ 0,0%
2018	8.419,880	- 1,6%	5.002,394	- 4,0%	1.754,596	+ 3,3%	1.662,889	+ 0,8%
2019	8.597,444	+ 2,1%	5.037,842	+ 0,7%	1.847,106	+ 5,3%	1.712,497	+ 3,0%
2020	10.198,941	+ 18,6%	6.190,964	+ 22,9%	2.220,468	+ 20,2%	1.787,509	+ 4,4%
2021	10.771,913	+ 5,6%	6.832,002	+ 10,4%	2.107,640	- 5,1%	1.832,270	+ 2,5%
2022	11.613,758	+ 7,8%	7.362,162	+ 7,8%	2.334,886	+ 10,8%	1.916,710	+ 4,6%
2023	12.988,961	+ 11,8%	8.202,264	+ 11,4%	2.746,465	+ 17,6%	2.040,233	+ 6,4%
2024	15.833,584	+ 21,9%	10.319,368	+ 25,8%	3.296,534	+ 20,0%	2.217,682	+ 8,7%
2025	17.411,774	+ 10,0%	11.475,275	+ 11,2%	3.582,725	+ 8,7%	2.353,774	+ 6,1%
2026	17.778,278	+ 2,1%	11.661,390	+ 1,6%	3.694,593	+ 3,1%	2.422,296	+ 2,9%
2027	18.468,618	+ 3,9%	12.112,708	+ 3,9%	3.847,780	+ 4,1%	2.508,130	+ 3,5%
2028	19.516,975	+ 5,7%	12.891,760	+ 6,4%	4.026,088	+ 4,6%	2.599,127	+ 3,6%
2029	20.722,753	+ 6,2%	13.849,565	+ 7,4%	4.174,838	+ 3,7%	2.698,349	+ 3,8%

pv2408	gesamte PV		davon					
			ASVG		GSVG+FSVG		BSVG	
1970	134,590		101,520		33,070		-	
1971	188,510	+40,1%	119,470	+17,7%	37,350	+12,9%	31,690	
1972	228,920	+21,4%	137,500	+15,1%	41,930	+12,3%	49,490	+56,2%
1973	249,270	+8,9%	150,000	+9,1%	45,060	+7,5%	54,210	+9,5%
1974	276,230	+10,8%	164,170	+9,4%	48,910	+8,5%	63,150	+16,5%
1975	310,020	+12,2%	182,690	+11,3%	54,000	+10,4%	73,330	+16,1%
1976	338,510	+9,2%	197,880	+8,3%	57,270	+6,1%	83,360	+13,7%
1977	359,510	+6,2%	210,820	+6,5%	58,650	+2,4%	90,040	+8,0%
1978	382,770	+6,5%	222,460	+5,5%	59,880	+2,1%	100,430	+11,5%
1979	398,390	+4,1%	230,080	+3,4%	60,610	+1,2%	107,700	+7,2%
1980	408,420	+2,5%	235,610	+2,4%	61,260	+1,1%	111,550	+3,6%
1981	424,480	+3,9%	244,680	+3,8%	62,430	+1,9%	117,370	+5,2%
1982	448,540	+5,7%	259,300	+6,0%	63,950	+2,4%	125,290	+6,7%
1983	458,350	+2,2%	262,420	+1,2%	63,590	-0,6%	132,340	+5,6%
1984	470,700	+2,7%	269,250	+2,6%	63,440	-0,2%	138,010	+4,3%
1985	464,520	-1,3%	265,400	-1,4%	61,840	-2,5%	137,280	-0,5%
1986	462,710	-0,4%	263,520	-0,7%	60,970	-1,4%	138,220	+0,7%
1987	466,850	+0,9%	266,340	+1,1%	60,030	-1,5%	140,480	+1,6%
1988	475,240	+1,8%	273,420	+2,7%	59,770	-0,4%	142,050	+1,1%
1989	463,380	-2,5%	265,930	-2,7%	57,080	-4,5%	140,370	-1,2%
1990	537,170	+15,9%	299,860	+12,8%	62,020	+8,7%	175,290	+24,9%
1991	598,570	+11,4%	339,130	+13,1%	67,980	+9,6%	191,460	+9,2%
1992	671,460	+12,2%	388,710	+14,6%	74,240	+9,2%	208,510	+8,9%
1993	735,830	+9,6%	432,210	+11,2%	79,790	+7,5%	223,830	+7,3%
1994	820,770	+11,5%	491,610	+13,7%	87,000	+9,0%	242,160	+8,2%
1995	814,110	-0,8%	490,610	-0,2%	84,500	-2,9%	239,000	-1,3%
1996	798,060	-2,0%	481,840	-1,8%	81,970	-3,0%	234,250	-2,0%
1997	814,440	+2,1%	496,950	+3,1%	82,050	+0,1%	235,440	+0,5%
1998	796,220	-2,2%	478,800	-3,7%	77,370	-5,7%	240,050	+2,0%
1999	757,550	-4,9%	456,170	-4,7%	72,480	-6,3%	228,900	-4,6%
2000	738,190	-2,6%	445,470	-2,3%	68,120	-6,0%	224,600	-1,9%
2001	884,342	+19,8%	569,544	+27,9%	79,287	+16,4%	235,511	+4,9%
2002	921,197	+4,2%	598,683	+5,1%	79,794	+0,6%	242,720	+3,1%
2003	1.080,354	+17,3%	736,486	+23,0%	93,307	+16,9%	250,561	+3,2%
2004	811,664	-24,9%	503,273	-31,7%	68,577	-26,5%	239,814	-4,3%
2005	813,804	+0,3%	511,549	+1,6%	66,423	-3,1%	235,832	-1,7%
2006	851,234	+4,6%	540,945	+5,7%	67,840	+2,1%	242,449	+2,8%
2007	930,579	+9,3%	605,318	+11,9%	71,739	+5,7%	253,522	+4,6%
2008	968,522	+4,1%	638,566	+5,5%	72,491	+1,0%	257,465	+1,6%
2009	982,067	+1,4%	654,300	+2,5%	71,275	-1,7%	256,492	-0,4%
2010	980,276	-0,2%	661,517	+1,1%	69,526	-2,5%	249,233	-2,8%
2011	975,778	-0,5%	664,232	+0,4%	67,727	-2,6%	243,819	-2,2%
2012	984,758	+0,9%	676,401	+1,8%	66,998	-1,1%	241,359	-1,0%
2013	1.005,262	+2,1%	696,103	+2,9%	67,164	+0,2%	241,995	+0,3%
2014	1.017,110	+1,2%	708,416	+1,8%	67,826	+1,0%	240,868	-0,5%
2015	987,676	-2,9%	686,842	-3,0%	67,264	-0,8%	233,570	-3,0%
2016	971,135	-1,7%	678,334	-1,2%	66,288	-1,5%	226,513	-3,0%
2017	979,710	+0,9%	687,689	+1,4%	69,387	+4,7%	222,634	-1,7%
2018	977,078	-0,3%	694,856	+1,0%	69,080	-0,4%	213,142	-4,3%
2019	979,826	+0,3%	705,844	+1,6%	69,358	+0,4%	204,624	-4,0%
2020	1.052,198	+7,4%	751,825	+6,5%	76,792	+10,7%	223,581	+9,3%
2021	1.075,967	+2,3%	775,788	+3,2%	82,519	+7,5%	217,660	-2,6%
2022	1.083,972	+0,7%	784,144	+1,1%	82,863	+0,4%	216,965	-0,3%
2023	1.164,849	+7,5%	856,275	+9,2%	89,882	+8,5%	218,691	+0,8%
2024	1.254,486	+7,7%	932,129	+8,9%	97,490	+8,5%	224,868	+2,8%
2025	1.295,748	+3,3%	965,234	+3,6%	101,729	+4,3%	228,785	+1,7%
2026	1.316,470	+1,6%	983,168	+1,9%	103,845	+2,1%	229,456	+0,3%
2027	1.336,983	+1,6%	1.000,652	+1,8%	105,907	+2,0%	230,424	+0,4%
2028	1.361,093	+1,8%	1.021,483	+2,1%	108,114	+2,1%	231,496	+0,5%
2029	1.385,535	+1,8%	1.042,595	+2,1%	110,181	+1,9%	232,759	+0,5%

pv2408	gesamte PV		davon			
			ASVG		GSVG+FSVG	BSVG
1970	2.191,520		1.958,520		164,030	68,970
1971	2.515,200	+14,8%	2.197,760	+12,2%	188,220	129,220
1972	2.847,980	+13,2%	2.450,750	+11,5%	217,580	179,650
1973	3.178,200	+11,6%	2.719,560	+11,0%	253,780	204,860
1974	3.714,090	+16,9%	3.152,840	+15,9%	308,570	252,680
1975	4.336,020	+16,7%	3.671,340	+16,4%	364,170	300,510
1976	5.134,840	+18,4%	4.360,650	+18,8%	423,470	350,720
1977	5.571,020	+8,5%	4.659,630	+6,9%	481,750	429,640
1978	6.146,960	+10,3%	5.116,830	+9,8%	532,250	497,880
1979	6.703,920	+9,1%	5.561,140	+8,7%	590,830	551,950
1980	7.271,350	+8,5%	6.029,520	+8,4%	649,620	592,210
1981	7.878,820	+8,4%	6.538,580	+8,4%	703,700	636,540
1982	8.625,910	+9,5%	7.183,210	+9,9%	759,430	683,270
1983	9.370,360	+8,6%	7.824,460	+8,9%	815,830	730,070
1984	10.107,990	+7,9%	8.462,820	+8,2%	869,960	775,210
1985	10.778,540	+6,6%	9.035,480	+6,8%	920,980	822,080
1986	11.479,110	+6,5%	9.631,040	+6,6%	984,500	863,570
1987	12.239,200	+6,6%	10.273,250	+6,7%	1.055,140	910,810
1988	12.728,720	+4,0%	10.698,020	+4,1%	1.092,910	937,790
1989	13.421,680	+5,4%	11.289,760	+5,5%	1.151,010	980,910
1990	14.348,580	+6,9%	12.044,970	+6,7%	1.232,740	1.070,870
1991	15.473,640	+7,8%	12.981,100	+7,8%	1.333,040	1.159,500
1992	16.430,460	+6,2%	13.771,170	+6,1%	1.417,640	1.241,650
1993	16.896,320	+2,8%	14.140,090	+2,7%	1.478,200	1.278,030
1994	17.446,190	+3,3%	14.559,490	+3,0%	1.571,980	1.314,720
1995	18.382,320	+5,4%	15.357,930	+5,5%	1.644,750	1.379,640
1996	19.288,340	+4,9%	16.165,180	+5,3%	1.699,570	1.423,590
1997	19.777,480	+2,5%	16.605,660	+2,7%	1.734,630	1.437,190
1998	20.453,190	+3,4%	17.199,780	+3,6%	1.783,870	1.469,540
1999	21.318,740	+4,2%	17.961,570	+4,4%	1.855,460	1.501,710
2000	22.321,450	+4,7%	18.830,750	+4,8%	1.937,530	1.553,170
2001	23.260,847	+4,2%	19.603,009	+4,1%	2.003,243	1.654,595
2002	23.944,317	+2,9%	20.181,033	+2,9%	2.074,720	1.688,564
2003	24.663,744	+3,0%	20.808,531	+3,1%	2.139,754	1.715,459
2004	25.338,409	+2,7%	21.377,198	+2,7%	2.224,237	1.736,974
2005	26.191,897	+3,4%	22.126,175	+3,5%	2.289,289	1.776,433
2006	27.322,805	+4,3%	23.122,967	+4,5%	2.374,615	1.825,223
2007	28.583,807	+4,6%	24.214,200	+4,7%	2.479,672	1.889,935
2008	30.145,632	+5,5%	25.556,641	+5,5%	2.610,536	1.978,455
2009	31.737,411	+5,3%	26.919,131	+5,3%	2.755,579	2.062,701
2010	32.970,793	+3,9%	28.016,354	+4,1%	2.869,279	2.085,160
2011	34.049,535	+3,3%	28.981,978	+3,4%	2.957,283	2.110,274
2012	35.653,911	+4,7%	30.384,729	+4,8%	3.088,882	2.180,300
2013	37.089,907	+4,0%	31.632,297	+4,1%	3.229,976	2.227,634
2014	38.487,420	+3,8%	32.821,629	+3,8%	3.404,006	2.261,784
2015	39.527,003	+2,7%	33.650,815	+2,5%	3.558,399	2.317,788
2016	40.688,083	+2,9%	34.645,152	+3,0%	3.692,044	2.350,887
2017	41.523,143	+2,1%	35.366,385	+2,1%	3.803,079	2.353,679
2018	43.040,724	+3,7%	36.667,418	+3,7%	3.977,431	2.395,874
2019	44.951,987	+4,4%	38.317,996	+4,5%	4.180,900	2.453,090
2020	47.240,375	+5,1%	40.287,934	+5,1%	4.411,845	2.540,595
2021	49.558,672	+4,9%	42.302,679	+5,0%	4.667,925	2.588,068
2022	52.558,258	+6,1%	44.891,826	+6,1%	4.988,004	2.678,428
2023	57.203,400	+8,8%	48.889,608	+8,9%	5.499,135	2.814,658
2024	63.476,557	+11,0%	54.281,046	+11,0%	6.182,515	3.012,997
2025	67.547,038	+6,4%	57.737,605	+6,4%	6.631,495	3.177,939
2026	70.188,772	+3,9%	59.985,009	+3,9%	6.923,171	3.280,593
2027	72.804,811	+3,7%	62.212,466	+3,7%	7.206,867	3.385,479
2028	75.687,311	+4,0%	64.690,897	+4,0%	7.504,023	3.492,391
2029	78.614,397	+3,9%	67.225,289	+3,9%	7.792,322	3.596,786

pv2408	gesamte PV	davon						
		ASVG		GSVG+FSVG		BSVG		
1970	685,300		525,930		106,610		52,760	
1971	783,770	+ 14,4%	568,440	+ 8,1%	130,010	+ 21,9%	85,320	
1972	877,670	+ 12,0%	588,440	+ 3,5%	155,660	+ 19,7%	133,570	+ 56,6%
1973	947,290	+ 7,9%	619,460	+ 5,3%	174,420	+ 12,1%	153,410	+ 14,9%
1974	1.159,500	+ 22,4%	743,230	+ 20,0%	219,110	+ 25,6%	197,160	+ 28,5%
1975	1.467,990	+ 26,6%	965,740	+ 29,9%	262,500	+ 19,8%	239,750	+ 21,6%
1976	1.659,050	+ 13,0%	1.059,200	+ 9,7%	313,880	+ 19,6%	285,970	+ 19,3%
1977	1.896,180	+ 14,3%	1.190,670	+ 12,4%	356,900	+ 13,7%	348,610	+ 21,9%
1978	1.571,480	- 17,1%	811,180	- 31,9%	365,400	+ 2,4%	394,900	+ 13,3%
1979	1.733,240	+ 10,3%	898,380	+ 10,7%	392,940	+ 7,5%	441,920	+ 11,9%
1980	1.619,590	- 6,6%	743,600	- 17,2%	434,360	+ 10,5%	441,630	- 0,1%
1981	1.753,590	+ 8,3%	764,720	+ 2,8%	504,210	+ 16,1%	484,660	+ 9,7%
1982	2.255,770	+ 28,6%	1.167,280	+ 52,6%	554,850	+ 10,0%	533,640	+ 10,1%
1983	2.773,270	+ 22,9%	1.594,880	+ 36,6%	602,600	+ 8,6%	575,790	+ 7,9%
1984	2.918,250	+ 5,2%	1.739,500	+ 9,1%	596,570	- 1,0%	582,180	+ 1,1%
1985	2.985,900	+ 2,3%	1.759,190	+ 1,1%	613,640	+ 2,9%	613,070	+ 5,3%
1986	3.198,190	+ 7,1%	1.953,750	+ 11,1%	594,820	- 3,1%	649,620	+ 6,0%
1987	3.695,630	+ 15,6%	2.282,220	+ 16,8%	726,510	+ 22,1%	686,900	+ 5,7%
1988	3.791,450	+ 2,6%	2.351,020	+ 3,0%	748,160	+ 3,0%	692,270	+ 0,8%
1989	3.876,670	+ 2,2%	2.360,510	+ 0,4%	785,090	+ 4,9%	731,070	+ 5,6%
1990	3.719,690	- 4,0%	2.046,280	- 13,3%	857,170	+ 9,2%	816,240	+ 11,7%
1991	4.083,460	+ 9,8%	2.257,100	+ 10,3%	931,020	+ 8,6%	895,340	+ 9,7%
1992	4.105,130	+ 0,5%	2.190,900	- 2,9%	953,360	+ 2,4%	960,870	+ 7,3%
1993	4.177,680	+ 1,8%	2.183,570	- 0,3%	1.008,950	+ 5,8%	985,160	+ 2,5%
1994	4.172,260	- 0,1%	2.095,400	- 4,0%	1.064,610	+ 5,5%	1.012,250	+ 2,7%
1995	4.611,640	+ 10,5%	2.450,760	+ 17,0%	1.102,230	+ 3,5%	1.058,650	+ 4,6%
1996	4.710,380	+ 2,1%	2.546,390	+ 3,9%	1.088,300	- 1,3%	1.075,690	+ 1,6%
1997	4.792,740	+ 1,7%	2.715,570	+ 6,6%	1.008,080	- 7,4%	1.069,090	- 0,6%
1998	4.920,730	+ 2,7%	2.835,500	+ 4,4%	1.005,950	- 0,2%	1.079,280	+ 1,0%
1999	5.218,180	+ 6,0%	3.081,200	+ 8,7%	1.029,660	+ 2,4%	1.107,320	+ 2,6%
2000	4.895,290	- 6,2%	2.656,960	- 13,8%	1.084,320	+ 5,3%	1.154,010	+ 4,2%
2001	4.989,201	+ 1,9%	2.946,964	+ 10,9%	817,410	- 24,6%	1.224,827	+ 6,1%
2002	5.682,744	+ 13,9%	3.289,943	+ 11,6%	1.119,057	+ 36,9%	1.273,744	+ 4,0%
2003	6.677,850	+ 17,5%	4.286,977	+ 30,3%	1.112,834	- 0,6%	1.278,039	+ 0,3%
2004	6.714,844	+ 0,6%	4.301,197	+ 0,3%	1.107,173	- 0,5%	1.306,475	+ 2,2%
2005	6.558,572	- 2,3%	3.894,253	- 9,5%	1.260,355	+ 13,8%	1.403,964	+ 7,5%
2006	6.735,669	+ 2,7%	4.039,331	+ 3,7%	1.242,988	- 1,4%	1.453,350	+ 3,5%
2007	6.916,274	+ 2,7%	4.107,797	+ 1,7%	1.294,920	+ 4,2%	1.513,557	+ 4,1%
2008	7.458,658	+ 7,8%	4.478,111	+ 9,0%	1.381,803	+ 6,7%	1.598,744	+ 5,6%
2009	8.546,778	+ 14,6%	5.445,612	+ 21,6%	1.434,724	+ 3,8%	1.666,442	+ 4,2%
2010	8.751,494	+ 2,4%	5.494,215	+ 0,9%	1.564,952	+ 9,1%	1.692,327	+ 1,6%
2011	8.852,872	+ 1,2%	5.617,401	+ 2,2%	1.529,388	- 2,3%	1.706,083	+ 0,8%
2012	9.569,167	+ 8,1%	6.202,359	+ 10,4%	1.609,762	+ 5,3%	1.757,046	+ 3,0%
2013	9.659,696	+ 0,9%	6.406,379	+ 3,3%	1.461,154	- 9,2%	1.792,163	+ 2,0%
2014	10.067,657	+ 4,2%	6.510,195	+ 1,6%	1.729,976	+ 18,4%	1.827,485	+ 2,0%
2015	9.941,049	- 1,3%	6.357,096	- 2,4%	1.736,058	+ 0,4%	1.847,895	+ 1,1%
2016	9.855,761	- 0,9%	6.257,517	- 1,6%	1.723,193	- 0,7%	1.875,051	+ 1,5%
2017	9.536,231	- 3,2%	5.896,289	- 5,8%	1.768,089	+ 2,6%	1.871,852	- 0,2%
2018	9.396,958	- 1,5%	5.697,251	- 3,4%	1.823,676	+ 3,1%	1.876,032	+ 0,2%
2019	9.577,270	+ 1,9%	5.743,686	+ 0,8%	1.916,464	+ 5,1%	1.917,120	+ 2,2%
2020	11.251,139	+ 17,5%	6.942,789	+ 20,9%	2.297,261	+ 19,9%	2.011,089	+ 4,9%
2021	11.847,880	+ 5,3%	7.607,791	+ 9,6%	2.190,159	- 4,7%	2.049,930	+ 1,9%
2022	12.697,730	+ 7,2%	8.146,307	+ 7,1%	2.417,749	+ 10,4%	2.133,675	+ 4,1%
2023	14.153,810	+ 11,5%	9.058,539	+ 11,2%	2.836,346	+ 17,3%	2.258,925	+ 5,9%
2024	17.088,070	+ 20,7%	11.251,497	+ 24,2%	3.394,023	+ 19,7%	2.442,550	+ 8,1%
2025	18.707,522	+ 9,5%	12.440,508	+ 10,6%	3.684,454	+ 8,6%	2.582,560	+ 5,7%
2026	19.094,748	+ 2,1%	12.644,558	+ 1,6%	3.798,438	+ 3,1%	2.651,752	+ 2,7%
2027	19.805,601	+ 3,7%	13.113,361	+ 3,7%	3.953,687	+ 4,1%	2.738,553	+ 3,3%
2028	20.878,068	+ 5,4%	13.913,243	+ 6,1%	4.134,202	+ 4,6%	2.830,624	+ 3,4%
2029	22.108,288	+ 5,9%	14.892,160	+ 7,0%	4.285,019	+ 3,6%	2.931,108	+ 3,5%

pv2408	BIP ab 1995 gem. ESVG 2010		Aufwendungen des Bundes *) lt. Ergebnisrechnung	
1970	27.316,260		7.021,000	
1971	30.494,970	+ 11,6%	7.741,000	+ 10,3%
1972	34.849,530	+ 14,3%	8.840,000	+ 14,2%
1973	39.494,780	+ 13,3%	9.846,000	+ 11,4%
1974	44.952,510	+ 13,8%	11.643,000	+ 18,3%
1975	47.682,100	+ 6,1%	13.750,000	+ 18,1%
1976	53.930,510	+ 13,1%	15.346,000	+ 11,6%
1977	59.660,040	+ 10,6%	16.328,000	+ 6,4%
1978	62.994,270	+ 5,6%	18.195,000	+ 11,4%
1979	68.740,510	+ 9,1%	19.632,000	+ 7,9%
1980	73.845,770	+ 7,4%	20.953,000	+ 6,7%
1981	78.613,110	+ 6,5%	22.913,000	+ 9,4%
1982	84.385,510	+ 7,3%	25.258,000	+ 10,2%
1983	89.923,910	+ 6,6%	27.778,000	+ 10,0%
1984	94.402,740	+ 5,0%	29.237,000	+ 5,3%
1985	99.496,380	+ 5,4%	31.468,000	+ 7,6%
1986	104.579,120	+ 5,1%	33.776,000	+ 7,3%
1987	108.582,660	+ 3,8%	34.836,000	+ 3,1%
1988	118.580,000	+ 9,2%	37.632,000	+ 8,0%
1989	126.840,000	+ 7,0%	39.292,000	+ 4,4%
1990	136.210,000	+ 7,4%	41.041,000	+ 4,5%
1991	146.080,000	+ 7,2%	45.047,000	+ 9,8%
1992	154.210,000	+ 5,6%	47.816,000	+ 6,1%
1993	159.160,000	+ 3,2%	50.848,000	+ 6,3%
1994	167.010,000	+ 4,9%	53.156,000	+ 4,5%
1995	175.916,998	+ 5,3%	55.565,000	+ 4,5%
1996	181.541,916	+ 3,2%	54.853,000	- 1,3%
1997	187.778,736	+ 3,4%	54.478,000	- 0,7%
1998	195.274,450	+ 4,0%	56.510,000	+ 3,7%
1999	203.064,920	+ 4,0%	57.249,000	+ 1,3%
2000	212.406,815	+ 4,6%	58.247,000	+ 1,7%
2001	219.373,302	+ 3,3%	60.409,000	+ 3,7%
2002	225.087,921	+ 2,6%	61.818,000	+ 2,3%
2003	230.541,872	+ 2,4%	61.387,000	- 0,7%
2004	240.541,727	+ 4,3%	64.977,000	+ 5,8%
2005	252.354,933	+ 4,9%	66.041,000	+ 1,6%
2006	265.933,651	+ 5,4%	70.561,000	+ 6,8%
2007	282.208,227	+ 6,1%	72.332,000	+ 2,5%
2008	291.846,203	+ 3,4%	80.298,000	+ 11,0%
2009	286.274,126	- 1,9%	69.457,000	- 13,5%
2010	294.050,606	+ 2,7%	67.287,000	- 3,1%
2011	308.167,045	+ 4,8%	67.814,000	+ 0,8%
2012	316.589,410	+ 2,7%	72.880,000	+ 7,5%
2013	321.191,709	+ 1,5%	78.110,000	+ 7,2%
2014	330.113,483	+ 2,8%	79.849,000	+ 2,2%
2015	342.083,540	+ 3,6%	79.201,000	- 0,8%
2016	355.665,600	+ 4,0%	82.809,000	+ 4,6%
2017	367.294,903	+ 3,3%	78.945,730	- 4,7%
2018	383.234,317	+ 4,3%	79.925,950	+ 1,2%
2019	395.706,770	+ 3,3%	81.001,760	+ 1,3%
2020	380.317,879	- 3,9%	100.129,230	+ 23,6%
2021	406.232,064	+ 6,8%	105.417,020	+ 5,3%
2022	448.007,445	+ 10,3%	106.463,710	+ 1,0%
2023	473.226,718	+ 5,6%	109.420,630	+ 2,8%
2024	490.730,000	+ 3,7%		
2025	506.042,000	+ 3,1%		
2026	523.827,000	+ 3,5%		
2027	541.533,000	+ 3,4%		
2028	559.885,000	+ 3,4%		
2029	577.890,000	+ 3,2%		

*) bis 2012 Allgemeiner Haushalt lt. Bundesrechnungsabschluss

ab 2013: Aufwendungen (Ergebnishaushalt) lt. Bundesrechnungsabschluss (Rechnungshof)

Daten auf Basis der neuen Haushaltsrechtslage sind nur bedingt mit den Vorperioden vergleichbar (Zeitreihenbrüche: 2008/2009 und 2012/2013)

pv2408	gesamte PV	davon		
		ASVG	GSVG+FSVG	BSVG
1970	5,70%	5,38%	0,21%	0,11%
1971	5,85%	5,51%	0,20%	0,15%
1972	5,84%	5,52%	0,19%	0,14%
1973	6,00%	5,66%	0,21%	0,14%
1974	6,04%	5,71%	0,21%	0,13%
1975	6,38%	6,02%	0,22%	0,13%
1976	6,43%	6,09%	0,21%	0,14%
1977	6,41%	6,04%	0,22%	0,14%
1978	7,45%	7,01%	0,27%	0,17%
1979	7,40%	6,94%	0,29%	0,16%
1980	7,75%	7,25%	0,30%	0,21%
1981	7,85%	7,39%	0,26%	0,20%
1982	7,60%	7,17%	0,25%	0,18%
1983	7,39%	6,97%	0,24%	0,17%
1984	7,78%	7,28%	0,29%	0,21%
1985	7,91%	7,38%	0,31%	0,21%
1986	7,96%	7,38%	0,38%	0,21%
1987	7,88%	7,37%	0,30%	0,21%
1988	7,54%	7,04%	0,29%	0,21%
1989	7,53%	7,04%	0,29%	0,20%
1990	7,81%	7,35%	0,28%	0,19%
1991	7,80%	7,35%	0,27%	0,18%
1992	7,85%	7,39%	0,29%	0,18%
1993	7,99%	7,51%	0,29%	0,18%
1994	7,95%	7,46%	0,30%	0,18%
1995	7,83%	7,34%	0,31%	0,18%
1996	8,03%	7,50%	0,34%	0,19%
1997	7,98%	7,40%	0,39%	0,20%
1998	7,95%	7,36%	0,40%	0,20%
1999	7,93%	7,33%	0,41%	0,19%
2000	8,20%	7,61%	0,40%	0,19%
2001	8,32%	7,59%	0,54%	0,19%
2002	8,11%	7,50%	0,42%	0,18%
2003	7,80%	7,17%	0,45%	0,19%
2004	7,74%	7,10%	0,46%	0,18%
2005	7,78%	7,22%	0,41%	0,15%
2006	7,74%	7,18%	0,43%	0,14%
2007	7,68%	7,12%	0,42%	0,13%
2008	7,77%	7,22%	0,42%	0,13%
2009	8,10%	7,50%	0,46%	0,14%
2010	8,24%	7,66%	0,44%	0,13%
2011	8,18%	7,58%	0,46%	0,13%
2012	8,24%	7,64%	0,47%	0,13%
2013	8,54%	7,85%	0,55%	0,14%
2014	8,61%	7,97%	0,51%	0,13%
2015	8,65%	7,98%	0,53%	0,14%
2016	8,67%	7,98%	0,55%	0,13%
2017	8,71%	8,02%	0,55%	0,13%
2018	8,78%	8,08%	0,56%	0,14%
2019	8,94%	8,23%	0,57%	0,14%
2020	9,46%	8,77%	0,56%	0,14%
2021	9,28%	8,54%	0,61%	0,13%
2022	8,90%	8,20%	0,57%	0,12%
2023	9,10%	8,42%	0,56%	0,12%
2024	9,45%	8,77%	0,57%	0,12%
2025	9,65%	8,95%	0,58%	0,12%
2026	9,75%	9,04%	0,60%	0,12%
2027	9,79%	9,07%	0,60%	0,12%
2028	9,79%	9,07%	0,60%	0,12%
2029	9,78%	9,06%	0,61%	0,12%

Aufwendungen der PV in % des Bruttoinlandsproduktes

(ohne AZ)

pv2408	gesamte PV	davon		
		ASVG	GSVG+FSVG	BSVG
1970	7,53%	6,80%	0,48%	0,25%
1971	7,63%	6,82%	0,49%	0,32%
1972	7,52%	6,64%	0,50%	0,37%
1973	7,42%	6,51%	0,53%	0,38%
1974	7,65%	6,65%	0,58%	0,42%
1975	8,44%	7,32%	0,65%	0,48%
1976	8,89%	7,72%	0,68%	0,50%
1977	8,74%	7,46%	0,71%	0,57%
1978	9,15%	7,77%	0,75%	0,63%
1979	9,17%	7,76%	0,77%	0,65%
1980	9,29%	7,85%	0,80%	0,65%
1981	9,48%	8,01%	0,82%	0,66%
1982	9,69%	8,21%	0,82%	0,66%
1983	9,91%	8,41%	0,84%	0,66%
1984	10,21%	8,68%	0,85%	0,67%
1985	10,37%	8,81%	0,86%	0,69%
1986	10,53%	8,96%	0,88%	0,69%
1987	10,84%	9,22%	0,92%	0,71%
1988	10,33%	8,79%	0,87%	0,67%
1989	10,22%	8,69%	0,86%	0,66%
1990	10,14%	8,62%	0,86%	0,66%
1991	10,18%	8,65%	0,87%	0,66%
1992	10,22%	8,68%	0,87%	0,67%
1993	10,15%	8,61%	0,88%	0,66%
1994	9,95%	8,42%	0,89%	0,64%
1995	9,99%	8,45%	0,89%	0,65%
1996	10,19%	8,64%	0,89%	0,66%
1997	10,10%	8,58%	0,88%	0,64%
1998	10,07%	8,56%	0,87%	0,63%
1999	10,13%	8,62%	0,88%	0,63%
2000	10,16%	8,66%	0,88%	0,63%
2001	10,20%	8,68%	0,88%	0,65%
2002	10,23%	8,70%	0,89%	0,64%
2003	10,23%	8,71%	0,89%	0,64%
2004	10,20%	8,68%	0,90%	0,62%
2005	10,06%	8,57%	0,88%	0,61%
2006	9,95%	8,49%	0,87%	0,60%
2007	9,80%	8,37%	0,85%	0,58%
2008	10,00%	8,54%	0,87%	0,59%
2009	10,74%	9,17%	0,94%	0,63%
2010	10,88%	9,30%	0,95%	0,62%
2011	10,73%	9,19%	0,94%	0,61%
2012	10,95%	9,38%	0,95%	0,61%
2013	11,23%	9,63%	0,98%	0,62%
2014	11,35%	9,73%	1,01%	0,61%
2015	11,27%	9,64%	1,02%	0,61%
2016	11,17%	9,55%	1,02%	0,60%
2017	11,04%	9,44%	1,02%	0,58%
2018	10,98%	9,39%	1,02%	0,57%
2019	11,11%	9,51%	1,04%	0,57%
2020	12,14%	10,40%	1,14%	0,61%
2021	11,93%	10,22%	1,13%	0,58%
2022	11,49%	9,85%	1,09%	0,55%
2023	11,84%	10,15%	1,14%	0,55%
2024	12,68%	10,87%	1,24%	0,57%
2025	13,09%	11,22%	1,29%	0,58%
2026	13,15%	11,26%	1,30%	0,58%
2027	13,20%	11,30%	1,31%	0,58%
2028	13,28%	11,37%	1,32%	0,58%
2029	13,36%	11,45%	1,33%	0,58%

Gesamtaufwendungen der PV in % des Bruttoinlandsproduktes
(Aufwendungen und AZ)

pv2408	gesamte PV	davon		
		ASVG	GSVG+FSVG	BSVG
1970	8,02%	7,17%	0,60%	0,25%
1971	8,25%	7,21%	0,62%	0,42%
1972	8,17%	7,03%	0,62%	0,52%
1973	8,05%	6,89%	0,64%	0,52%
1974	8,26%	7,01%	0,69%	0,56%
1975	9,09%	7,70%	0,76%	0,63%
1976	9,52%	8,09%	0,79%	0,65%
1977	9,34%	7,81%	0,81%	0,72%
1978	9,76%	8,12%	0,84%	0,79%
1979	9,75%	8,09%	0,86%	0,80%
1980	9,85%	8,17%	0,88%	0,80%
1981	10,02%	8,32%	0,90%	0,81%
1982	10,22%	8,51%	0,90%	0,81%
1983	10,42%	8,70%	0,91%	0,81%
1984	10,71%	8,96%	0,92%	0,82%
1985	10,83%	9,08%	0,93%	0,83%
1986	10,98%	9,21%	0,94%	0,83%
1987	11,27%	9,46%	0,97%	0,84%
1988	10,73%	9,02%	0,92%	0,79%
1989	10,58%	8,90%	0,91%	0,77%
1990	10,53%	8,84%	0,91%	0,79%
1991	10,59%	8,89%	0,91%	0,79%
1992	10,65%	8,93%	0,92%	0,81%
1993	10,62%	8,88%	0,93%	0,80%
1994	10,45%	8,72%	0,94%	0,79%
1995	10,45%	8,73%	0,93%	0,78%
1996	10,62%	8,90%	0,94%	0,78%
1997	10,53%	8,84%	0,92%	0,77%
1998	10,47%	8,81%	0,91%	0,75%
1999	10,50%	8,85%	0,91%	0,74%
2000	10,51%	8,87%	0,91%	0,73%
2001	10,60%	8,94%	0,91%	0,75%
2002	10,64%	8,97%	0,92%	0,75%
2003	10,70%	9,03%	0,93%	0,74%
2004	10,53%	8,89%	0,92%	0,72%
2005	10,38%	8,77%	0,91%	0,70%
2006	10,27%	8,70%	0,89%	0,69%
2007	10,13%	8,58%	0,88%	0,67%
2008	10,33%	8,76%	0,89%	0,68%
2009	11,09%	9,40%	0,96%	0,72%
2010	11,21%	9,53%	0,98%	0,71%
2011	11,05%	9,40%	0,96%	0,68%
2012	11,26%	9,60%	0,98%	0,69%
2013	11,55%	9,85%	1,01%	0,69%
2014	11,66%	9,94%	1,03%	0,69%
2015	11,55%	9,84%	1,04%	0,68%
2016	11,44%	9,74%	1,04%	0,66%
2017	11,31%	9,63%	1,04%	0,64%
2018	11,23%	9,57%	1,04%	0,63%
2019	11,36%	9,68%	1,06%	0,62%
2020	12,42%	10,59%	1,16%	0,67%
2021	12,20%	10,41%	1,15%	0,64%
2022	11,73%	10,02%	1,11%	0,60%
2023	12,09%	10,33%	1,16%	0,59%
2024	12,94%	11,06%	1,26%	0,61%
2025	13,35%	11,41%	1,31%	0,63%
2026	13,40%	11,45%	1,32%	0,63%
2027	13,44%	11,49%	1,33%	0,63%
2028	13,52%	11,55%	1,34%	0,62%
2029	13,60%	11,63%	1,35%	0,62%

pv2408	gesamte PV	davon		
		ASVG	GSVG+FSVG	BSVG
1970	2,02%	1,55%	0,27%	0,19%
1971	1,95%	1,47%	0,30%	0,18%
1972	1,86%	1,29%	0,33%	0,24%
1973	1,77%	1,19%	0,33%	0,25%
1974	1,96%	1,29%	0,38%	0,30%
1975	2,43%	1,64%	0,44%	0,35%
1976	2,45%	1,60%	0,48%	0,38%
1977	2,58%	1,64%	0,50%	0,43%
1978	1,89%	0,93%	0,48%	0,47%
1979	1,94%	0,97%	0,48%	0,49%
1980	1,64%	0,69%	0,51%	0,45%
1981	1,69%	0,66%	0,56%	0,47%
1982	2,14%	1,08%	0,58%	0,48%
1983	2,57%	1,48%	0,60%	0,49%
1984	2,59%	1,56%	0,56%	0,47%
1985	2,53%	1,50%	0,55%	0,48%
1986	2,62%	1,62%	0,51%	0,49%
1987	2,97%	1,86%	0,61%	0,50%
1988	2,80%	1,75%	0,58%	0,46%
1989	2,69%	1,65%	0,57%	0,47%
1990	2,34%	1,28%	0,58%	0,47%
1991	2,39%	1,31%	0,59%	0,48%
1992	2,23%	1,17%	0,57%	0,49%
1993	2,16%	1,10%	0,58%	0,48%
1994	2,01%	0,96%	0,59%	0,46%
1995	2,16%	1,11%	0,58%	0,47%
1996	2,16%	1,14%	0,55%	0,46%
1997	2,12%	1,18%	0,49%	0,44%
1998	2,11%	1,21%	0,48%	0,43%
1999	2,20%	1,29%	0,47%	0,43%
2000	1,96%	1,04%	0,48%	0,44%
2001	1,87%	1,08%	0,34%	0,45%
2002	2,12%	1,20%	0,46%	0,46%
2003	2,43%	1,54%	0,44%	0,45%
2004	2,45%	1,58%	0,43%	0,44%
2005	2,28%	1,34%	0,47%	0,46%
2006	2,21%	1,32%	0,44%	0,46%
2007	2,12%	1,24%	0,43%	0,45%
2008	2,22%	1,32%	0,45%	0,46%
2009	2,64%	1,67%	0,48%	0,49%
2010	2,64%	1,64%	0,51%	0,49%
2011	2,56%	1,61%	0,47%	0,47%
2012	2,71%	1,75%	0,49%	0,48%
2013	2,69%	1,78%	0,43%	0,48%
2014	2,74%	1,76%	0,50%	0,48%
2015	2,62%	1,66%	0,49%	0,47%
2016	2,50%	1,57%	0,47%	0,46%
2017	2,33%	1,42%	0,46%	0,45%
2018	2,20%	1,31%	0,46%	0,43%
2019	2,17%	1,27%	0,47%	0,43%
2020	2,68%	1,63%	0,58%	0,47%
2021	2,65%	1,68%	0,52%	0,45%
2022	2,59%	1,64%	0,52%	0,43%
2023	2,74%	1,73%	0,58%	0,43%
2024	3,23%	2,10%	0,67%	0,45%
2025	3,44%	2,27%	0,71%	0,47%
2026	3,39%	2,23%	0,71%	0,46%
2027	3,41%	2,24%	0,71%	0,46%
2028	3,49%	2,30%	0,72%	0,46%
2029	3,59%	2,40%	0,72%	0,47%

pv2408	gesamte PV	davon		
		ASVG	GSVG+FSVG	BSVG
1970	2,51%	1,93%	0,39%	0,19%
1971	2,57%	1,86%	0,43%	0,28%
1972	2,52%	1,69%	0,45%	0,38%
1973	2,40%	1,57%	0,44%	0,39%
1974	2,58%	1,65%	0,49%	0,44%
1975	3,08%	2,03%	0,55%	0,50%
1976	3,08%	1,96%	0,58%	0,53%
1977	3,18%	2,00%	0,60%	0,58%
1978	2,49%	1,29%	0,58%	0,63%
1979	2,52%	1,31%	0,57%	0,64%
1980	2,19%	1,01%	0,59%	0,60%
1981	2,23%	0,97%	0,64%	0,62%
1982	2,67%	1,38%	0,66%	0,63%
1983	3,08%	1,77%	0,67%	0,64%
1984	3,09%	1,84%	0,63%	0,62%
1985	3,00%	1,77%	0,62%	0,62%
1986	3,06%	1,87%	0,57%	0,62%
1987	3,40%	2,10%	0,67%	0,63%
1988	3,20%	1,98%	0,63%	0,58%
1989	3,06%	1,86%	0,62%	0,58%
1990	2,73%	1,50%	0,63%	0,60%
1991	2,80%	1,55%	0,64%	0,61%
1992	2,66%	1,42%	0,62%	0,62%
1993	2,62%	1,37%	0,63%	0,62%
1994	2,50%	1,25%	0,64%	0,61%
1995	2,62%	1,39%	0,63%	0,60%
1996	2,59%	1,40%	0,60%	0,59%
1997	2,55%	1,45%	0,54%	0,57%
1998	2,52%	1,45%	0,52%	0,55%
1999	2,57%	1,52%	0,51%	0,55%
2000	2,30%	1,25%	0,51%	0,54%
2001	2,27%	1,34%	0,37%	0,56%
2002	2,52%	1,46%	0,50%	0,57%
2003	2,90%	1,86%	0,48%	0,55%
2004	2,79%	1,79%	0,46%	0,54%
2005	2,60%	1,54%	0,50%	0,56%
2006	2,53%	1,52%	0,47%	0,55%
2007	2,45%	1,46%	0,46%	0,54%
2008	2,56%	1,53%	0,47%	0,55%
2009	2,99%	1,90%	0,50%	0,58%
2010	2,98%	1,87%	0,53%	0,58%
2011	2,87%	1,82%	0,50%	0,55%
2012	3,02%	1,96%	0,51%	0,55%
2013	3,01%	1,99%	0,45%	0,56%
2014	3,05%	1,97%	0,52%	0,55%
2015	2,91%	1,86%	0,51%	0,54%
2016	2,77%	1,76%	0,48%	0,53%
2017	2,60%	1,61%	0,48%	0,51%
2018	2,45%	1,49%	0,48%	0,49%
2019	2,42%	1,45%	0,48%	0,48%
2020	2,96%	1,83%	0,60%	0,53%
2021	2,92%	1,87%	0,54%	0,50%
2022	2,83%	1,82%	0,54%	0,48%
2023	2,99%	1,91%	0,60%	0,48%
2024	3,48%	2,29%	0,69%	0,50%
2025	3,70%	2,46%	0,73%	0,51%
2026	3,65%	2,41%	0,73%	0,51%
2027	3,66%	2,42%	0,73%	0,51%
2028	3,73%	2,49%	0,74%	0,51%
2029	3,83%	2,58%	0,74%	0,51%

pv2408	gesamte PV	davon		
		ASVG	GSVG+FSVG	BSVG
1970	7,84%	6,04%	1,05%	0,75%
1971	7,69%	5,80%	1,20%	0,69%
1972	7,34%	5,10%	1,29%	0,95%
1973	7,09%	4,77%	1,31%	1,01%
1974	7,59%	4,97%	1,46%	1,15%
1975	8,42%	5,69%	1,52%	1,21%
1976	8,61%	5,61%	1,67%	1,32%
1977	9,41%	6,00%	1,83%	1,58%
1978	6,53%	3,24%	1,68%	1,62%
1979	6,80%	3,40%	1,69%	1,70%
1980	5,78%	2,42%	1,78%	1,58%
1981	5,80%	2,27%	1,93%	1,60%
1982	7,16%	3,59%	1,94%	1,62%
1983	8,33%	4,80%	1,94%	1,60%
1984	8,37%	5,03%	1,82%	1,52%
1985	8,01%	4,75%	1,75%	1,51%
1986	8,10%	5,00%	1,58%	1,51%
1987	9,27%	5,79%	1,91%	1,57%
1988	8,81%	5,52%	1,83%	1,46%
1989	8,69%	5,33%	1,85%	1,50%
1990	7,75%	4,26%	1,94%	1,56%
1991	7,74%	4,26%	1,92%	1,56%
1992	7,18%	3,77%	1,84%	1,57%
1993	6,77%	3,44%	1,83%	1,50%
1994	6,31%	3,02%	1,84%	1,45%
1995	6,83%	3,53%	1,83%	1,48%
1996	7,13%	3,76%	1,83%	1,53%
1997	7,30%	4,07%	1,70%	1,53%
1998	7,30%	4,17%	1,64%	1,49%
1999	7,79%	4,59%	1,67%	1,53%
2000	7,14%	3,80%	1,74%	1,60%
2001	6,80%	3,94%	1,22%	1,64%
2002	7,70%	4,35%	1,68%	1,67%
2003	9,12%	5,78%	1,66%	1,67%
2004	9,09%	5,85%	1,60%	1,64%
2005	8,70%	5,12%	1,81%	1,77%
2006	8,34%	4,96%	1,67%	1,72%
2007	8,28%	4,84%	1,69%	1,74%
2008	8,08%	4,78%	1,63%	1,67%
2009	10,89%	6,90%	1,96%	2,03%
2010	11,55%	7,18%	2,22%	2,14%
2011	11,62%	7,30%	2,16%	2,16%
2012	11,78%	7,58%	2,12%	2,08%
2013	11,08%	7,31%	1,78%	1,98%
2014	11,33%	7,27%	2,08%	1,99%
2015	11,30%	7,16%	2,11%	2,04%
2016	10,73%	6,74%	2,00%	1,99%
2017	10,84%	6,60%	2,15%	2,09%
2018	10,53%	6,26%	2,20%	2,08%
2019	10,61%	6,22%	2,28%	2,11%
2020	10,19%	6,18%	2,22%	1,79%
2021	10,22%	6,48%	2,00%	1,74%
2022	10,91%	6,92%	2,19%	1,80%
2023	11,87%	7,50%	2,51%	1,86%

pv2408	gesamte PV	davon		
		ASVG	GSVG+FSVG	BSVG
1970	9,76%	7,49%	1,52%	0,75%
1971	10,12%	7,34%	1,68%	1,10%
1972	9,93%	6,66%	1,76%	1,51%
1973	9,62%	6,29%	1,77%	1,56%
1974	9,96%	6,38%	1,88%	1,69%
1975	10,68%	7,02%	1,91%	1,74%
1976	10,81%	6,90%	2,05%	1,86%
1977	11,61%	7,29%	2,19%	2,14%
1978	8,64%	4,46%	2,01%	2,17%
1979	8,83%	4,58%	2,00%	2,25%
1980	7,73%	3,55%	2,07%	2,11%
1981	7,65%	3,34%	2,20%	2,12%
1982	8,93%	4,62%	2,20%	2,11%
1983	9,98%	5,74%	2,17%	2,07%
1984	9,98%	5,95%	2,04%	1,99%
1985	9,49%	5,59%	1,95%	1,95%
1986	9,47%	5,78%	1,76%	1,92%
1987	10,61%	6,55%	2,09%	1,97%
1988	10,08%	6,25%	1,99%	1,84%
1989	9,87%	6,01%	2,00%	1,86%
1990	9,06%	4,99%	2,09%	1,99%
1991	9,06%	5,01%	2,07%	1,99%
1992	8,59%	4,58%	1,99%	2,01%
1993	8,22%	4,29%	1,98%	1,94%
1994	7,85%	3,94%	2,00%	1,90%
1995	8,30%	4,41%	1,98%	1,91%
1996	8,59%	4,64%	1,98%	1,96%
1997	8,80%	4,98%	1,85%	1,96%
1998	8,71%	5,02%	1,78%	1,91%
1999	9,11%	5,38%	1,80%	1,93%
2000	8,40%	4,56%	1,86%	1,98%
2001	8,26%	4,88%	1,35%	2,03%
2002	9,19%	5,32%	1,81%	2,06%
2003	10,88%	6,98%	1,81%	2,08%
2004	10,33%	6,62%	1,70%	2,01%
2005	9,93%	5,90%	1,91%	2,13%
2006	9,55%	5,72%	1,76%	2,06%
2007	9,56%	5,68%	1,79%	2,09%
2008	9,29%	5,58%	1,72%	1,99%
2009	12,31%	7,84%	2,07%	2,40%
2010	13,01%	8,17%	2,33%	2,52%
2011	13,05%	8,28%	2,26%	2,52%
2012	13,13%	8,51%	2,21%	2,41%
2013	12,37%	8,20%	1,87%	2,29%
2014	12,61%	8,15%	2,17%	2,29%
2015	12,55%	8,03%	2,19%	2,33%
2016	11,90%	7,56%	2,08%	2,26%
2017	12,08%	7,47%	2,24%	2,37%
2018	11,76%	7,13%	2,28%	2,35%
2019	11,82%	7,09%	2,37%	2,37%
2020	11,24%	6,93%	2,29%	2,01%
2021	11,24%	7,22%	2,08%	1,94%
2022	11,93%	7,65%	2,27%	2,00%
2023	12,94%	8,28%	2,59%	2,06%

Stand:
10.10.24**Deckungsrate der Aufwendungen der PV durch Bundesbeiträge**

(ohne AZ)

pv2408	gesamte PV	davon		
		ASVG	GSVG+FSVG	BSVG
1970	26,77%	22,85%	56,15%	76,50%
1971	25,58%	21,60%	61,42%	54,99%
1972	24,77%	19,49%	64,75%	64,60%
1973	23,83%	18,27%	61,98%	65,85%
1974	25,69%	19,38%	65,55%	70,71%
1975	28,76%	22,45%	67,22%	73,25%
1976	27,53%	20,69%	70,07%	75,78%
1977	29,49%	22,02%	70,49%	76,14%
1978	20,62%	12,03%	64,68%	74,09%
1979	21,17%	12,54%	62,68%	75,23%
1980	17,65%	8,77%	63,41%	68,67%
1981	17,83%	8,26%	68,89%	70,75%
1982	22,10%	13,11%	70,58%	73,18%
1983	25,98%	17,62%	71,65%	74,19%
1984	25,40%	17,94%	66,10%	69,71%
1985	24,45%	17,03%	64,23%	69,48%
1986	24,83%	18,04%	57,81%	70,50%
1987	27,43%	20,14%	66,98%	70,93%
1988	27,06%	19,93%	66,63%	69,15%
1989	26,34%	19,00%	66,55%	70,28%
1990	23,04%	14,87%	67,92%	71,57%
1991	23,43%	15,17%	68,22%	72,71%
1992	21,79%	13,47%	65,44%	72,82%
1993	21,30%	12,78%	66,44%	72,22%
1994	20,16%	11,40%	65,83%	71,80%
1995	21,62%	13,18%	65,23%	71,86%
1996	21,16%	13,16%	62,21%	70,75%
1997	20,98%	13,77%	56,04%	69,37%
1998	20,98%	14,09%	54,41%	68,26%
1999	21,69%	15,00%	53,68%	69,01%
2000	19,26%	12,03%	54,36%	69,96%
2001	18,34%	12,49%	38,36%	69,72%
2002	20,68%	13,74%	52,10%	71,31%
2003	23,73%	17,69%	49,82%	70,14%
2004	24,07%	18,19%	48,18%	71,25%
2005	22,64%	15,65%	53,71%	75,82%
2006	22,23%	15,49%	50,94%	76,50%
2007	21,65%	14,84%	50,80%	77,00%
2008	22,24%	15,41%	51,59%	77,94%
2009	24,60%	18,24%	50,79%	78,06%
2010	24,29%	17,67%	53,41%	78,60%
2011	23,82%	17,49%	50,58%	78,34%
2012	24,76%	18,60%	51,05%	78,17%
2013	23,98%	18,46%	44,07%	78,07%
2014	24,15%	18,07%	49,82%	78,51%
2015	23,23%	17,20%	47,80%	77,45%
2016	22,37%	16,43%	45,70%	77,60%
2017	21,10%	15,02%	45,50%	77,39%
2018	20,02%	13,91%	44,89%	76,18%
2019	19,55%	13,39%	44,92%	76,16%
2020	22,08%	15,66%	51,22%	77,15%
2021	22,22%	16,45%	45,96%	77,30%
2022	22,56%	16,69%	47,60%	77,87%
2023	23,18%	17,08%	50,77%	78,59%
2024	25,45%	19,34%	54,17%	79,54%
2025	26,28%	20,21%	54,87%	79,81%
2026	25,81%	19,76%	54,18%	79,39%
2027	25,84%	19,79%	54,19%	79,50%
2028	26,26%	20,25%	54,44%	79,71%
2029	26,83%	20,93%	54,34%	80,21%

Stand:
10.10.24

Deckungsrate der Gesamtaufwendungen der PV durch Bundesmittel

(inkl. AZ)

pv2408	gesamte PV	davon		
		ASVG	GSVG+FSVG	BSVG
1970	31,27%	26,85%	64,99%	76,50%
1971	31,16%	25,86%	69,07%	66,03%
1972	30,82%	24,01%	71,54%	74,35%
1973	29,81%	22,78%	68,73%	74,89%
1974	31,22%	23,57%	71,01%	78,03%
1975	33,86%	26,30%	72,08%	79,78%
1976	32,31%	24,29%	74,12%	81,54%
1977	34,04%	25,55%	74,08%	81,14%
1978	25,57%	15,85%	68,65%	79,32%
1979	25,85%	16,15%	66,51%	80,07%
1980	22,27%	12,33%	66,86%	74,57%
1981	22,26%	11,70%	71,65%	76,14%
1982	26,15%	16,25%	73,06%	78,10%
1983	29,60%	20,38%	73,86%	78,87%
1984	28,87%	20,55%	68,57%	75,10%
1985	27,70%	19,47%	66,63%	74,58%
1986	27,86%	20,29%	60,42%	75,22%
1987	30,20%	22,22%	68,85%	75,42%
1988	29,79%	21,98%	68,46%	73,82%
1989	28,88%	20,91%	68,21%	74,53%
1990	25,92%	16,99%	69,53%	76,22%
1991	26,39%	17,39%	69,84%	77,22%
1992	24,98%	15,91%	67,25%	77,39%
1993	24,73%	15,44%	68,26%	77,08%
1994	23,92%	14,39%	67,72%	76,99%
1995	25,09%	15,96%	67,02%	76,73%
1996	24,42%	15,75%	64,03%	75,56%
1997	24,23%	16,35%	58,11%	74,39%
1998	24,06%	16,49%	56,39%	73,44%
1999	24,48%	17,15%	55,49%	73,74%
2000	21,93%	14,11%	55,96%	74,30%
2001	21,45%	15,03%	40,80%	74,03%
2002	23,73%	16,30%	53,94%	75,43%
2003	27,08%	20,60%	52,01%	74,50%
2004	26,50%	20,12%	49,78%	75,22%
2005	25,04%	17,60%	55,05%	79,03%
2006	24,65%	17,47%	52,34%	79,63%
2007	24,20%	16,96%	52,22%	80,09%
2008	24,74%	17,52%	52,93%	80,81%
2009	26,93%	20,23%	52,07%	80,79%
2010	26,54%	19,61%	54,54%	81,16%
2011	26,00%	19,38%	51,72%	80,85%
2012	26,84%	20,41%	52,11%	80,59%
2013	26,04%	20,25%	45,24%	80,45%
2014	26,16%	19,84%	50,82%	80,80%
2015	25,15%	18,89%	48,79%	79,73%
2016	24,22%	18,06%	46,67%	79,76%
2017	22,97%	16,67%	46,49%	79,53%
2018	21,83%	15,54%	45,85%	78,30%
2019	21,31%	14,99%	45,84%	78,15%
2020	23,82%	17,23%	52,07%	79,16%
2021	23,91%	17,98%	46,92%	79,21%
2022	24,16%	18,15%	48,47%	79,66%
2023	24,74%	18,53%	51,58%	80,26%
2024	26,92%	20,73%	54,90%	81,07%
2025	27,70%	21,55%	55,56%	81,27%
2026	27,20%	21,08%	54,87%	80,83%
2027	27,20%	21,08%	54,86%	80,89%
2028	27,58%	21,51%	55,09%	81,05%
2029	28,12%	22,15%	54,99%	81,49%

